



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 13 – 29. März 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Venezuela ist nur ein Beispiel

Wie sich die USA mit ihren Sanktionen selber schaden **2**

Deutschland

Insektenkiller Windkraft

Forscher machen Windräder für das Sterben von Fluginsekten aus **3**

Hintergrund

Fata Morgana Euro-Islam

Seine beiden Vordenker Tibi und Ramadan sitzen zwischen allen Stühlen **4**

Preußen / Berlin

»DDR statt NRW«

Brandenburg kehrt bei der Polizeiausbildung zu Bewährtem zurück **5**

Ausland

Polen will US-Militärbasis

US-Vizeverteidigungsminister John Rood in Warschau **6**

Kultur

»Es lebe die alte Zeit«

Die Mark rüstet sich zum 200. Geburtstag Fontanes **9**

Geschichte

»Ein Bollwerk gegen Aggression und Angst«

70 Jahre NATO **10**



Am Ende zwischen allen Stühlen gelandet: Großbritanniens Premierministerin Theresa May

Bild: Imago

Der Pragmatiker geht von Bord

Brexit: Wer bremst künftig die Brüsseler Ideologen und Umverteiler?

Der Brexit hat die hässlichen Seiten der EU enthüllt. Und er wirft einen dunklen Schatten auf die Zukunft der Gemeinschaft.

Jenseits pathetischer Beschwörungsformeln und düsterer Drohungen ist im Klein-Klein des Gezerres um den Brexit der Blick für das Wesentliche weithin verloren gegangen. Die beiden wesentlichen Fragen lauten: Was hat der Brexit und sein Verlauf über das Wesen der EU offenbart? Und: Wie wird sich die EU ohne Großbritannien verändern?

Die Brexit-Gegner auf dem Kontinent steuern auf einen schmerzhaften Brexit zu in der Hoffnung, dass die Briten ihren Austrittsbeschluss in einer zweiten Volksabstimmung widerrufen und kein zweites Volk es wagt, ein Verlassen der EU auch nur zu erwägen.

Das enthüllt eine Haltung, die sich an den demokratischen Volkswillen nur bedingt gebunden fühlt. Das Volk, ob das britische oder welches auch immer, soll so abstimmen, wie es der EU-Elite gefällt. Sonst muss die Entscheidung wiederholt oder von oben herab streng bestraft werden. Dieses Bild bestätigt unfreiwillig den Verdacht, dass die EU dabei sei, sich vom gemeinsamen Projekt in ein „Völkergefängnis“ zu verwandeln, dem niemand straflos entfliehen darf.

Wie wird sich die EU ohne die Briten verändern? London stand zu viel Zentralismus stets skeptisch gegenüber, zog den freien Markt politischer Wirtschaftsplanung vor und trat auf die Bremse,

wenn Brüssel abermals mehr Geld von den Bürgern in den „reichen“ Ländern zur „Umverteilung“ abziehen wollte. Diese britische Skepsis wird fehlen, die Zentralisten und Umverteiler, die nur immer noch „mehr Europa“ wollen, haben nur noch wenig Widerstand zu befürchten.

Zentralisten und Fliehkräfte schaukeln einander hoch

Deren nunmehr kaum noch gebremstes Wirken wird indes andernorts weitere Distanz zur EU provozieren. Da sind die Steuerzahler in den Nettogeberländern wie Deutschland, Österreich, den Niederlanden oder Skandinavien. Wie weit reicht ihre Leidensfähigkeit, ihre Zahlungsbereitschaft, wenn sie infolge einer absteigenden Konjunktur plötzlich merken, dass sie gar nicht so „reich“ sind,

wie immer behauptet – und wie sie sich möglicherweise selbst gefühlt haben? Hinzu kommen weitere, anders motivierte Fliehkräfte in den mittelsteuropäischen Staaten. Auch sie werden sich von einem ungehemmt fortschreitenden EU-Zentralismus noch mehr herausgefordert fühlen. All das kann die EU am Ende zerreißeln.

Was man auch von den Briten und ihrer „Extrawurst-Politik“ halten mag: London hat die EU oftmals in der Balance gehalten, indem es die Gemeinschaft an Übertreibungen hinderte, welche von den eher ideologischen als pragmatischen Köpfen in Paris, Berlin oder Brüssel ersonnen worden waren. Schon den Irrweg zum Euro gingen die Briten beziehungsweise nicht mit. Der Weitblick, den London mit dieser Entscheidung zeigte, wird der EU fehlen.

Hans Heckel

JAN HEITMANN:

Anstandsfrage

Der Bundestag hat die Regeln für Altkanzler und ausgeschiedene Bundespräsidenten verschärft. Die großzügigen Privilegien bleiben ihnen zwar erhalten, aber die Mittel dafür werden gekürzt. Ausgangspunkt dessen war ein Prüfbericht des Bundesrechnungshofes, in dem dieser unter anderem luxuriöse Büros monierte, in denen die Altbundespräsidenten durchschnittlich nur 2,6 Tage im Monat anwesend seien und dann häufig fast ausschließlich private Tätigkeiten verrichteten, derweil der Chauffeur im Dienstwagen wartet. Eine solche „lebenslange Vollversorgung“, so der Rechnungshof, war dem Steuerzahler schon lange nicht mehr zu vermitteln.

Deshalb war die Neuregelung längst überfällig. Sie hat indes einen Haken, gilt sie doch nicht auch für die bereits ausgeschiedenen Staats- und Regierungschefs, sondern erst für künftige Versorgungsfälle. Das erscheint vordergründig nachvollziehbar, können sich doch auch ehemalige Spitzenpolitiker auf das Prinzip des Bestandsschutzes berufen. Das tun dann aber diejenigen, die in ihrer aktiven Zeit genau dieses Prinzip immer wieder außer Kraft gesetzt haben, am einschneidendsten bei Eingriffen in die Altersversorgung der Bürger. Die derzeitigen Ruhestandspolitiker könnten Anstand beweisen, indem sie freiwillig auf einen Teil ihrer Privilegien verzichten.

Wenn man schon Änderungen erst auf künftige Ruheständler anwenden will, hätte man gleich vollkommen neue Regelungen verabschieden sollen: kein Büro, keine Sekretärin, kein Dienstwagen mit Chauffeur mehr. Stattdessen eine Pension, die der Würde des ehemaligen Amtes angemessen ist und die Empfänger wirtschaftlich unabhängig macht. Davon ließe sich dann bei Bedarf auch ein Büro finanzieren.

Deutsche Sicherheitsbehörden haben versagt

Marokkaner warnten viermal erfolglos vor Anis Amri – »Gefährdungsbewertungen« des Bundeskriminalamtes waren unzutreffend

Je mehr Zeugen vor dem Untersuchungsausschuss zum Terroranschlag am Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016 aussagen, umso mehr wird deutlich, dass die deutschen Sicherheitsbehörden die Tat wohl hätten verhindern können.

Das legt jetzt auch die Aussage des Verbindungsbeamten des Bundeskriminalamtes (BKA) in der marokkanischen Hauptstadt nahe. Demnach hat der marokkanische Inlandsgeheimdienst DGST im Herbst 2016 in einem Zeitraum von vier Wochen viermal auf verdächtige Aktivitäten des späteren Attentäters Anis Amri hingewiesen. Die Mitteilungen über Amri seien zeitgleich auch dem Residenten des Bundes-

nachrichtendienstes (BND) in Rabat zugeleitet worden, so der Zeuge.

Der erste Hinweis sei am 20. September, der letzte am 17. Oktober 2016 eingegangen. Die Marokkaner hätten von Amri als von einem „Islamonauten“ gesprochen, was in ihrer Terminologie die Bezeichnung für einen Islamfanatiker sei, der durch Aktivitäten im Internet auffällig werde. Die mitgelieferten Bilder Amris seien erkennbar dessen Facebook-Profil entnommen worden. Die Zusammenarbeit mit den marokkanischen Sicherheitsbehörden hat der Zeuge als „sehr gut“, sogar „herausragend“ und vertrauensvoll in Erinnerung. Fragen würden in kürzestmöglicher Frist beantwortet, wobei die Marokkaner „immer sehr

wertvolle Informationen“ lieferten. Auch über Amri seien sie zum Teil recht genau unterrichtet gewesen.

Es gab also keinen Grund, die Mitteilung, dass Amri in nächster Zeit in Deutschland möglicherweise ein Verbrechen verüben würde, nicht ernst zu nehmen. Dennoch beschränkte man sich im Gemeinsamen Terrorismus-Abwehrzentrum der deutschen Polizei und Nachrichtendienste (GTAZ) darauf, „die Plausibilität der Hinweise“ durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) überprüfen zu lassen. Diese Überprüfung erschöpfte sich jedoch in einer Anfrage bei einem US-Nachrichtendienst. Der aber antwortete nicht, und der Sache wurde nicht weiter nachgegangen.

Dazu passt die Aussage eines weiteren Zeugen, der von 2014 bis Mitte 2018 das BKA im GtAZ vertrat und in dieser Funktion zwischen Anfang Februar und Juni 2016 sechs Besprechungen leitete, in denen der Fall Amri erörtert wurde. Dabei sei die Rede von Anschlägen mit Schnellfeuerwaffen gewesen, die Amri angeblich plante. Entsprechende Erkenntnisse, die das nordrhein-westfälische Landeskriminalamt (LKA) durch einen Informanten gewonnen hatte, habe das BfV ohne Nennung der Quelle in einem „Behördenzeugnis“ für die Berliner Polizei verarbeitet, so der Kriminaldirektor, der heute Referatsleiter im BKA ist. Ihm zufolge sei Amri im Februar 2016 „am nächsten an einer

Anschlagsvorbereitung“ und der Februar 2016 in seiner Erinnerung ein Wendemoment in der Bewertung Amris durch deutsche Sicherheitsbehörden gewesen. Das BKA habe damals drei „explizite Gefährdungsbewertungen“ zu Amri abgegeben.

Auf Stufe eins der Skala im achtstufigen polizeilichen Prognosemodell ist mit dem Eintritt eines Schadensereignisses „zu rechnen“, auf Stufe zwei „mit hoher Wahrscheinlichkeit zu rechnen“, auf Stufe acht ist er „auszuschließen“. In seiner ersten Gefährdungsbewertung setzte das BKA Amri auf Stufe sieben. Das bedeutet, dass „ein unmittelbar bevorstehender, durch ihn verursachter Schadensfall eher auszuschließen“ war. In der zweiten Be-

wertung stieg Amri in die Stufe fünf auf, womit ein von ihm ausgehender Schaden als „eher unwahrscheinlich“ anzusehen war. Bei dieser Beurteilung blieb das BKA auch in seinem dritten und letzten Gutachten zu der von Amri ausgehenden Gefahr.

Amris Höherstufung auf Stufe fünf habe durchaus bedeutet, dass er als Gefährder „ernst zu nehmen“ gewesen sei, betonte der Zeuge. Bekanntlich ist diese Einschätzung ohne Konsequenzen geblieben. „Nach Februar“ sei „die Brisanz der Lage ein Stück weit abgeebbt“. So sei es zumindest erschienen, erinnere sich der Zeuge. Eine fatale Fehleinschätzung, wie man wenige Monate später erfahren musste. J.H.

MELDUNGEN

Holger Stelzner verlässt »FAZ«

Frankfurt am Main – Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ („FAZ“) hat mitgeteilt, dass Holger Stelzner das Herausgebergremium verlässt. Es fehle die „Grundlage für eine weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit“. Ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Kreis der Herausgeber ist hier die große Ausnahme. Zuletzt war im Jahre 2001 Hugo Müller-Vogg gekündigt worden. Der 1962 geborene Stelzner hatte nach Ausbildung und Tätigkeit bei einer Bank Betriebswirtschaft und Rechtswissenschaften studiert. 1993 kam er in die Finanzredaktion der „FAZ“. 2002 wurde er einer von damals noch fünf, später vier Herausgebern. Zuständig war er für den Wirtschafts- und Sportteil. Stelzner hatte die Entwicklungen in Deutschland und der EU – allgemein sowie insbesondere aus finanzpolitischer Sicht – äußerst kritisch begleitet. *E.L.*
(siehe Kommentar S. 8)

1671 Deutsche in Auslandshaft

Berlin – Die Entlassung des deutschen Journalisten Billy Six aus mehrmonatiger Haft in Venezuela hat ein Schlaglicht auf die Inhaftierung deutscher Staatsbürger im Ausland geworfen. Nach Kenntnis der Bundesregierung waren am 1. Januar 1671 Deutsche im Ausland inhaftiert, die auf ihren Wunsch von deutschen Auslandsvertretungen konsularisch betreut werden. Die meisten Häftlinge werden in Spanien (254), in den USA (156), Frankreich (114), Polen (74), Österreich (54), Türkei (50), Großbritannien (49), Schweiz (48), Thailand (39) und Italien (34) konsularisch betreut. In wie vielen Fällen es sich um eine Inhaftierung aus politischen Gründen handelt, kann die Bundesregierung nicht sagen, da sie nicht in allen Fällen Kenntnis vom konkreten Tatvorwurf erhalte. *J.H.*

Querelen um Garnisonkirche

Potsdam – Der seit Ende November 2018 amtierende Potsdamer Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD) lässt seine Mitgliedschaft im Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche ruhen. So hat er schon an der 30. Sitzung des Kuratoriums am vergangenen Montag nicht mehr teilgenommen. In einem Brief an die Stiftung begründete Schubert sein Fernbleiben mit den widersprüchlichen Beschlüssen der Stadtverordneten zur Rolle des Oberbürgermeisters als Mitglied des Kuratoriums. Dabei geht es zum einen um einen Beschluss der Stadtverordneten von 2008, den von der Stiftung verfolgten Wiederaufbau des Kirchturms als Kultur- und Bauwerkmal zu unterstützen, zum anderen um einen weiteren Beschluss, nach dem der Oberbürgermeister nach einem Bürgerbegehren gegen den Wiederaufbau von 2014 alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten nutzen solle, um auf die Auflösung der Stiftung hinzuwirken. Schubert will jetzt abwarten, um nach der Kommunalwahl ein klares Votum über die Rolle des Oberbürgermeisters in dieser Sache zu haben. Er betont aber, dass er „die Kommunikation mit der Stiftung nicht abreißen“ lassen und „im Miteinander die richtigen Zeichen für Versöhnung und Auseinandersetzung mit der Potsdamer Geschichte“ setzen wolle. *J.H.*

Venezuela ist nur ein Beispiel

Wie sich die USA mit ihren Sanktionen selber schaden

Sanktionen gehören mittlerweile zu dem unverzichtbaren Instrumentarium der US-Außenpolitik. Sie sollen einen missliebigen Staat wirtschaftlich schaden, damit er politisch gefügig wird. Doch Sanktionen schaden nicht nur dem Sanktionierten. Ein anschauliches Beispiel hierfür sind die US-Sanktionen gegen Venezuela.

Wie die renommierte US-Zeitung „Wall Street Journal“ berichtet, sind die Erdölexporte Ven-

ambitern beziehen. Schon Ende Januar bekannte der Chef der Valery Energy Group, Gary Simons: „Es haben sich große Lücken bei der Produktion für die nächsten Monate gebildet, weil wir aus Venezuela nichts bekommen.“

Die Valery Energy Group ist nur ein Beispiel, so wie ihr geht es auch anderen Erdölgiganten wie Cigo Petroleum oder Chevron. Diese Firmen brauchen insbesondere schwefelhaltiges Öl, wie die Internationale Energieagentur (IEA) vor Kurzem fest-

schon erklärt, man werde nicht die Förderung wegen der US-Sanktionen gegen Venezuela erhöhen. Also muss Russland einspringen.

Zwar ist das Land in den USA verfeindet und ebenso mit Sanktionen belegt, aber die Stunde der Not lehrt, über Zwangsmaßnahmen neu nachzudenken. „Unter den Bedingungen des Rohstoffmangels treten die politischen Probleme in den Hintergrund, der wichtigste Faktor sind die notwendigen Eigenschaften

gaben die USA im Jahr 2017 etwa sieben Milliarden Dollar für russisches Öl aus.“ Das waren etwas über zehn Millionen Barrel pro Tag.

Dieses Geschäft kommt die USA teuer, weil der Preis für das gewünschte Öl steigt. Das liegt nicht nur an Russland oder Saudi-Arabien, sondern, um die Groteske abzurufen, an den Sanktionen der USA gegen den Iran. Alexej Gromov vom russischen Institut für Energie und Finanzen: „Der Effekt der Sanktionen

über Venezuela nicht auf ein militärisches Abenteuer einlassen, das den venezolanischen Ölexport völlig zusammenbrechen ließe. Der Energieexperte Gromov: „Im Ergebnis ist ein starker kumulativer Effekt möglich – wenn zum iranischen Problem noch das venezolanische hinzukommt, wird das Risiko eines starken Preisanstiegs entstehen.“ Eines Preisanstiegs auf Dauer, dessen Nutznießer in erster Linie Russland wäre.

Das Beispiel lässt an der Sinnhaftigkeit von Sanktionen grundsätzlich zweifeln. Im günstigen Falle sind sie wirkungslos, so wie im Verhältnis zwischen Deutschland und Russland. Im vergangenen Jahr ist das Handelsvolumen zwischen den beiden Ländern im Vergleich zum Jahr 2017 um rund 8,4 Prozent gestiegen. „Die deutsche Wirtschaft hat ihre Exporte nach Russland weiter erhöht – trotz immer noch schwacher Konjunktur, Sanktionen und Gegensanktionen. Das stimmt auch für das Jahr 2019 positiv“, erklärt der Vorstandsvorsitzende der Außenhandelskammer Russland, Matthias Schepp. Das verhält sich nicht nur im Falle Deutschlands so. Das russische Zollamt gab bekannt, dass der Handelsumsatz mit den Ländern, die für Sanktionen gegen Russland eintreten, deutlich gestiegen ist.

Naheliegender Weise hat sich der russische Handel mit den Ländern besonders positiv entwickelt, auf welche die USA neben Russland bevorzugt Druck ausüben. Russlands Handel mit der Türkei nahm um 15 Prozent zu, Russlands Import aus dem Iran um 36 Prozent, und der russische Kubahandel hat um ein Drittel zugelegt. Spitzenreiter ist China. Im vergangenen Jahr verzeichnete Russland ein Wachstum beim bilateralen Handel um 30 Prozent. „Russland hat einen positiven Saldo mit China in Höhe von 11,1 Milliarden Dollar“, stellte der US-amerikanische Analyst Tom Luongo fest. Und das alles völlig ohne Sanktionen. *Florian Stumfall*



Die USA haben Probleme, Ersatz für das verschmälerte venezolanische Erdöl zu finden: Raffinerie von Petróleos de Venezuela (PDVSA) in Puerto Cabello, ungefähr 240 Kilometer westlich von Caracas

Bild: pa

zuela in die USA im abgelaufenen Februar von zuvor 484 000 Barrel pro Tag auf 149 000 zurückgegangen. Gleichzeitig hat Venezuela seine Lieferungen an Indien und die EU in entsprechendem Maße gesteigert. Allein die Exporte nach Großbritannien sind um 11 000 Barrel pro Tag gestiegen.

Des einen Export ist des anderen Import. Die USA, und das ist die andere Seite der Medaille, müssen das Öl, das bislang Venezuela geliefert hat, von anderen

stellte. Den Raffinerien am Golf von Mexiko und an der US-Ostküste, die speziell zur Verarbeitung dieses schwefelhaltigen Öls gebaut wurden, droht unter diesen Umständen das Aus.

Da weder die politische noch die ökonomische Führung in den USA das zulassen kann, sucht man nach Ersatz, egal, was er kostet. Und hier wird das Sanktionen-Karusell der USA endgültig zum Abertzweigen. Zwar könnte Saudi-Arabien schwefelhaltiges Öl liefern, doch Riad hat

der Ölsorte, nämlich die Dichte und der Schwefelgehalt“, erklärte der Direktor der russischen Stiftung für Energieentwicklung, Sergej Pikin.

Das Ergebnis: Die USA kaufen in Russland Öl in solchen Mengen, wie es seit dem Boom der Frackingförderung in den Jahren 2011 und 2012 nicht mehr nötig gewesen ist. Das Magazin „Forbes“ bezifferte kürzlich die Ausgaben der USA für russisches Öl auf Milliarden: „Bei einem Durchschnittspreis von 50 Dollar

gegen Venezuela und den Iran sind für US-Raffinerien ziemlich spürbar – sie müssen nun russisches Öl mit einem bedeutenden Preisaufschlag kaufen, weil auf dem Markt ein kurzfristiger Mangel zu erkennen ist.“ Hätten die USA den Iran nicht vom Markt verdrängt, kämen sie jetzt günstiger zu ihrem Öl.

Eine Normalisierung auf dem Markt für schwefelhaltiges Erdöl könnte einige Monate in Anspruch nehmen. Das aber setzt voraus, dass sich die USA gegen-

Hunger und Rolls-Royce im Sozialismus

Die Demokratische Volksrepublik Korea ist ein Staat der Gegensätze

Dürre, Überschwemmung, Missernte – die Vereinten Nationen warnen vor einem Lebensmittelmangel in Nordkorea. Die Ernte in dem Land ist laut einem Bericht der UN im vergangenen Jahr so schlecht ausgefallen wie seit mehr als einem Jahrzehnt nicht mehr. Die Demokratische Volksrepublik Korea hat seit vielen Jahren mit Lebensmittelknappheit zu kämpfen. Die Zahl der Nordkoreaner, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, ist im letzten Jahr um 600 000 auf elf Millionen angestiegen. Das entspricht 45 Prozent der Bevölkerung. Zugleich fehlt es an Geld, um Hilfslieferungen zu bezahlen. Laut UN-Koordinator Tapan Mishra ist im vergangenen Jahr nur knapp ein Viertel des Finanzbedarfs gedeckt worden. Als Gründe für die schlechte Ernte gelten Naturkatastrophen, eine ineffiziente Landwirtschaft und Energiemangel. Wegen der gegen das isolierte Land verhängten Sanktionen fehlt es auch an moderner landwirtschaftlicher Technologie und an Düngemitteln. Aufgrund der bergigen Landschaft gelten nur 20 Prozent der Fläche als landwirtschaftlich nutzbar. Kritiker werfen der Führung in

Pjöngjang zudem vor, jahrzehntlang den Ausbau der Armee und des Atomwaffenprogramms auf Kosten der Bevölkerung vorangerieben zu haben.

Bei seinem Gipfeltreffen mit dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong-un im Februar in

nung seines Landes geht, kümmert ihn wenig. Der Gipfel in der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi scheiterte auch an der Halstarkeit des Diktators aus Pjöngjang.

Anders als in Venezuela, wo Präsident Nicolás Maduro keine



Mit seinem neuen Rolls-Royce „Phantom“: Kim Jong-un

Vietnam hatte US-Präsident Donald Trump dem Staat, für die Aufgabe seines Atomprogramms weitgehende wirtschaftliche Hilfe und rosige Zeiten versprochen. Das interessierte den Diktator allerdings wenig. Ihm geht es bereits jetzt gut, wie es der Bevölke-

lungsmittel ins Land lässt, läßt Nordkorea Hilfsorganisationen ins Land. Selbst der Papst wurde eingeladen, aber hat noch nicht mitgeteilt, ob er kommt. Aufgrund der politischen Lage ist es allerdings nur wenigen Hilfsorganisationen erlaubt, den Menschen in

Nordkorea zu helfen. Mission East in Dänemark gehört zu den 15 Organisationen, die das Regime überhaupt ins Land lässt. „Die Kinder sterben hinter geschlossenen Türen“, sagte Mission-East-Geschäftsführer Kim Hartzner im Deutschlandfunk und appelliert an die Weltgemeinschaft, zu helfen. Nach mehreren Monaten mit knapper Nahrungsmittelversorgung sind bereits mehrere Tausend Kinder gestorben, sagte Hartzner. Im Februar habe die Regierung erneut die Essensrationen auf die Hälfte reduziert. Schätzungsweise seien es 50 000 Kinder, die in den nächsten Monaten sterben könnten. Während der großen Hungersnot von 1997 sind in Nordkorea etwa eine Million Menschen verhungert. Das war die größte Katastrophe der letzten Jahrzehnte weltweit, selbst die Kriege in Syrien und dem Irak zusammen haben nicht so viele Tote gefordert. Dieses könnte sich jederzeit wiederholen.

Angesichts der drohenden Hungersnot ist die Luxusgüter der Machtelite in Nordkorea umso makabrer. Kim hatte im Oktober für Aufsehen gesorgt, als er zu einem Treffen mit US-Außenminister Mike Pompeo in Pjöngjang

demonstrativ mit einem neuen Rolls-Royce „Phantom“ – Listenpreis rund 400 000 Euro – vorfuhr. Beim Gipfeltreffen mit US-Präsident Donald Trump im vergangenen Juni in Singapur fuhr die nordkoreanische Delegation in einer ganzen Flotte von äußerst teuren Mercedes-Limousinen vor. Bei einem Korea-Gipfel im September in Pjöngjang nutzten nordkoreanische Vertreter Autos der Luxusmarke Lexus. Dadurch, dass er demonstrative teure westliche Autos zur Schau stellt, vermittelt Kim den Eindruck, dass er weiterhin bekommt was er will, und zeigt, wie wenig er sich um die gegen sein Land verhängten Sanktionen schert.

UN-Sanktionswächter Hugh Griffiths kritisierte dieses Vorgehen. Das Expertenkomitee der UN veröffentlichte vor Kurzem einen Bericht, wie Nordkorea die wegen seines Atomwaffen- und Raketenprogramms verhängten Sanktionen umgeht. So kann Pjöngjang trotz der internationalen Strafmaßnahmen Kohle exportieren und Öl importieren. Die Güter werden einfach nur auf hoher See anstatt in einem Hafen von einem Frachtschiff auf ein anderes umgeladen und umetikettiert. *Bodo Bost*

Insektenkiller Windkraft

Rotorblätter als tödliches Verhängnis – Forscher machen Windräder für das Sterben von Fluginsekten aus

Als Ursache des Insektensterbens gilt gemeinhin der Pestizideinsatz in der Landwirtschaft. Ein gravierender Faktor soll aber auch die Windenergie sein. Das geht aus einer Modellanalyse des Deutschen Luft- und Raumfahrtstrums (DLR) hervor.

Es dürfte niemanden wundern, dass die Propeller der Windräder jedes Jahr nicht allein Hunderttausende Vögel und Fledermäuse töten, sondern in erheblichem Umfang auch Fluginsekten. Der DLR-Studie liegt die Schätzung zugrunde, dass im Sommer 5,3 Milliarden Fluginsekten mit einer Biomasse von insgesamt 24 000 Tonnen die deutschen Windparks passieren. Fünf Prozent beziehungsweise 1200 Tonnen davon könnten den Windrädern zum Opfer fallen. Bei 25 000 Windrädern in Deutschland ergibt sich daraus pro Windanlage der Wert von 50 Kilogramm getöteter Insekten in einem Jahr.

Aufgrund dieser Größenordnung sehen die Autoren der Studie eine akute Gefahr für die bereits stark geschrumpfte Population der Fluginsekten. Laut einer aktuellen Studie in der Fachzeitschrift „Biological Conservation“ beträgt der Schwund der Fluginsekten weltweit im Mittel 50 Prozent. Für Deutschland ist aufgrund von Langzeitbeobachtungen sogar ein Einbruch um bis zu 80 Prozent innerhalb der letzten 30 Jahre zu verzeichnen.

Der höhere Verlust in einem Land wie Deutschland mit Zehntausenden Windrädern könnte in direktem Zusammenhang mit der immer weiter ausgebauten Windenergie stehen. Das betonen auch die Urheber der Studie und empfehlen weitere Forschungen. Bislang galten als Hauptursacher des Insektensterbens der Verlust von Lebensraum durch intensive Landwirtschaft, Überdüngung und Pestizide, die Urbanisierung sowie die sogenannte Lichtverschmutzung.

Aufgrund von Untersuchungen zur Wechselwirkung zwischen



Insektenfalle: An den schnellen Rotorblättern bleiben viele Käfer hängen

Bild: Imago

Windkraft und Insektenmigration folgern die DLR-Wissenschaftler, dass ausgewachsene flugfähige Insekten kurz vor der Eiablage in großen Schwärmen hohe und schnelle Luftströmungen aufsuchen, um sich vom Wind zu oftmals weit entfernten Brutplätzen tragen zu lassen. Fotos belegen, dass sich Insekten tatsächlich in Höhen bis zu 100 Meter fortbewegen. Ihre Flugwege kreuzen sich mit den Rotorblättern der

Windräder, die die Luft in 20 bis 135 Meter Höhe mit Spitzengeschwindigkeiten von mehreren Hundert Kilometern in der Stunde durchschneiden.

Die Forscher betonen, dass der seit 1990 vorangetriebene Ausbau der Windenergie ohne Vertraglichkeitsnachweis mit dem Insektenflug ein Fehler gewesen sei. Anfang der 2000er Jahre wurde das Erneuerbare-Energien-Gesetz mit bedeutenden Fördermit-

teln für die Windkraft vorbereitet. Insofern war bei der damaligen rot-grünen Bundesregierung jegliches Störfeuer unerwünscht. Jetzt erreicht die Verantwortlichen die beunruhigende Nachricht, dass eine Erholung der Insektenpopulation bei gleichbleibender Stärke oder weiterem Ausbau der Windkraft unmöglich sei: Mehr Insekten würden auch mehr Insektenschlag zur Folge haben.

Bereits 2001 hatte eine holländisch-dänische Wissenschaftlergruppe im britischen Fachmagazin „Nature“ unter dem Titel „Insects can halve wind-turbine power“ die These veröffentlicht, dass der Insektenschlag auf den Rotorblättern den Wirkungsgrad der Anlagen um bis zu 50 Prozent verschlechtern könnte. Für die Leistungsschwankungen von Windrädern werden inzwischen Verwirbelungen oder Wirbelschleppen hinter den Windrädern verantwortlich gemacht. Dass diese Wirbelschleppen auch Insektenpopulationen reduzieren, war bislang ein gut geheimes Geheimnis mancher Hersteller von Windkraftanlagen.

2017 wies ein Forschungsverbund unter Beteiligung der Universität Tübingen mit einem Flugzeug in der Deutschen Bucht erstmals kilometerlange, V-förmige Wirbelschleppen (Nachläufe) hinter den Offshore-Windanlagen nach. Sie entstehen, sobald der Wind mit Barrieren wie Windrädern oder rauem Gelände in Kontakt kommt. Die vorher gleichförmige Strömung verlangsamt sich und verwirbelt. Es kommt zu Turbulenzen, in denen wiederum kleinräumige Verwirbelungen auftreten.

Auch an Land bilden sich gigantische Nachläufe hinter jeder Windmühle. Je nach den meteorologischen Verhältnissen bremsen sie den Wind und entziehen der Windkraftanlage Energie. Insekten, die Duftspuren folgen, wählen Transitstrecken in 100 Meter Höhe, um natürliche Hindernisse wie Bäume oder Hügel zu vermeiden. Wenn sie die Rotorblätter unbeschadet passiert haben, verfliegen sie sich anschließend in den Wirbelschleppen, bis sie vor Erschöpfung sterben.

Die Windbranche mit ihren rund 150 000 Beschäftigten hat bereits mit Abwehr reagiert. Vermutlich werden sich Umweltverbände und Politiker weiter an das Dogma „Windenergie ist aktiver Umwelt- und Naturschutz“ klammern. *Dagmar Jestrzemska*

MELDUNG

AfD-Antrag abgelehnt

Berlin – Der Bundestags-Finanzausschuss hat einen von der AfD-Fraktion eingebrachten Antrag gegen eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung im Rahmen der EU-Bankenunion und für den Erhalt der nationalen Einlagensicherung abgelehnt. Die Einführung der dritten Stufe der Bankenunion mit einer endgültigen Vergemeinschaftung der Einlagensicherung ist nach Ansicht der AfD-Fraktion „unverantwortlich, unabhängig davon, ob notleidende Kredite bei europäischen Bankinstituten zuvor reduziert werden oder nicht“. Der Antrag enthält auch die Forderung an die Europäische Zentralbank (EZB), die Aufkäufe von Staatsanleihen einzustellen. Deutschland solle sich dafür einsetzen, „den Euro-Rettungsfonds ESM abzuwickeln statt ihn zu einem Europäischen Währungsfonds auszubauen“. Außerdem erinnert die AfD-Fraktion die Koalitionsfraktionen an einen ihrer eigenen Anträge aus der vergangenen Legislaturperiode, in dem sie sich gegen die EU-Pläne aussprachen: „Es darf den Mitgliedstaaten nicht ermöglicht werden, die Folgen nationaler politischer Entscheidungen und daraus resultierende Bankrisiken auf einen gemeinschaftlichen Fonds zu verlagern.“ Dennoch lehnten die Fraktionen von Union und SPD gemeinsam mit den anderen Fraktionen den AfD-Antrag geschlossen ab. Die CDU/CSU-Fraktion begründete dies damit, dass „viele aber auch problematisch und widersprüchlich“ sei. Nationale Antworten zum Beispiel zur Renationalisierung der Bankenaufsicht seien heute nicht mehr möglich. Die AfD-Fraktion widersprach mit dem Hinweis, dass die EZB nicht nur Aufsicht, sondern zugleich Akteur und Geldgeber sei. Damit könne sie nicht mehr neutral sein, was eine Bankenaufsicht aber sein müsse. Die SPD-Fraktion lehnte den Antrag der AfD ohne Begründung in der Sache ab, weil es sich um einen „typischen AfD-Antrag mit Verleugnung der realen Welt“ handle. *J.H.*

Immigration statt Einsparen

SVR schlägt Einwanderung gegen zu viele Studienplätze vor

Der demografische Wandel macht auch vor den deutschen Hochschulen nicht halt. Eine Studie empfiehlt nun, verstärkt um ausländische Studenten zu werben.

In Deutschland studieren derzeit mehr Menschen als jemals zuvor. Aufgrund von niedrigen Geburtenzahlen und Abwanderung sinke allerdings an manchen Fachhochschulen und Universitäten bereits heute die Zahl der Studenten. Einigen dieser schrumpfenden Hochschulstandorte gelinge es aber, dieser Entwicklung durch die gezielte Anwerbung von ausländischen Studenten zumindest teilweise entgegenzuwirken. Dies ist eines der zentralen Resultate einer neuen Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Das von dem Professoren Thomas K. Bauer geleitete Gremium geht auf eine Initiative der Stiftung Mercator und der Volkswagenstiftung zurück. Die Studie wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert.

Ein zentrales Problem ist es demnach, dass die Studenten ungleich verteilt seien: „Schon heute schrumpfen an 41 Standorten vornehmlich in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt die dort ansässigen Universitäten und Fachhoch-

schulen. Auch im Westen Deutschlands, außerhalb der Ballungszentren, lässt sich das Phänomen beobachten und wird den Fachkräftemangel im Land verschärfen“, heißt es in der Studie. 26 der 41 schrumpfenden Hochschulstandorte verzeichnen aber einen deutlichen Zuwachs an ausländischen



Thomas K. Bauer

Bild: Imago

Studenten. Sie sprechen ausländische Studieninteressierte gezielt an. Das geschieht in Sprachschulen, in ausländischen Partnerschulen und -hochschulen sowie im Internet. Eine wachsende Zahl ausländischer Studenten könne dazu beitragen, dem demografischen Wandel zu begegnen. Dazu müssten aber offenbar bestehende Regelungen ge-

ändert werden. „Um mehr internationale Studierende zu gewinnen, sollte der Hochschulzugang flexibler gestaltet werden. Damit die Studierenden nach ihrem Abschluss vor Ort Arbeit finden, sollte ein regionales Übergangsmangement eingerichtet werden“, heißt es. Die Autoren verschweigen nicht, dass ausländische Studien eine höhere Abbruchquote hätten als einheimische. Dies hänge auch mit der Sprachbarriere zusammen. Im Bundesdurchschnitt beenden 45 Prozent dieser Studenten ihr Bachelorstudium und 29 Prozent ihr Masterstudium ohne Abschluss. „Sie sind damit weniger erfolgreich als ihre deutschen Mitstudierenden (28 Prozent und 19 Prozent). Sie benötigen mehr Unterstützung und eine stärker strukturierte Studien-eingangsphase“, stellen die Autoren fest. Zwei Drittel der Universitäten und Fachhochschulen mit sinkenden Studentenzahlen lägen in Mitteldeutschland. Am härtesten treffe es Sachsen mit acht schrumpfenden Standorten. Dahinter folgten Thüringen mit sieben und Sachsen-Anhalt mit sechs Standorten. Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hessen und Schleswig-Holstein haben laut der Studie keine Probleme mit einem Rückgang von Studenten. *Peter Entinger (siehe Kommentar Seite 8)*

Die Kostenbombe platzt

Bund und Länder streiten über Aufwendungen für Asylsucher

Es war ein ehernes Versprechen an die Deutschen, das der damalige Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Merkel-Intimus Volker Kauder am 2. März 2016 im Interview mit dem „Tagesspiegel“ abgab: „Niemandem wird etwas weggenommen, weil Flüchtlingen geholfen wird.“

Schon die dramatische Zuspitzung auf dem Wohnungsmarkt strafe die Aussage wenig später Lügen. Obwohl die Versorgung mit Wohnraum schon zuvor prekär war, haben mehrere Millionen neue Asylsucher seit 2014 die Lage dramatisch verschärft. Ganze Stadtteile werden für die Neuankömmlinge hochgezogen. Die Mittel, die hierfür aufgewendet werden, fehlen logischerweise bei der Wohnraumerstellung für Einheimische. Eine einfache Rechnung, die nur aus ideologischen Gründen ausgeblendet wird.

Angesichts einer sich abschwächenden Konjunktur erreichen die Verteilungskämpfe, die bislang allein die Bürger auszuhalten hatten, nunmehr die politische Ebene. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hat mit seiner Ankündigung, die Bundesmittel für Asylsucher und Integration drastisch zu kürzen, einen Proteststurm bei Ländern und Ge-

meinden ausgelöst. Scholz will die Bundesaufwendungen von bisher 20 Milliarden Euro jährlich ab kommendem Jahr auf 16 Milliarden kürzen. Die Direktüberweisung an die Länder würde nach einer Berechnung der „Bild“-Zeitung von 4,7 Milliarden 2018 auf nur noch 1,25 Milliarden 2022 schrumpfen.

Langfristig schwebt dem Bundesfinanzminister vor, für jeden Asylsucher nur noch eine Pauschale von insgesamt 16 000

Dabei hieß es doch: »Niemandem wird etwas weggenommen«

Euro an die Länder zu überweisen: 6000 im Jahr der Einreise, 4000 im zweiten und je 2000 in den drei Folgejahren. Dann soll Schluss sein.

Das hieß: Ab dann blieben Länder und Gemeinden allein auf den Kosten sitzen. Dagegen hat sich eine erstaunliche Einheitsfront sämtlicher Landesregierungen formiert. Darunter tummeln sich sogar Regierungen, an denen Grüne und Linkspartei beteiligt sind. Dies ist umso verblüffender, als sich diese Parteien bislang je-

der noch so kleinen Maßnahme in den Weg stellen, die den weiteren Zuzug von Asylsuchern oder deren Familienangehörigen auch nur ein wenig begrenzen könnte, etwa durch die Erklärung der Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern. Letztlich jedoch haben alle etablierten Parteien, mit geringfügigen Abweichungen bei der FDP, der Politik der offenen Grenzen das Wort gegeben.

Saarlands Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) gibt an, dass trotz zurückgehender Einreisenzahlen die Integrationskosten weiter anstiegen. Dies bestätigt auch Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD).

Auch diese Einlassungen dürften dem Publikum nur schwer zu vermitteln sein. Drei Jahre nach dem Höhepunkt der Asylflut müssten die Integrationskosten eigentlich sinken, wenn die Maßnahmen denn erfolgreich gewesen wären. Waren sie das nicht? Die Frage wäre dann, warum? Weil sie an den Asylsuchern abprallen? Oder weil sich eine Asylindustrie etabliert hat, die ganz von allein immer weiter wächst, ganz unabhängig von konkreten Aufgaben? Unangenehme Wahrheiten drängen unabdingbar ans Licht. *Hans Heckel*

Zeitzeugen



Tariq Ramadan – Nach Bassam Tibi machte sich vor allem durch den Enkel von Hassan al-Banna, dem Begründer der ägyptischen Muslimbrüderschaft, und Sohn von Said Ramadan, einem weiteren führenden Muslimbruder, für den „Euro-Islam“ stark. Seine Professur für Islamwissenschaften an der Universität Oxford ruht derzeit aufgrund diverser Vorwürfe beziehungsweise laufender Gerichtsverfahren wegen sexueller Belästigung, Missbrauchs von Minderjährigen und Vergewaltigung.

Nadeem Elyas – In seiner Eigenschaft als früherer Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland äußerte sich der saudi-arabische Mediziner ablehnend über das Konzept des „Euro-Islam“: Das irritiere die Muslime, weil es letztlich auf einen Verlust elementarer Glaubensinhalte hinauslaufe, zudem würden hier auch zahlreiche Nicht-Muslime definieren wollen, was der „richtige“ Islam sei.



Gilles Kepel – Für den Sozialwissenschaftler und Professor am Institut d'études politiques de Paris stand vor zehn Jahren fest, dass die Integration von Muslimen und die Entstehung eines „Euro-Islam“ nicht mehr lange auf sich warten lassen würden. Inzwischen spricht er freilich nur noch vom „Islam de France“ (Französischen Islam), dessen Hauptmerkmal darin liege, dass er den Ideen der Republik ablehnend oder gar feindlich gegenüberstehe.

Khan Abdul Ghaffar Khan alias Badshah Khan – Als Sohn eines paschtunischen Stammesführers übte der Kopf der Bewegung Khudai Khidmatgar (Diener Gottes) ganz ähnlich wie Mahatma Gandhi gewaltlosen Widerstand gegen die britischen Kolonialherren in Indien aus. Er strebte einen Islam an, der mit anderen Religionen in friedlicher Koexistenz besteht, was ihn auch zum Vorbild für liberale Muslime in Europa gemacht hat.



Carl Heinrich Becker – Der renommierte deutsche Orientalist, der von 1925 bis 1930 als parteiloser preußischer Kultusminister fungierte, schrieb bereits 1909 in seinem Aufsatz „Vom afrikanischen Islam“, dass eine „Europäisierung des Islam“ notwendig sei, weil diese Religion sonst zur Gefahr für die westliche Zivilisation werde.

»Ich kapituliere«

Die beiden Vordenker des »Euro-Islam« sitzen zwischen allen Stühlen

Wenn Kritiker des Islam schlüssig nachweisen, dass diese Religion mit fundamentalen Prinzipien der westlichen Werteordnung kollidiert, wird zur Beruhigung oft auf den angeblich im Entstehen begriffenen liberalen „Euro-Islam“ verwiesen. Hierbei handelt es sich allerdings um eine reine Fata Morgana.

„Hurra, bald bekommen wir einen Euro-Islam!“, jubelte Thomas Speckmann vor knapp zehn Jahren in der Tageszeitung „Die Welt“. Damit verwendete der damalige Referent in der Staatskanzlei des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers (CDU) einen Begriff, den der aus Syrien stammende und seit 1973 in Göttingen lehrende Politikwissenschaftler Bassam Tibi bereits 1991 geprägt hatte. Tibi, der 2009 schließlich auch ein Buch über den „Euro-Islam“ vorlegte, betrachtete diesen als Möglichkeit, die muslimische Religion mit der modernen europäischen Identität in Einklang zu

bringen: Er sollte praktisch die demokratische und weitgehend säkulare Alternative zum traditionellen, arabisch verwurzelten Islam sein. Dazu, so Tibi, müssten die Muslime die Grundwerte des Abendlandes übernehmen und sich beispielsweise von der archaischen Rechtsordnung der Scharia sowie dem Konzept des „Heiligen Krieges“ gegen die „Ungläubigen“ verabschieden. Außerdem hätten sie die Trennung von Staat und Religion zu akzeptieren.

Das lief auf die Forderung nach weitgehender Assimilation hinaus, die nicht nur konservative Muslime auf die Barrikaden trieb, sondern auch einen weiteren Vordenker des Reform-Islam namens Tariq Ramadan. Der in der Schweiz lebende Islamwissenschaftler ägyptischer Herkunft zeichnete ein deutlich anderes Bild vom „Euro-Islam“, das

mehr Rücksicht auf die Befindlichkeit der Gläubigen nimmt. In seinem Buch „Muslimen in Europa“ verlangt er lediglich die Partizipation am Leben auf unserem Kontinent, den er als Dar asch-Schahada (Gebiet des Glaubenszeugnisses) bezeichnet. Damit will Ramadan den traditionellen Gegensatz zwischen dem Dar al-Islam (Haus des Islam), der muslimischen Welt, und dem Dar al-Harb (Haus des Krieges), der Heimat der „Ungläubigen“, aufheben und den „Heiligen Krieg“ für obsolet erklären.

Allerdings stellt er dabei diverse Bedingungen an den Westen, ohne deren Erfüllung keine Einstufung als Dar asch-Schahada erfolgen könne. Insbesondere müssten die europäischen Staaten die ungehinderte Entfaltung des Islam auf ihrem Territorium ermöglichen, wenn nicht gar unterstützen. Des Weiteren lehnt

der selbsternannte „Reform-Salafist“ im Gegensatz zu Tibi die Scharia nicht grundsätzlich ab, sondern tritt nur für „Moratorien“ bei Strafen wie Steinigungen oder Amputationen ein.

Das verschaffte Ramadan einigen Zuspruch seitens der in Europa lebenden Muslime, erlaubte sein Konzept des „Euro-Islam“ doch eine sehr viel umfassendere Erhaltung der islamischen Identität außerhalb des Dar al-Islam. Andererseits wurde er aber von konservativen Glaubensbrüdern oft genauso heftig kritisiert wie Tibi. Letztendlich sitzen damit nun beide Vordenker des „Euro-Islam“ zwischen allen Stühlen: Für die Muslime sind sie Renegaten und für Nichtmuslime entweder nicht repräsentativ, was die islamische Glaubenslehre betrifft, oder – das betrifft vor allem Ramadan – verkappte Fundamentalisten. Deshalb meinte Tibi vor einiger Zeit enterniv: „Ich kapituliere. Den Euro-Islam wird es nicht geben.“

Wolfgang Kaufmann

Bassam Tibi: »Den Euro-Islam wird es nicht geben«



Der „Euro-Islam“ ist eine Idee, die Wirklichkeit sieht anders aus: „1. Islamischer Friedenskongress“ der Salafistenbewegung des Predigers Pierre Vogel in Köln

Bild: pa

Al-Islam at-taqaddumi

Alle Versuche eines »fortschrittlichen Islam« sind bislang gescheitert

Der von vielen hiesigen Verteidigern des Islam schnell herbeigewünschte, aber letztlich nicht einmal ansatzweise existierende „Euro-Islam“ würde zu den liberalen Spielarten der muslimischen Religion, genannt al-Islam at-taqaddumi (Fortschrittlicher Islam), gehören. Deren Aufschwung erfolgte im 19. Jahrhundert im Zuge der intensiver werdenden Kontakte zwischen der islamischen und der westlichen Welt. Das Ziel des liberalen Islam ist die Humanisierung und Modernisierung der von Mohammed begründeten Glaubenslehre. Dabei bedienen sich die islamischen „Reformatoren“ einer Reihe spezieller Methoden.

Manche versuchen es mit theologischem Minimalismus. Statt der Hadithe, also der Überlieferungen über das Leben und die

Äußerungen des Propheten, die freilich erst 150 bis 200 Jahre nach seinem Tode niedergeschrieben worden waren, akzeptieren sie ausschließlich den Koran selbst als offenes Buch. Und der wiederum wird unterteilt in Passagen, die Gültigkeit

»Reformatoren« des Islam gab es schon im Mittelalter

besitzen, und Suren, die zu verwerfen sind.

Anderer berufen sich hingegen auf Lehrtraditionen aus der Geschichte der islamischen Theologie, die ihrer Meinung nach zu Unrecht vergessen wurden. Das gilt beispielsweise für die Dogmen der stark von der antiken

griechischen Philosophie beeinflussten Mu'tazila, deren Blütezeit im 9. bis 11. Jahrhundert lag. Einen gewissen Einfluss übte auch Ibn Ruschd alias Averroës aus, der im 12. Jahrhundert lebte und den Islam deutlich rationaler gestalten wollte.

Die auf alldem beruhenden Reformbemühungen stoßen freilich genauso auf Kritik wie das Konzept des „Euro-Islam“. Traditionell eingestellte Muslime wittern hier eine heimliche „Verchristlichung“ oder erhöhen über die „intellektuellen Spielereien“ zur Verdrehung der eindeutigen Offenbarungen Allahs. Deshalb scheiterten bisher alle Versuche, den Islam zu liberalisieren und an die Gegebenheiten der Gegenwart anzupassen, am Beharrungsvermögen der Masse der Gläubigen und dem Widerstand der konservativen Geistlichkeit. W.K.

Für Merkel und Wulff zu islamkritisch

Der sunnitische Muslim Bassam Tibi, der 1944 in Damaskus geboren wurde und 1962 in die Bundesrepublik kam, in der er dann später den „Euro-Islam“ aus der Taufe heben wollte, hat eine lange Karriere in der Wissenschaft hinter sich. Bereits 1973 wurde ihm eine Professur für Internationale Beziehungen an der Georg-August-Universität in Göttingen angetragen. Bis 2009 hatte er sie inne. Am 4. Mai des Folgejahres gründete der Politologe, der schon im frühen Kindesalter den Koran auswendig hersagen konnte, den Verband Demokratisch-Europäischer Muslime (VDEM).

Tibi, der zwischenzeitlich auch an verschiedenen US-Eliteuniversitäten lehrte, ist der Nestor der sozialwissenschaftlichen Islamkunde in der Bundesrepublik. Das hinderte die Universität Göttingen nicht daran, seinen Fachbereich 2006 mit Duldung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff (CDU) abzuwickeln, was der Präsident der Hochschule Kurt von Figura mit dem bemerkenswerten Satz be-

Der Muslim Bassam Tibi

gründete: „Schwachstellen müssen ausgemerzt werden.“ Mittlerweile galt der Muslim Tibi nämlich selbst als eine Person, die das „Feindbild Islam“ propagiert.

Düpiert wurde der Wissenschaftler zudem von Angela Merkel. Beim ersten von der Regierungschefin einberufenen Integrationsgipfel im Juli 2006 galt Tibi als Persona non grata. Dafür reванchierte er sich 2016 mit einem Artikel in der Schweizer „Basler Zeitung“, in dem es unter anderem hieß: „Die in der DDR sowjetkommunistisch sozialisierte und dort als Physikerin promovierte heutige Kanzlerin der Bundesrepublik, Angela Merkel, kann sich weder mit sozialwissenschaftlicher Kompetenz noch mit Islamkenntnissen schmücken.“ Daher sei sie unfähig, den auf echte Assimilation angelegten „Euro-Islam“ von durch Integrationsverweigerung geprägten anderen Formen des Islam zu unterscheiden. Dennoch behauptete Merkel, dass der Islam zu Deutschland gehöre, und hole Hunderttausende weitere Muslime in die Bundesrepublik. W.K.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHEENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:

Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit, Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schritt; Die Pommerische Zeitung; Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 4, 24782 Büdelsdorf. - ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0010 0624 2307 01, BIC: COBADE33XXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDE33 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.preussische-allgemeine.de

E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de anzeigen@preussische-allgemeine.de vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

»Quantensprung« soll Kripo helfen

»DDR statt NRW«: Brandenburg kehrt bei der Polizeiausbildung zu Bewährtem zurück



Ohne die Arbeit von Spezialisten sind die Beweise oft nicht gerichtsfest: Spurensicherer in Aktion

Bild: Imago

Wie andere Bundesländer hat Brandenburg bei seiner Polizei bisher auf eine Einheitsausbildung gesetzt. Die gemeinsame Ausbildung von Schutzpolizisten und Kriminalbeamten schafft im Polizeialtag allerdings ein gravierendes Problem. Nun soll an das alte, 1990 abgeschaffte DDR-System der speziellen Kriminalistenausbildung angeknüpft werden.

Bereits seit Jahren machen Richter, Staatsanwälte und Kriminalisten auf eine Entwicklung aufmerksam, die erst beim Vergleich verschiedener Kriminalitätsstatistiken deutlich wird. Gibt ein Politiker Auskunft darüber, wie erfolgreich die Polizei im Kampf gegen die Kriminalität gewesen sei, dann präsentieren sie der Öffentlichkeit standardmäßig die sogenannte Aufklärungsquote. Diese gibt an, ob bei einer Straftat ein einfacher Tatverdacht gegen mindestens eine Person begründet werden konnte.

Das Problem: Ob die Ermittlung des Tatverdächtigen zu einem Prozess und einer Verurteilung führt, geht aus der Aufklärungsquote nicht hervor. Aussagekräftiger ist daher die staatsanwaltschaftliche Ermittlungsquote. Diese zeigt an, bei wie vielen Tatverdächtigen durch die Staatsanwaltschaft tatsächlich eine Anklage erhoben wird. Ein Blick auf diese Statistik ist ernüchternd: So wird mitunter nur gegen jeden fünften Tatverdächtigen, der ermittelt

wurde, am Ende auch eine Anklage erhoben.

Ursache ist nur zum Teil die personelle Überlastung von Polizei und Justiz. Staatsanwälte stellen auch immer wieder fest, dass bei der Tatortarbeit schlecht gearbeitet wurde und Ermittlungsergebnisse nicht gerichtsfest sind. In einer gemeinsamen Mitteilung wiesen die brandenburgischen Landesverbände des Deutschen Richterbundes und des Bundes Deutscher Kriminalbeamter bereits 2015 auf Defizite in der Polizeiausbildung und bei

Diese Kriminalisten gehen nun allerdings vermehrt in den Ruhestand. Und mit der Wende wurde die spezielle Ausbildung von Kriminalisten eingestellt.

Nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens hat Brandenburg seit 1990 an der Polizei-Fachhochschule in Oranienburg nur noch Generalisten ausgebildet. Dabei erfolgt erst in den letzten Wochen der Ausbildung eine Vermittlung von Spezialwissen, je nach der vorgesehenen Verwendung. Mit diesem Vorgehen ist die märkische Polizei kein Sonderfall.

Vorbild auch für andere Bundesländer

Viele Bundesländer rekrutieren ihren Kripo-Nachwuchs bislang aus den Reihen von Streifenpolizisten. Üblicherweise lernen diese Beamten während ihrer Arbeit bei der Kripo von älteren Kollegen. Angebote für eine spezielle Kriminalistenausbildung sind bundesweit noch immer eher Ausnahme als Standard.

Auch Brandenburgs Innenminister haben an der Einheitsausbildung für Polizisten sehr lange festgehalten, trotz regelmäßiger Kritik. Inzwischen vollzieht das Land nicht nur eine grundlegende Wende, sondern setzt deutschlandweit sogar Maßstäbe. Der jetzige Innenminister Karl-Heinz-Schröter (SPD) kündigte an, dass erstmals ab dem Herbst des kommenden Jahres an

der Fachhochschule in Oranienburg 25 Polizeibeamte einen zweijährigen Master-Studiengang „Kriminalistik“ antreten werden. Teilnehmen können Beamte aus dem Brandenburg Polizei-dienst, die bereits über Berufserfahrung verfügen.

Die Polizisten sollen durch das Studium Fachwissen etwa bei der Bekämpfung von Organisierter Kriminalität oder der Internetkriminalität erhalten. Die bisherige Fachhochschule wird zudem auch in „Hochschule der Polizei“ umbenannt.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter lobt diese Pläne zur Ausbildung von Kriminalbeamten in Brandenburg als „Quantensprung“. Der BDK-Landesvorsitzende Riccardo Nemitz sagte, die Gewerkschaft fordere schon seit drei Jahrzehnten eine spezialisierte Ausbildung. Nemitz forderte unter Hinweis auf die vielfältigen Anforderungen an die Polizei allerdings auch einen zweiten Schritt, nämlich die Schaffung eines fachspezifischen Bachelor-Abschlusses.

Ähnliche Entwicklungen sind mittlerweile auch in anderen Bundesländern zu beobachten. An den Universitäten stand über Jahrzehnte bei den Kriminalwissenschaften die Kriminologie, die Ursachenforschung von Kriminalität, im Vordergrund. Erst langsam wird auch die Kriminalistik, also die Aufklärung von Straftaten, wieder als ein notwendiger weiterer Schwerpunkt entdeckt. Norman Hanert

Grütters in Not

Von THEO MAASS

Am 13. Oktober 2016 wurde Monika Grütters zur Landesvorsitzenden der Berliner CDU gewählt. Ursprünglich war sie Mitglied im Kreisverband Berlin-Wilmersdorf gewesen, wo sie bald in Konflikt mit dem konservativ gesinnten Vorstand geriet. Nur durch die massive Protektion des damaligen Fraktionschefs Klaus Landowsky schaffte sie es, 1999 erneut für das Abgeordnetenhaus nominiert zu werden. Ab 1996 arbeitete sie für die Bankgesellschaft Berlin und von 1998 bis 2013 für die Stiftung Brandenburger Tor, auf die Landowsky – solange die CDU mitregierte – maßgeblich Einfluss gehabt haben soll.

Um als fortschrittliche Kraft dem Dauerkonflikt in ihrem Kreisverband zu entgehen, griff Grütters daher gern zu, als der Ost-Berliner Kreisverband Hellersdorf ihr die dortige Mitgliedschaft anbot. 2005 gelang ihr der Sprung vom Berliner Abgeordnetenhaus in den Deutschen Bundestag. Als Kulturexpertin war sie von 2009 bis 2013 Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien. Seit der Wahlniederlage der CDU bei den Berliner Landtagswahlen 2016 (nur noch 17,6 Prozent) und dem Rücktritt des bis dahin amtierenden Vorsitzenden Frank Henkel steht sie der Partei vor.

Eingequetscht zwischen den bürgerlichen Konkurrenten AfD und FDP gelang es der CDU seither jedoch nicht, die Fehlleistungen des rot-rot-grünen Senats in wachsenden Zuspruch für die Christdemokraten umzusetzen. Von dem Unwillen der Berliner über die Landesregierung ist seltsamerweise ein Ansteigen der Grünen und Linkspartei in den Umfragen zu beobachten. Gleichwohl konnte Grütters sich gelegentlich über wohlmeinende Artikel in linken Mainstreamblättern freuen. Von einer Regierungsmehrheit oder gar Koalition – sei es mit der SPD, den Grünen oder mit AfD und FDP – ist die CDU meilenweit entfernt. Sie wird für nichts gebraucht.

Nun hat der Bundestagsabgeordnete und Kreisvorsitzende von Berlin-Spandau, Kai Wegner, seine Bewerbung für den Landesvorsitz bekannt gegeben (siehe Beitrag unten). Die Parteibasis, so Wegner, habe über die Parteiführung immer wieder Unmut geäußert.

Grütters hatte im Berliner Abgeordnetenhaus Burkard Dregger als Fraktionschef gegen Mario Czaja durchgesetzt. Als Hubertus Knabe, der ehemalige Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen, unter maßgeblicher Einflussnahme des Kultursenators Klaus Lederer (Linkspartei) feuert wurde, unterstützte Grütters nicht etwa Knabe, sondern Lederer. Seither ist Grütters bei den Opfern des SED/DDR-Regimes unten durch. Will die CDU diese bisher relativ treue Anhängerschaft nicht gänzlich an die AfD verlieren, müsste sie sich von Grütters trennen.

Machtkampf in der CDU

Kai Wegner will Berliner Landeschefin Grütters herausfordern

Zwei Jahre vor den nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus und wenige Wochen vor dem Landesparteitag sind in der Berliner CDU Grabenkämpfe aufgeflammt. Dem Vernehmen nach hegt der Spandauer Bundestagsabgeordnete Kai Wegner Ambitionen, auf dem Parteitag am 18. Mai gegen die derzeitige CDU-Landesvorsitzende Monika Grütters anzutreten. Derzeit ist Wegner baupolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion.

Von 2011 bis 2016 war Wegner bereits Generalsekretär der Berliner CDU. Der 46-Jährige verlor dieses Amt, weil sich Grütters bei ihrem Amtsantritt als CDU-Landeschefin im Dezember 2016 für Stefan Evers als neuen Generalsekretär entschied. Grütters wurde in der Vergangenheit häufig als Protagonistin eines schwarz-grünen Bündnisses genannt. Von Beobachtern wird sie häufig auch mit dem Etikett „Merkel-Vertraute“ versehen.

Kai Wegner ist mit der Bezeichnung „Konservativer“ vermutlich nicht zutreffend beschrieben: Als Großstadtauftraggeber der CDU/CSU-Fraktion sprach er sich beispielsweise für ein „soziales“ und „liberales“ Profil aus. Er unterstützte

Parteiprominenz stellt sich hinter die Amtsinhaberin

auch die sogenannte „Ehe für alle“.

Amtsinhaberin Grütters kann im aufziehenden Machtkampf auf die Unterstützung prominenter Parteifreunde bauen. Der CDU-Ehrenvorsitzender Eberhard Diepgen lobte sie und regte eine Verschiebung des Parteitags an. Auch der Ex-Fraktionschef Klaus Landowsky stellte sich hinter Grütters. Landowsky meint: „Kai

Wegner ist für dieses Amt zu klein.“ Der CDU-Bundestagsabgeordnete Frank Steffel warnte Wegner davor, anzutreten. Dessen Kandidatur könnte die Aussichten der CDU verschlechtern.

Indes fordern Parteimitglieder seit Längerem, dass Grütters mehr Engagement in der Landespolitik zeigt. Als Bundeskulturstaatssekretärin setzt sie zwar Akzente auf der bundespolitischen Ebene, seltener aber in der Berliner Politik. Für Unmut hat auch ihr Agieren bei der Absetzung des Leiters der Stasi-Opfergedenkstätte gesorgt. In Absprache mit Kultursenator Klaus Lederer (Linkspartei) hatte Grütters die Ablösung von Hubertus Knabe als Gedenkstättenleiter unterstützt. Gegen den Willen der Landesvorsitzenden und des Fraktionschefs Burkard Dregger hat die Berliner CDU-Fraktion im Februar beschlossen, einen Antrag auf einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu dem Vorgang einzurichten. N.H.

Front gegen Fahrverbote

Verkehrssenatorin Günther will noch härter gegen Autos vorgehen

Verkehrssenatorin Regine Günther (parteilos, für Grüne) plant extreme Maßnahmen im Berliner Straßenverkehr: Fahrverbote, andere Einschränkungen im motorisierten Individualverkehr sowie weitere Restriktionen im Parkraum. Günther hatte unlängst angekündigt, Autos mittelfristig ganz aus der Stadt vertreiben zu wollen. Auf bis zu 85 Straßen will sie ab Juli Tempo 30 einführen. Dazu kommen diverse Fahrverbote für ältere Diesel-Pkw.

Zudem will sie mehr Flächen mit „Parkraumbewirtschaftung“ ausweisen und diese besser überwachen – sprich mehr Strafzettel verteilen. Die Verkehrssenatorin fordert, dass die Polizei stichprobenartige Kontrollen durchführt. Die Polizei dazu: „Uns liegen noch keine verbindlichen Vorgaben vor.“ Befürworter der Pläne fordern zur besseren Überwachung die Ausgabe von blauen Plaketten

an Autofahrer, die nicht von den Fahrverboten betroffen sind. Das lehnt der zuständige Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) aber ab. Grundlage für die angestrebten Maßnahmen ist ein von der Deutschen Umwelthilfe erstrit-

Opposition kritisiert »Öko-Unsinn« und »Ideenlosigkeit«

tenes Gerichtsurteil in der ersten Instanz.

Günther präsentierte im Senat ihren Entwurf des „Luftreinhaltungsplans“. Wie schon öfter macht die Opposition von CDU über die AfD bis zur FDP gemeinsam Front gegen die Pläne. Der verkehrspolitische Sprecher der CDU, Oliver Friederici, wirft Günther vor, die Bedenken und Appelle der Wirtschaft und Verbände in den Wind

zu schlagen. Sein AfD-Kollege Frank Scholtyssek prangert den „Öko-Unsinn“ an. Das Vorhaben sei „eine Mischung aus links-grünem Autohass kombiniert mit Fantasiegrenzwerten von EU-Bürokraten“.

FDP-Fraktionschef Sebastian Czaja wirft Günther „Ideenlosigkeit“ vor. Berlin benötige eine bessere Verkehrslenkung zur Vergleichsmäßigung des Verkehrs und eine schnellere, umweltfreundliche Nachrüstung von Bussen und Taxen. „Erst wenn all diese Faktoren ineinandergreifen und konsequent vorangetrieben werden, wird es auch gelingen, Stickoxide und andere Luftbelastungen zu reduzieren.“ Tatsächlich wird die Art der Luftmessung auch von Experten hart kritisiert. Der Vorsitzende der Grünen in Berlin verteidigte die Senatorin dennoch: „Wer nicht bereit ist, diese Schritte zu gehen, spilt mit der Gesundheit der Berlinerinnen und Berliner.“ Frank Bucker

MELDUNGEN

Italiens Banken weiter marode

Rom/Berlin – Der italienische Bankensektor stehe „schon seit geraumer Zeit vor diversen strukturellen Herausforderungen, unter anderem dem hohen Bestand an notleidenden Krediten“, heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der FDP-Fraktion. Sie unterstütze daher die Bankenaufsicht bei der Europäischen Zentralbank bei ihren Bemühungen für einen nachhaltigen Abbau notleidender Kredite. Die Regierung beziffert diese unter Berufung auf den Finanzstabilitätsbericht der Banca d'Italia auf 225 Milliarden Euro. Damit liegt deren Anteil am gesamten Kreditvolumen bei 9,4 Prozent gegenüber 3,4 Prozent im EU-Durchschnitt. J.H.

(siehe auch Seite 3)

Stimme gegen Polizeigewalt

Pfalzburg – Der Bürgermeister von Pfalzburg in Lothringen, Dany Kocher, hat der Polizei den Einsatz von Hartgummigeschossen bei Gelbwesten-Demonstrationen auf dem Gebiet seiner Kommune per Rathausverordnung verboten. Dies hat indes auf rechtlicher Ebene eher symbolische Bedeutung, da der Präfekt im Département und nicht die Kommune den Befehl über Einheiten der Polizei hat. Als Bürger und Beobachter der Geschehnisse in seiner Stadt habe er das Recht, die von den Ordnungskräften ausgeübte Gewalt als überzogen zu bezeichnen, sagte Kocher gegenüber der Presseagentur AFP. Er berief sich dabei auch auf die kürzlich von der UN vorgelegten Forderungen nach einer „Untersuchung der exzessiven Anwendung von Gewalt bei der Aufrechterhaltung der Ordnung in Frankreich“. Auch das Kommissariat des Euro-Parlamentes für Menschenrechte hatte den Einsatz dieser „Defensivwaffe“ durch die französische Polizei als „unverhältnismäßig“ kritisiert. B.B.

Seit Kurzem verhandeln Washington und Warschau erneut über die Errichtung einer ständigen US-Militärbasis in Polen. Von ersten dahingehenden Überlegungen war bereits im Herbst 2018 die Rede gewesen. Nun traf der stellvertretende US-Verteidigungsminister John Rood die zuständigen Beamten der polnischen Seite.

Kathryn Wheelbarger, Principal Deputy Assistant Secretary for International Security Affairs im US-Verteidigungsministerium, sprach von einem „ernsten Angebot“ und setzte hinzu: „Wir arbeiten diese Woche an Formsachen ... Wir hoffen darauf, dass wir nach diesem Treffen ein festes Fundament für die weitere Arbeit haben werden.“

Das Projekt steht zwar erst am Anfang, doch Polens Präsident Andrzej Duda hat bereits von seinem US-Amtskollegen und Präsidenten Donald Trump die grundsätzliche Zusage erhalten, dass Washington die Möglichkeiten für eine derartige Basis prüfen werde. Polen wiederum hat versichert, dass man sich die Sache „Milliarden Dollar“ kosten lassen werde. Auch hat man sich in Warschau schon einen Namen für die Einrichtung ausgedacht. Sie soll „Fort Trump“ heißen (siehe PAZ Nr. 48 vom 30. November 2018).

Im Rahmen dieser Bemühungen und als vorbereitende Maßnahme hat Polen den USA angeboten, die Kosten in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar zu übernehmen, wenn die USA in Polen eine Panzerdivision stationieren. Bemerkenswert ist, dass die Initiative nicht im Rahmen der NATO, sondern lediglich auf bilateraler Grundlage erfolgt.

Von Belang ist dieses Vorhaben auch für die Nachbarn, insbesondere Russland. Der russische Botschafter in Polen, Sergej Andrejew, erklärte: „Wenn diese Präsenz weiter zunimmt, wird dies nicht zur Entspannung zwischen uns beitragen und die Beziehungen nicht verbessern.“

Allerdings dürften die russischen Einwände kaum Gehör finden. Das Projekt passt zu gut zur polnischen Psyche und der strategischen Planung der USA. Denn ständig pocht Präsident Trump darauf, dass die NATO-Partner mehr zahlen sollen. Jetzt verleiht er dieser Forderung mehr Druck durch die Ankündigung, die USA würden künftig

de das bedeuten, dass künftig anstatt einer Milliarde US-Dollar deren sechs fällig wären.

Zurzeit geht die US für ihr Militär mehr Geld aus als die zehn nachfolgenden Staaten oder doppelt so viel wie Russland und China zusammengenommen. Ein Imperium kommt teuer, und die vielen Militärbasen weltweit kosten Unsummen. Insgesamt un-

den meisten Militärbasen sind Südkorea mit 22 Einrichtungen, Japan mit 21, Deutschland mit 18, und Italien mit zehn.

In Afghanistan gibt es mit vier vergleichsweise wenig Lager. Dagegen sind die USA in Venezuelas Nachbarland Kolumbien gleich neunmal vertreten. Zu den rund 1000 US-Militärbasen im Ausland kommen noch die Basen

nehmen“, zu zahlen, so könnte das ein erträgliches Geschäft für die USA werden. Die Zahlungsbereitschaft der gastgebenden Länder würde allerdings voraussetzen, dass sie von der Anwesenheit der GI einen großen Nutzen hätten oder dieses zumindest glaubten. Für den wahren Grund der Anwesenheit der US-Soldaten, dass nämlich die USA die Welt beherrschen wollen und daher überall ihre Soldaten stationiert haben, wären die Gastgeber kaum willens, so ohne Weiteres tief in die eigene Tasche zu greifen. Hier kommt nun Russland ins Spiel. Russland, so die US-amerikanische Argumentation, treibe eine aggressive Politik und dagegen müsse man sich wehren.

Nun hat Russland nur 21 Militärbasen. Nichtsdestotrotz bezeichnete die 2012 bis 2015 im US-Verteidigungsministerium für Russland, die Ukraine und Eurasien zuständige Sicherheitsexpertin Evelyn Farkas den russischen Einfluss in der Welt als „unangemessen groß“. Sie räumt zwar ein, dass Moskau weniger Militärbasen hat, doch heiße das nicht, „dass sie mit uns in Bezug auf ihre qualitative Präsenz nicht mithalten könnten“.

Der Leiter des Zentrums für militärpolitische Studien des staatlichen Moskauer Instituts für Internationale Beziehungen, Alexej Podberjoskin, hält dagegen: „Die militärische Präsenz Russlands und der USA in der Welt kann nur jemand vergleichen, der sich von der rationalen Wahrnehmung der Realität verabschiedet hat. Das sind zwei unvergleichbare Dinge.“

Sollte sich tatsächlich die Sichtweise durchsetzen, die Politik Russlands sei hauptsächlich darauf ausgerichtet, die zahlreichen Probleme im eigenen Land zu lösen und außenpolitische Abenteuer kämen dabei sehr ungelogen, wären die finanziellen Folgen für den militärisch-industriellen Komplex der USA deaströs. Florian Stumfall



Warschau möchte mehr davon: Amerikanischer Soldat in der Republik Polen

Bild: Imago

von allen Ländern, in denen sie Soldaten stationiert haben, von den Gastgebern, den freiwilligen wie den unfreiwilligen, die Kosten für die Stationierung einfordern und zusätzlich einen Aufschlag von 50 Prozent. Für Deutschland beispielsweise wür-

derhalten die USA rund 1000 militärische Einrichtungen in 172 von 194 Ländern der Welt mit zusammen 240 000 Soldaten. Die Länder mit den meisten GI sind Japan, wo 40 000 Mann stehen, Deutschland mit 33 000 und Südkorea mit 28 000. Die Länder mit

anderer Staaten, in denen auch US-Soldaten stationiert sind. Die Gesamtzahl militärischer US-Fazilitäten im Ausland dürfte sich auf über 1200 belaufen.

Brächte Trump jene 172 Länder dazu, für – wie er es ausdrückt – „das Privileg, US-Soldaten aufzu-

Vom Dialog des Tauben

»Ich rede jetzt!« – Was Macron mit einem »Bürgerdialog« versteht

Am 15. März endete offiziell die Befragungsphase der „Großen Nationalen Debatte“, wie die Bürgerdialogoffensive heißt, den Frankreichs Präsident Emmanuel Macron im Dezember als Antwort auf die Gelbwesten-Proteste ins Leben rief. Von der Regierung wird sie als Erfolg gefeiert, 1,4 Millionen Diskussionsbeiträge wurden in zwei Monaten registriert.

Doch die Gelbwesten boykottierten die Bürgerbefragung. Für sie und die Opposition handelte es sich von Anfang an nicht um eine Debatte, sondern um eine macronistische Wahlkampfveranstaltung auf Steuerzahlers Kosten, denn sowohl die Themenbereiche, über die debattiert werden durfte, als auch die möglichen Antworten zum Ankreuzen waren von der Regierung vorgegeben. Die Forderung der Gelbwesten nach Einführung eines Bürgergehrens war dagegen genauso ausgeschlossen wie das extrem wichtige Thema „Einwanderung“.

Schon der Beginn des Dialogs war kafkaesk: Am 15. Januar „debattierte“ Macron erstmals mit 653 handverlesenen Bürgermeistern aus der Normandie in Grand Bourgtheroulde. Einige im Voraus ausgewählte Fragen wurden gestellt, und Macron monologisierte während sechs Stunden.

Der kleine Ort verwandelte sich während seines Aufenthalts in eine Festung: Alle Geschäfte und öffentlichen Einrichtungen waren geschlossen, die Sicherheitskräfte rigelten alle Zufahrtsstraßen hermetisch ab. Hunderte von Gendarmen sorgten dafür, dass Macron auf seiner Reise keine gelbe Warmweste zu sehen bekam. Wer sie trug, musste sie entweder sofort ausziehen oder bekam eine Strafe von 135 Euro aufgebremmt.

Der Austausch mit den Bürgern gestaltete sich eher schwierig: Viele Anwesende stellten ihre Forderungen sehr direkt und wenig diplomatisch, und der Präsident wies die Bürger mehrfach scharf zurecht mit Worten wie: „Ich rede jetzt!“ oder „Sie sollten aufpassen, was Sie sagen. Sie haben nicht das Recht zu sagen, was Sie wollen. Das, was Sie sagen, ist schlichtweg falsch!“

Hier und in den folgenden Bürgerversammlungen monologisierte Macron unendlich, mit der Folge, dass das Interesse der Franzosen, diese Debatten im Fernsehen live zu verfolgen, so rapide sank, dass auf eine Übertragung verzichtet wurde. Jetzt sollen regionale Bürgerversammlungen aufgrund der angekreuzten Antworten während eines Wochenendes konkrete Vorschläge für die Regierung erarbeiten. Diese sucht dafür

75 000 Freiwillige. Bisher lehnten neun von zehn Franzosen die Einladung dazu ab, obwohl Anreise und Hotelaufenthalt auf Kosten des Steuerzahlers gehen.

Am 18. März lud Macron 65 Intellektuelle in den Elyseé Palast, um mit ihnen zu „debattieren“. Dominique Méda, eine linke Soziologin, bekannte im Anschluss daran in der linken Zeitung „Libération“, dass nach den Bürgermeistern und den Bürgern auch die Intellektuellen in Macrons Debatte gefasst seien. Eine echte Debatte finde gar nicht statt:

„Als ich ihn (Macron) beobachtete, während er acht Stunden lang sprach – dabei hörte er zwar unsere Fragen und beantwortete sie auch – verstand ich plötzlich, wofür wir da waren. Wie die Bürgermeister zuvor waren wir die Wand, gegen die der Präsident seine Bälle schleudert, während er sich an der Stärke seiner Muskeln und der Präzision seiner eigenen Gesten, das heißt seiner eigenen Ausdruckskraft, seines hundertmal gefühlten Ichs, erfreut. Wir waren da, um ihm diese Genugtuung zu geben.“

Diese Egomanie des Präsidenten ist verantwortlich dafür, dass Frankreich immer stärker in eine Gewaltspirale gerät. Und so wird die Geschichte ihren Lauf nehmen. Eva-Maria Michels

Durch die Hintertür

UN-Migrationspakt auch für EU-Staaten, die dagegen waren

Noch vor wenigen Monaten schlug die Diskussion um den UN-Migrationspakt hohe Wellen. Mittlerweile ist das Thema aber wieder weitgehend aus der öffentlichen Diskussion verschwunden. Der umstrittene Migrationspakt ist im vergangenen Dezember in Marokko von der Bundesrepublik Deutschland und über 150 weiteren Staaten angenommen worden.

Der Berliner „Tagesspiegel“ hat auf der Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) vom Auswärtige Amt die Herausgabe von internen Protokollen beantragt. Bei den Papieren handelt es sich um Informationen von den Verhandlungsrunden, die von der deutschen Delegation an das Auswärtige Amt in Berlin geschickt wurden.

Die freigegebenen Dokumente sind mit Rücksicht auf andere Staaten zum Teil geschwärzt. Dennoch erlauben diese Unterlagen einen aufschlussreichen Blick auf die Verhandlungen. Die Papiere zeigen, wie weitreichend die Vorstellungen einiger Regierungen in manchen Bereichen waren.

Gerungen wurde etwa um die Forderung, die Unterscheidung zwischen regulären und irregulären Immigranten wegzulassen. Zum ursprünglichen Forderungskatalog gehörten auch

Punkte wie das Verbot von Abschiebungen.

Einige Staaten wollten offenbar auch erreichen, dass die Verhandlungsergebnisse in der Berichterstattung der Medien ausschließlich positiv dargestellt werden sollten. Um dies durchzusetzen, sollten Medienunternehmen bei einer negativen Darstellung etwaige öffentliche Förderungen entzogen werden.

Laut den freigegebenen Papieren ist auch um die Frage gerungen worden, ob der UN-Migra-

Interne Protokolle widersprechen offiziell den Erklärungen

tionspakt rechtlich verbindlich sei. Einige beteiligte Staaten wollten dem Pakt offenbar ganz ausdrücklich einen rechtsverbindlichen Charakter geben. Die Bundesregierung hatte die Rechtskraft des Dokuments stets bestritten und argumentierte, es handle sich um eine unverbindliche Absichtserklärung.

An dieser Sichtweise sind inzwischen neue Zweifel aufgetaucht. Die Wiener „Kronen Zeitung“ berichtete unlängst über ein bislang nicht bekanntes Gutach-

ten des Juristischen Dienstes der Europäischen Kommission vom 1. Februar. Laut dem Bericht soll in diesem Gutachten die Meinung vertreten werden, Teile des Migrationspakts könnten für alle Staaten der Europäischen Union als bindend erklärt werden.

In der Angelegenheit soll Österreichs Außenministerin Karin Kneissl bereits ein Positionspapier an den österreichischen EU-Kommissar Johannes Hahn übergeben haben. Hahn wiederum bezeichnete die neuerliche Diskussion um den Pakt als „Sturm im Wasserglas“. Er sagte weiter, die Position der EU-Kommission habe sich nicht geändert, der Pakt bleibe ein „nicht rechtsverbindliches Instrument“.

Zuvor hatte schon Ungarns Außenminister Péter Szijjártó der EU-Kommission vorgeworfen, sie würde heimlich versuchen, den UN-Pakt für alle Staaten der EU verbindlich werden zu lassen. Der Außenminister sagte, der Juristische Dienst der Kommission würde bald darlegen, der Migrationspakt sei durch bestimmte internationale Verträge für alle Mitgliedsländer der EU bindend.

Insgesamt haben neun Länder der Europäischen Union, darunter Ungarn und Österreich, den UN-Migrationspakt nicht unterzeichnet. Norman Hanert

Die Politik will eine Großbank

Gewerkschafter und Mitarbeiter stehen einer Fusion aus Deutscher und Commerzbank kritisch gegenüber

Die Deutsche Bank und die Commerzbank haben mit der Ankündigung, Fusionsgespräche führen zu wollen, die Branche in Aufruhr versetzt. Experten fragen sich, wem ein solcher Zusammenschluss nutzen würde.

Wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, haben sich die beiden Institute hochkarätige Beratung ins Haus geholt. Aufseiten der Commerzbank sollen die US-Investmentbank Goldman Sachs, Rothschild und die Wirtschaftskanzlei Hengeler Mueller den Prozess begleiten. Die Deutsche Bank setzt auf die Experten ihrer eigenen Investmentbank, Citi und die Kanzlei Freshfields. Denn die Ausgangslage ist ziemlich kompliziert und versetzt vor allem Gewerkschaftsfunktionäre in Alarmbereitschaft. Sollte es zur Bankenhochzeit kommen, fürchten Kritiker das Aus für bis zu 50.000 Stellen.

Verdi-Chef Frank Bsirske erwartet eine „intensive und möglicherweise hochkontroverse Diskussion in beiden Banken. Dass wir da gefordert sind, ist sonnenklar.“ Bsirske, der auch dem Aufsichtsrat der Deutschen Bank angehört, offenbarte sich als Gegner des geplanten Schritts. „Mir leuchtet die Sinnfälligkeit dieser Fusion im Moment überhaupt nicht ein“, erklärte er. „Deutsche Bank und Commerzbank ergänzen sich nicht sinnvoll. Viel sinnvoller wäre ein Crossover in internationaler Richtung“, sagte der Gewerkschaftsfunktionär.

Auch innerhalb der beiden Banken gibt es kritische Stimmen. „Aus eins und eins wird nicht notwendigerweise zwei – schon gar nicht auf der Ertragsseite“, erklärte Jan-Philipp Gillmann, Bereichsvorstand im Firmenkundensegment der Commerzbank. Stuart Graham vom Analysehaus Autonomous Research zeichnete gegenüber dem „Handelsblatt“ ein düsteres Bild: Man müsse sich nur an die Dresdner-Übernahme durch die Commerzbank oder die Postbank-Übernahme durch die Deutsche Bank erinnern. „Es ist

schwierig, diese Deals als Erfolg zu bezeichnen.“ Graham hält es für fraglich, „dass eine Fusion von Deutscher Bank und Commerzbank ein Erfolg wäre“.

Der Druck zur Fusion kommt nicht zuletzt aus den Reihen der Politik. Finanzminister Olaf Scholz (SPD) und sein Staatssekretär Jörg Kukies, ein ehemaliger Goldman-Sachs-Mitarbeiter, sollen seit Längerem an der Fusion arbeiten. Der Bund hält einen Anteil von 15,6 Prozent an der Commerzbank.

ihren Platz im deutschen Leitindex DAX räumen.

„Es ist sicher sinnvoll, mindestens eine große deutsche Bank zu haben, die die deutsche Industrie weltweit begleiten kann“, sagte Raimund Röseler, Direktor der Bankenaufsicht Bafin, „aber das ist Industriepolitik und kein Thema für die Bankenaufsicht.“

Auf Dauer könnte man in einer größeren Einheit Kosten sparen. Das Analysehaus RBC bezifferte die möglichen Einsparungen auf 2,1 Milliarden Euro. Gleichzeitig

Die Deutsche Bank betreibt seit einiger Zeit die Eingliederung der Postbank und hat dort ebenfalls mit Problemen zu kämpfen. So drohte der Deutsche Bankengestellten-Verband (DBV) damit, die lautenden Gespräche mit der Deutschen Bank über die Integration der Postbank auf Eis zu legen. „Wir werden in den nächsten Tagen Gespräche mit den Verantwortlichen suchen, um Klarheit zu bekommen“, heißt es in einem Schreiben an das Bundesfinanzministerium. „Ab-

klärte DBV-Chef Stephan Szukalski.

Christian Sewing, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, galt in den vergangenen Monaten nicht unbedingt als treibende Kraft der Fusionspläne. Nun ist ihm die Politik offenbar mit der Aussicht entgegengekommen, sie werde einen Personalabbau nicht verhindern. Wie das „Handelsblatt“ aus Finanzkreisen berichtet, signalisierte die Regierung, dass sie einer harten Restrukturierung und einem umfangreichen Stellenabbau nicht



In Frankfurt sind ihre Türme schon dicht beieinander: Deutsche Bank und Commerzbank (von links)

Bild: Imago

Finanzminister Scholz hatte bereits im vergangenen Jahr geklagt, hiesige Finanzinstitute hätten nicht mehr die „Größenordnung und die Globalität“, die notwendig sei, um Unternehmen bei ihren Geschäften weltweit zu begleiten. Ende September 2019 ist die Deutsche Bank aus dem europäischen Leitindex EURO STOXX 50 geflogen und zählt damit nicht mehr zu den 50 wertvollsten Börsenunternehmen im Euroraum. Gleichzeitig musste die Commerzbank

würde der Kundenstamm anwachsen, und die Deutsche Bank hätte die Möglichkeit, die sträflich vernachlässigte Digitalisierung voranzutreiben.

Die Deutsche Bank hatte nach drei Verlustjahren in Folge im vergangenen Jahr erstmals wieder knapp die Rückkehr in die schwarzen Zahlen geschafft. Skandale und Prozesse haben das einstige deutsche Vorzeigehaus erschüttert, die Aktie ist seit Jahren im Keller. Die Commerzbank befindet sich ebenfalls seit Jahren im Umbruch.

hängig vom Ergebnis werden wir danach für uns entscheiden, ob zum jetzigen Zeitpunkt weitere Verhandlungen zur Postbank-Integration sinnvoll sind.“

Es sei „beachtlich – um nicht zu sagen bedauerlich –, wenn gerade der Staat als größter Einzelaktionär der Commerzbank in seiner Doppelrolle einen solchen Druck für eine offensichtlich wirtschaftlich unsinnige Maßnahme aufbaut, die obendrein noch Tausende von Arbeitsplätzen kosten würde“, er-

im Wege stehen würde. Bis zu den Hauptversammlungen im Mai wollen die beiden Häuser geklärt haben, ob es zu einer Fusion kommt.

Branchenkennner treibt seit Jahren die Frage um, warum es den deutschen Banken so vergleichsweise schlecht geht. Man spiele trotz der unstrittigen Stärke der deutschen Wirtschaft im Bankwesen schon seit Jahrzehnten nicht mehr in der ersten Liga. Deutsche Banken seien im internationalen Vergleich klein und unprofitabel.

Peter Entinger

MELDUNGEN

USA und China wichtige Partner

Berlin – Die USA mit 631 Milliarden Euro und 16,9 Prozent des gesamten Warenverkehrs und China mit 573 Milliarden Euro und 15,3 Prozent sind die wichtigsten Handelspartner der EU im Warenverkehr. Deutschland stellte 2018 für 17 Mitgliedstaaten das wichtigste Bestimmungsland für Waren ausführen dar. Für Deutschland selbst waren die drei wichtigsten Ausfuhrbestimmungsländer die USA, Frankreich und China. Für ebenfalls 17 EU-Mitgliedstaaten war Deutschland das wichtigste Herkunftsland ihrer Wareneinfuhren. Deutschlands wichtigste Handelspartner bei den Wareneinfuhren waren die Niederlande, China und Frankreich. J.H.

Einkaufen mit Netz

Neckarsulm – Beim Handelsunternehmen Lidl kann man nicht nur im Netz, sondern demnächst auch mit Netz einkaufen. Dazu wird in den Filialen ein wiederverwendbares Einkaufsnetz aus reißfestem Polyester angeboten, in dem Kunden loses Obst und Gemüse transportieren können. Das Unternehmen sieht das Netz als ressourcenschonende Alternative zu Plastiktüten und Knotenbeutel, mit der sich der Verbrauch von Einwegplastik reduzieren lässt. J.H.

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:

1.928.123.348.830 €

Vorwoche: 1.928.181.186.312 €

Verschuldung pro Kopf:

23.260 €

Vorwoche: 23.261 €

(Dienstag, 26. März 2019, Zahlen: www.steuerzahler.de)



Ja, ich abbinere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z.Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____

Preussische Allgemeine Zeitung

Woche für Woche
Orientierung in der Medienflut
Klartext für Deutschland

vertrieb@preussische-allgemeine.de
Telefon 040-41 40 08 42
Fax 040-41 40 08 51

Bitte keine Kritik!

Von Erik Lommatzsch

Schnell war der Name Holger Steltzner aus der Kopfzeile mit den Herausgebern der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ („FAZ“) verschwunden. In Frieden ist man nicht auseinandergegangen. Obwohl Steltzner mit seinen wirtschaftsliberalen oder gar – horribile dictu – nationalliberalen Tönen oft die Position des einsamen Rufers einnahm, überrascht die Trennung. Ein Zusammenhang zwischen politischen „Sprachregelungen“ und dem massiven Aufgabenschwund wird bei der „FAZ“ offenbar nicht hergestellt, im Gegenteil. Zweifel an den Ursachen des Klimawandels oder dem

Gebahren der Europäischen Zentralbank sind bitte zu unterlassen. Erst recht aus der kompetenten Feder eines langjährigen Wirtschaftsjournalisten. Steltzner schrieb, dass Angela Merkel mit ihrer Willkommens- und Euro-Rettungspolitik „gleich mehrere Keile“ in die EU treibe oder dass das Versagen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge „fassungslos“ mache. Da hält man es in der Redaktion doch lieber mit Jürgen Kaube, der bei Merks Abgang als CDU-Vorsitzende von deren „Würde“ und „Stil“ schwärmte. Kaube ist weiterhin „FAZ“-Herausgeber, Steltzner nicht mehr.

Nachklapp

Von Florian Stumfall

Nach der Ablehnung der Klage eines Somaliers in Sachen Ramstein und Drohnenkriege hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster doch immerhin derjenigen dreier Jemeniten zu mindest teilweise stattgegeben. Nicht, dass den Klägern nun eine Entschädigung oder ein Schmerzensgeld dafür zugesprochen worden wäre, dass sie durch US-Drohnen Verwandte verloren haben, aber die Folgen des Spruches sind weitreichender, als es eine Wiedergutmachung wäre.

Das OVG verlangt nämlich von der Bundesregierung, künftig festzustellen, ob die Drohneneinsätze der USA, die von Ramstein aus geführt werden, gegen das Völkerrecht verstoßen. Für Berlin ist das überaus peinlich. Nicht nur, dass man bis zur Stunde jede Kenntnis über die Drohneneinsätze der USA und den Zusammenhang mit Ramstein ge-

leugnet hat, man weiß natürlich auch, dass sich deutsche Stellen, und wären sie noch so weit oben angesiedelt, die Finger verbrennen, wenn sie versuchen, in und auf Ramstein Einfluss zu nehmen.

Unvermittelt stellt sich hier die Frage nach dem völkerrechtlichen Status des Gebietes der US-Basis und in der Folge auch diejenige nach Deutschlands Position den USA gegenüber. Das Gericht scheint diese als nicht sehr stark einzuschätzen, denn die Forderung der Kläger, es solle die Bundesregierung dazu anhalten, die Drohneneinsätze zu unterbinden, wies es denn doch ab. Wer weiß, welche völkerrechtlichen Vorbehalte und Einschränkungen der deutschen Souveränität durch die UN-Feindstaat-Klausel oder den Siegervorbehalt aus dem Zweiten Weltkrieg da noch zutage träten.

Man merkt die Absicht ...

Von Manuel Ruoff

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), laut der Selbstdarstellung „ein unabhängiges, interdisziplinär besetztes Expertengremium, das die Politik handlungsorientiert berät und der Öffentlichkeit sachliche Informationen zur Verfügung stellt“, hat ein bemerkenswertes Problem aufgezeigt und gleich dazu eine noch bemerkenswertere Lösung angeboten. Man merkt die Absicht und ist verstimmmt.

Fakt ist, dass in Deutschland zwei Faktoren zusammenkommen. Zum einen steigt im Zuge der allgemeinen Akademisierung die Studierwilligkeit. Zum anderen wächst aufgrund der Immigration die Bevölkerung. Das Ergebnis ist der mittlerweile elfte Allzeiterkord bei den Studenten-

zahlen. Die Zeit steigt seit 2008 ununterbrochen.

Nichtsdestotrotz warnt der SVR vor Überkapazitäten beziehungsweise Nachfragemangel an deutschen Hochschulen. Wenn es denn tatsächlich unbesetzte Studienplätze gibt, wäre es aus der Sicht eines biederen Steuerzahlers naheliegend, diese Überkapazitäten in der Lehre abzubauen, denn warum sollte ein Staat mit Steuerzahlergeld mehr kostenlose Angebote finanzieren als es Nachfrage im Lande gibt? Der SVR präferiert jedoch ein anderes Lösungsmodell: nicht die Verringerung des steuerfinanzierten kostenlosen Angebots, sondern die Erhöhung der Nach-

frage nach kostenlosen staatlichen Dienstleistungen durch Einwanderung. Dieser Lösungsvorschlag verspricht für den aus neun Professoren bestehenden

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration gleich drei Vorteile: Erstens kommt er ohne die Streichung von Professorenstellen aus. Zweitens sieht er einen Zugang von Ausländern vor. Und drittens untermauert er scheinbar erneut die These, dass Immigration keine Last für die Deutschen sei, sondern ihnen vielmehr helfe beim Füllen von Lücken, in diesem Falle der konstatierten Studentenlücke. Damit kein ausländischer Studierwillige

wegen mangelnder Eignung von der Einwanderung abgehalten wird, sollen „die Hochschulen internationale Studieninteressierte selbst für den Hochschulzugang (nach-)qualifizieren“.

Es ist verständlich, dass das Professoren-gremium SVR vor allem die Hochschulen im Blick hat. Doch liebe sich im Sinne einer vermehrten Immigration diese Vorgehensweise ausweiten. Der SVR könnte beispielsweise feststellen, dass in Deutschland Überkapazitäten in Arbeitsämtern, Polizeidienststellen und Verfassungsschutzämtern drohen beziehungsweise – entsprechend der Logik des SVR – ein Mangel an Arbeitslosen, Verbrechern und Verfassungsfeinden, um dann als Lösung das Anwerben entsprechender Ausländer zu propagieren.



Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration empfiehlt die Einladung ausländischer Studierwilliger als Mittel gegen den von ihm konstatierten Studentenmangel: Voller Hörsaal der Georg-August-Universität Göttingen

Bild: Imago

Frei gedacht

Wer durch Kanada fährt, der kann ihnen überall begegnen: den roten Kleidern, am Straßenrand, in den Bäumen aufgehängt, rote Kleider, die im rauen Wind flattern und uns ihre düsteren Geschichten erzählen wollen. Halt inne, wenn Du sie siehst, und lausch ihren Berichten. Gestern erblickte ich sie wieder, als ich durch ein kleines Indianer-Reservat kam. Lauf einmal den Hang empor, zwischen den bauffälligen Häusern, verwahrlosten Vorgärten,



vorbei an der kleinen Tankstelle und den alten, rostigen Autos, die überall herumstehen, lauf weiter, da geht es zu einer kleinen Lichtung hoch. Dort oben am Hang, da wehen sie, die roten Kleider. Es mögen wohl 20 sein. Kennst Du ihre unheimlichen Geschichten? Sie sind schockierend, unbarmherzig, eiskalt, Zeugen unserer rohen, willkürlichen Welt. Hör genau zu, auch wenn es Dich schüttelt, gib nur acht, was sie raunen. Denn die Geschichten, die sie erzählen, sind auch deine Geschichten.

Seit 2011 sieht man die roten Kleider überall im Land in den Bäumen hängen. Berührende Mahnmale. Jedes Red Dress erzählt von einem gedemütigten, missbrauchten, ermordeten Mädchen, von verschwundenen eingeborenen Frauen, den sogenannten Indigenous Women. Viele Vermisste, deren Spur irgendwo auf ihrem Lebensweg sich verlor im Nebel der Zeit: Sie verschwanden einfach, von ihren Angehörigen bis heute verzwweifelt gesucht. Existenzen, deren Lebensdauer gewaltsam verkürzt wurde, von machtbesessenen Tätern kaltblütig entschieden. Die kanadische Künstlerin Jaime Black hatte die Idee zu dieser aufreißelnden Aktion. Anlässlich der Zahl von damals 1200 vermissten und ermordeten Frauen, anlässlich einer beklemmenden Hilflosigkeit

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

der Angehörigen, deren persönliche Geschichten bis heute immer noch nicht hinreichend protokolliert werden in Gesellschaft und Politik, anlässlich auch der dramatischen Kolonialisierung der First Nation, Jahrhunderte zuvor, die viel zu selten diskutiert und schon gar nicht aufgearbeitet wird, entschloss sich Jaime Black zu diesem Schritt.

Die Geschichte der Ureinwohner Nordamerikas ist lang und blutig. Ihre „Zivilisierung“, ihre „Christianisierung“ (man sollte es eher als Kirchanisierung bezeichnen, denn Christus hatte gewiss anders vorgehabt mit den Menschen) began vor mehreren Hundert Jahren. Es war der weiße Mann, der sich auch hier mit seinen Gewehren die Welt Untertan zu machen suchte, so wie fast überall auf der Erde. Er raubte den Ureinwohnern nahezu alles: ihre Tradition, ihre Kultur, den Glauben – ihre Identität. Hatten die „Rothäute“ stets unter freiem Himmel ihre Gebete nach oben geschickt, hatten sie ihre Dialoge mit Mutter Erde und Clooskap, den wesenhaften Führern, den Elementen, stets draußen abgehalten, so sollten sie plötzlich in dunkle Kirchen gehen und einen anderen, ihnen bis dato unbekanntem Gott anbeten? War denn ihr Schöpfer, der Creator, nicht für alle da? Und ihnen wurde noch mehr genommen:

das Recht auf Menschenwürde, auf Freiheit, das Recht auch auf ein Stück Erde zum Leben. Die First Nation verlor ihr Existenzrecht, wurde von einer fremden Kultur, den sogenannten Christen, im eigenen Land überrollt. Hör nur genau zu, wenn Du die Geschichte verstehen willst. Wie formulierte es der Indianerhäuptling Seattle an den Präsidenten der USA im Jahr 1855:

„Wir wissen, dass der weiße Mann unsere Art und Weise nicht versteht. Das Schicksal seines Landes ist ihm so egal wie das eines anderen, da er in der Nacht kommt und vom Land nimmt, was immer er braucht. Die Erde ist nicht sein Bruder, sondern sein Feind. Wenn er den Grund erobert hat, zieht er weiter. Er lässt die Gräber seiner Väter zurück und zerstört rücksichtslos den Boden für seine Kinder. Sein Appetit wird die Erde verschlingen und nur eine Wüste zurücklassen. Der Anblick eurer Städte schmerzt die Augen der Rothäute, aber vielleicht nur deshalb, weil der Rote Mann nur ein Wilder ist und nicht versteht ...“

Bis in die 1990er Jahre nahm man die Kinder aus den indigenen Familien heraus, riss sie fort von ihren Müttern, Vätern, Geschwistern, Ahnen, um sie in katholischen Erziehungsanstalten zu stecken und umzuerziehen. Sprach ein Junge oder Mädchen in der Eingeborenen-sprache, so wurde ihm der Mund gewaltsam mit Seife ausgewaschen. Die Kinder wurden schwer misshandelt, missbraucht, sie

wurden systematisch gebrochen. Zahllose Selbstmorde kennzeichnen bis heute das Bild, Alkohol und Drogen sind die trostlosen Begleiter vieler Menschen in den Reservaten geblieben. Sie benebeln sich, um mit dieser erniedrigenden Existenzform irgendwie klarzukommen. Immer noch werden sie häufig wie Menschen zweiter Klasse behandelt.

Als Jaime Black gefragt wurde, warum es rote Kleider sind, mit denen sie die Menschen aufzurütteln versucht, antwortete die Künstlerin: „Rot ist eine sehr starke Farbe in indigenen Gemeinschaften. Es ist die Farbe des Lebens – und des Blutes. Es ist eine heilige Farbe. – Und Rot stellt die Gewalt dar, mit der diese Frauen konfrontiert sind.“ Viele Menschen fühlten sich nun von den Kleidern verfolgt, so die Künstlerin. Sie fühlten sich durch ihre Anwesenheit bewegt. „Es sind Orte, an dem diejenigen erreicht werden können, die möglicherweise nicht wissen, was vor sich geht, und es bietet einen Raum für Menschen, die Gewalt erfahren, und so ihre eigenen Geschichten mit anderen teilen können.“

Als Indianerhäuptling Seattle damals zum Präsidenten der USA sprach, sagte er auch:

„Der große Häuptling in Washington lässt uns wissen, dass er unser Land kau-

fen will. Er sagt uns dazu Worte der Freundschaft und des guten Willens ... Wir werden uns aber euer Angebot überlegen, da wir wissen, dass, wenn wir es nicht tun, der weiße Mann vielleicht kommen mag, um uns unser Land mithilfe von Gewehren wegzunehmen ... Meine Worte sind wie die Sterne, sie gehen nicht unter: Wie kann man den Himmel kaufen oder verkaufen – wie die Wärme des Landes? Diese Idee scheint uns sehr merkwürdig. Wir besitzen auch die Frische der Luft und das Glitzern des Wassers nicht! Wie könnt ihr sie da von uns kaufen? Jedes Stück dieses Bodens ist meinem Volk heilig. Jede schimmernde Kiefernnadel, jedes sandige Ufer, der zarte Dunst in der Dunkelheit der Wälder, jede Leuchte und jedes summende Insekt ist der Erinnerung und dem Erleben meines Volkes heilig.“

In Deutschland hängen übrigens noch keine roten Kleider in den Bäumen. Noch ist niemand auf diese Idee gekommen. Warum auch? Ist doch alles in Butter. Dem weißen Mann geht's gut. Der weiße Frau auch. Oder? Pass nur genau auf, achte auf die Zeichen. Auch in Deutschland verschwinden nun fast täglich Frauen. Auch in Deutschland werden Mädchen einfach vergewaltigt, missbraucht, gequält, ermordet. Auch hier geben die amtlichen Protokolle nur wenig wieder von dem

Schmerz der Angehörigen, werden die Geschichten der Seelengenen verschwiegen. Auch anderes passiert jetzt in diesem Land, was fast unerklärlich ist. Ist es Karma, das uns nun ereilt? Schlägt das Pendel zurück? Die verheerende Geschichte Nordamerikas dauert schon Hunderte Jahre. Viel Blut ist seitdem geflossen, viel Herzeleid verursacht worden. Und es geht bis heute. Eine lange, furchtbare Zeit. In Europa geht es jetzt erst los.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hundertausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Ideenreicher Menschheitsbeglückter

»Es lebe die alte Zeit« – Brandenburg rüstet sich zum 200. Geburtstag Theodor Fontanes

Eigentlich ist es bis zu Theodor Fontanes 200. Geburtstag am 30. Dezember noch lange hin. Die Feierlichkeiten nehmen jedoch schon neun Monate vorher Fahrt auf. Bereits am 30. März startet im Museum Neuruppin die zentrale Ausstellung zu Ehren des preussischen Journalisten und Schriftstellers. Auch Karwe und Potsdam haben vielversprechende Ausstellungen angekündigt.

In Neuruppin steht Fontanes Geburtshaus mit der „Löwen-Apotheke“ im Erdgeschoss noch. Er sollte wie sein Vater Apotheker werden. Nebenher entwickelte Fontane jedoch schriftstellerische Ambitionen, die er mehr und mehr zu seinem eigentlichen Beruf erhob. Fontane verzeichnete 1849 mit „Männer und Helden. Acht Preußener“ seine erste Buchveröffentlichung, war ein Jahrzehnt Redakteur bei der „Kreuzzeitung“ und verfasste später Theater- und Kunstkritiken für die „Vossische Zeitung“. Berühmtheit erlangte er mit den „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ und seinen Romanen. Auf den 1878 herausgegebenen Erstling „Vor dem Sturm“ ließ er in Berlin ansässige Schriftsteller bis zu seinem Tod 1898 zahlreiche weitere literarische Werke folgen.

Drei Jahre vor Fontanes Tod erschien sein erfolgreichster Roman: „Effi Briest“. Am Beispiel dieses Romans legt die Schau im Museum Neuruppin dar, wie der Schriftsteller seine Texte erarbeitet hat. Auch den „Fontane-Sound“ will sie an nahe bringen. Was das ist, erklärt Ausstellungsmittlerin Katharina J. Schneider. „Der Fontane-Sound ist die charakteristische Sprache Fontanes, die sich durch genaue Beobachtungsgabe, Freude am Klang von Buchstaben sowie an der Konstruktion von Wörtern auszeichnet – und durch Humor und Ironie.“ Peer Trilcke wirkte an den

Stil- und Textanalysen mit. Er leitete das für jeden zugängliche Potsdamer Theodor-Fontane-Archiv, das einen großen Teil seines schriftlichen Nachlasses hütet.

Zu den wichtigsten Exponaten gehören Fontanes Notizbuchaufzeichnungen. Er hat 67 Notizbücher hinterlassen. Sie geben entscheidende Aufschlüsse über die Entstehungsgeschichte seiner Werke. Um die Entzifferung der nur schwer zu lesenden Hand-

gesetzter Substantive hatte: „Man kann sogar sagen, diese Wörter – und das, was Fontane in seinen Texten daraus macht – sind die eigentlichen Exponate der Ausstellung.“ Als Beispiele nennt sie „Flüsterunterhaltung“, „Gespensterbedürfnis“ und „Menschheitsbeglückungsideen“. In Neuruppin werden 200 dieser Wortkonstruktionen aufgeführt. So gesellt sich zu Fontanes in der Dauerausstellung des Museums tickender

heute da steht. Bei seinem Besuch des Tempelchens fantasierte Fontane sich in die Gesellschaft des Kronprinzen: „Und dort ist er selbst ... Unsere Gläser klingen zusammen. Es lebe die alte Zeit! Aber draußen schlugen die Nachtigallen, und ihr schlagen klang wie ein Protest gegen die alte Zeit“ und war ein Loblied auf Leben und Liebe.“

Inzwischen ist Fontane selbst zur Neuruppiner „Sehenswürdig-

keit“ geworden. Inzwischen ist Fontane selbst zur Neuruppiner „Sehenswürdig-

keits- und Charakterisierung – verschieden wie die Dinge, so verschieden ist auch die Behandlung, die sie gefunden.“

Dem bei Neuruppin gelegenen Gut Karwe und seinen Besitzern – der Familie von dem Knesbeck – sind in den „Wanderungen“ zwei Kapitel gewidmet. Im Alten Pferdewall des Gutes, von dem nur die Wirtschaftsgebäude erhalten sind, beginnt am 11. Mai die Ausstellung „Fontane trifft Knesbeck“. Sie präsentiert Notizbuchaufzeichnungen und Objekte, über die Fontane geschrieben hat.

Kraft Freiherr von dem Knesbeck weist uns auf wichtige Stücke hin: Einen Tisch vom Tabakkollegium König Friedrich Wilhelms I. und einen Brief König Friedrich Wilhelms IV. an Feldmarschall Karl Friedrich von dem Knesbeck, mit dem er ihm zur Geburt des ersten Enkels gratulierte und sein Fernbleiben von der Taufe entschuldigte. Zum Brief merkt Kraft Freiherr von dem Knesbeck an: „Ein Vergleich mit dem Text Fontanes zeigt einige interessante Differenzen. Erlauben sie Rückschlüsse auf den Wahrheitsgehalt seiner sonstigen Beschreibungen?“

Veit-Mario Thiede

Informationen zu den Ausstellungen: www.fontane-200.de, zum Theodor-Fontane-Archiv: www.fontane-archiv.de, zur Theodor Fontane-Arbeitsstelle: www.uni-goettingen.de/de/154180.html



Bleibt auf Neuruppin sitzen: Das von Max Wiese entworfene Fontane-Denkmal von 1907 Bild: Thiede

schrift sowie die Kommentierung und Veröffentlichung der Notizen in digitaler und gedruckter Form macht sich Gabriele Radecke verdient. Sie ist Leiterin der Theodor-Fontane-Arbeitsstelle der Universität Göttingen und bereichert mit ihren Forschungsergebnissen die Fontane-Ausstellung in Neuruppin, Potsdam und Karwe. Schneider macht darauf aufmerksam, dass Fontane ein Faible für die Konstruktion zusammen-

Standuhr die Wort-Installation „Dunkelstunde“.

Weitere sind über die Stadt verteilt, denn in seinen „Wanderungen“ erzählte Fontane ausführlich von Neuruppin und seinen Persönlichkeiten, etwa dem späteren König Friedrich II., der 1732 bis 1736 als Kommandeur des Regiments Kronprinz in der Stadt wohnte. Im Garten am Wall ließ Friedrich ein Tempelchen errichten, das in umgebauer Form noch

kei“ aus alter Zeit geworden. Und zwar in Form eines Denkmals, das ihn als rastenden Wanderer mit Stift und Notizbuch in den Händen zeigt.

Mit den „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ befasste sich die vom 7. Juni an im Potsdamer Haus der Brandenburgischen Preussischen Geschichte laufende Ausstellung. Sie will uns in Fontanes „Schreibwerkstatt“ einführen und veranschaulichen, wie er

MELDUNGEN

Waliserin rockt durchs Land

Berlin – Eine Mischung aus ihren schönsten Liedern und einer Auswahl aus ihrer neuen CD präsentiert Bonnie Tyler auf ihrer großen Deutschlandtournee, darunter „Lost In France“, „It's A Heartache“, „Total Eclipse Of The Heart“ und „Holding Out For A Hero“. Die Rockröhre stammt aus einer Waliser Bergarbeiterfamilie und trat schon als Jugendliche auf. 1973 erschien ihre erste Schallplatte, seither wurden ihre Tonträger 100 Millionen Mal verkauft. Besonders in Deutschland erfreut sie sich einer großen Fangemeinde. Termine: München (28.4.), Suhl (2.5.), 4.5. Köln (4.5.), Halle (7.5.), Berlin (8.5.), Bremen (10.5.), Karlsruhe (14.5.), Zwickau (16.5.), Osnabrück (17.5.), Singen (22.5.), Ulm (23.5.), Wien (25.5.), Graz (26.5.), Hannover (28.5.), Rostock (29.5.), Dortmund (31.5.), Frankfurt (1.6.). A.G.

Meese total in Lübeck

Lübeck – Seit Mitte Februar wandelt der Kunst- und Performance-Berater Jonathan Meese die Hansestadt Lübeck in ein Gesamtkunstwerk. Nachdem das gemeinsame Mammutprojekt mehrerer Kulturinstitutionen mit „Dr. Zuhause: KUNST (Erziebe)“ mit zwei Ausstellungen in der St.-Petri-Kirche (läuft bis 31. März) und im Günter-Grass-Haus (bis 4. August) gestartet ist, werden am 30. März zwei weitere Ausstellungen des Künstlers eröffnet. Während die Kunsthalle St. Annen bis 4. August großformatige Meese-Bilder ausstellt, präsentiert die Overbeck-Gesellschaft in der Königstraße 11 bis zum 9. Juni Meeses Sicht auf antike und neue Heldensagen. Internet: www.die-luebecker-museen.de tws

Ein Ästhet durch und durch

Maler der Niddener Künstlerkolonie – Carl Knauf zum 75. Todestag

Carl Knauf gehörte zu den herausragenden Malern der Niddener Künstlerkolonie. Er wurde 1893 als Sohn des Schneiders Peter Josef Knauf, der ein Tuchgeschäft in Bad Godesberg besaß, geboren. Knauf studierte an der Düsseldorfer Kunstakademie. Als Soldat kam er im Ersten Weltkrieg an die Ostfront und lernte dort seine aus Danzig stammende Frau Frieda, geborene Riefenstahl, kennen.

Aufgrund seiner labilen Gesundheit wurde Knauf frühzeitig aus dem Militärdienst entlassen. Das Ehepaar Knauf zog nach Berlin, doch Knauf reiste in den Sommern immer ins östliche Ostpreußen zum Malen, wo er sich in Königsberg eine Wohnung anmietete. Auf der Kurischen Nehrung bevorzugte er als Unterkunft Hotels oder Gästehäuser.

Obwohl Knauf ganz selten an Ausstellungen teilnahm – nur 1921 und 1943 war er mit seinen Arbeiten im Rahmen der Jahresausstellungen des Kunstvereins in Königsberg vertreten, und 1928 sowie 1932 stellte er in Memel aus –, verkauften sich seine Gemälde außergewöhnlich gut. Kein Maler der Niddener Künstlerkolonie verkaufte zu Lebzeiten so viele Bilder wie er. Denn wie kein anderer verstand er es, die Stimmungen der Landschaft bei allen Wetterlagen in seinen ausdrucksstarken Bildern wiederzugeben.

Leider ist nicht viel über den Menschen Carl Knauf überliefert. Er lebte zurückgezogen, hielt sich stets in der Natur auf und war für keinen ansprechbar, besonders wenn er malte. Sein Hausmädchen Lenchen (Helene Pippis) erinnert sich, dass er ein wunderbarer

Mensch war, ein Ästhet durch und durch. Nur stand es mit seiner Gesundheit nicht zum Besten. Er litt unter schwerem Asthma.

1930/31 baute das Ehepaar Knauf ein Haus auf dem Schwiegermutterberg in Nidden, dort wo auch Thomas Mann sich ein Sommerhaus von demselben Architekten, Herbert Reissmann, hatte bauen lassen. Das „Knaufsche Haus“ war wohl das schönste im Ort und hatte den Krieg äußerlich unbeschadet gut überstanden.

Am 1. April 1944 ist Carl Knauf in seinem Haus in Nidden an einer Lungenkrankheit verstorben. Sein guter Freund Ernst Mollenhauer hatte die Trauerfeier arrangiert. Unter großer Anteilnahme der Dorfbewohner wurde Knauf in der Nähe des Grabes von Hermann Blode auf dem Niddener Friedhof beigesetzt. So war er der Künstler, der von allen am längsten in dem Malerort lebte. Am 2. Oktober 2015 wurde zum Andenken an Knauf ein Kreuz auf seine Grabstelle gesetzt und feierlich eingeweiht. Bernd Schimpke

Der Autor besitzt eine umfangreiche Knauf-Sammlung und ist Verfasser der Kunstbände „Nidden – Landschaft der Sehnsucht“ (28,90 Euro) sowie „Künstlerkolonie Nidden – Eine Landschaft voll Licht und Farbe“ (34,90 Euro). Beide Bände sind nur zu beziehen über www.baltictravel.de oder telefonisch unter (040) 22739333.

Insel der Autoren

Usedomer Literaturtage feiern und pflegen den politischen Dialog

Donna Leon kam 2016 erstmals nach Usedom und seitdem immer wieder. Die US-Krimiautorin mit Wahlheimat Venedig, wo sie den auch im deutschen Fernsehen bestens bekannten Commissario Brunetti ermittelt lässt, hat nach eigenen Worten hier ihr Paradies gefunden. Auch bei den 11. Usedomer Literaturtagen vom 31. März bis 6. April wird sie nicht fehlen.

Motiviert vom Erfolg des Usedomer Musikfestivals, rief Intendant Thomas Hummel 2009 die Literaturtage ins Leben. Ein Forum für Dichter und Denker mit Schwerpunkt mitteldeutsche und osteuropäische Geschichte und Befindlichkeit. Unter dem Motto „Denk ich an Deutschland“ steht dieses Jahr erstmals Deutschland ganz im Mittelpunkt.

Nobelpreisträgerin Herta Müller, Schriftsteller Martin Walser und der Tscheche Jaroslav Rudiš, seines Zeichens Usedomer Literaturpreisträger von 2014, werden sich ebenso die Ehre geben wie Alt-Bundestagspräsident Norbert Lammert. Moderatoren sind die Publizisten und Historiker Manfred Osten sowie Andreas Kosert, seines Zeichens Autor diverser Ostpreußen-Bücher.

Dass Usedom wieder lebendiger Treffpunkt der Literaten ist, war überfällig. Bereits in der Vergangenheit zog es Autoren wie Thomas Mann, Maxim Gorkij, Kurt Tucholsky oder Theodor

Fontane auf die Insel, es folgten von 1947 bis 1967 weit über 300 Autoren den Einladungen Hans Werner Richters zu den Tagungen der Gruppe 47. Ihre Spuren verfolgt ein rund zwei Kilometer langer literarischer Wanderweg in Bansin. Dort erinnert auch das Hans-Werner-Richter-Literaturhaus an den Initiator mit Vorträgen, Lesungen, Diskussionsrunden und wissenschaftlichen Kolloquien.

Der russische Schriftsteller Maxim Gorkij verbrachte 1922 gleich mehrere Monate auf Usedom, um sich in der Pension „Irmgard“ in Heringsdorf von einem Lungenleiden zu erholen, ohne dabei die Arbeit an seinen aktuellen Werken zu vernachlässigen. Seit 1948 ist die Villa Gedenkstätte mit ständigen Ausstellungen zu Tolstoi, der Gorkij damals auf Usedom besuchte,

sowie Kulturprogramm und Lesungen. Noch immer wähnt man den Gast im Hause, blieb Gorkijs Wohn- und Arbeitszimmer doch bis heute fast unverändert.

In nächster Nähe liegen die Strandvillen, einst Erholungshaus der Diakonie, seit 2008 charmanter Strandhotel. Eine Tafel verweist auf ihren Ursprung: „Im Jahr 1859 wurde der Ankauf dieses Hauses durch eine milde Gabe des preussischen Königs Friedrich Wilhelm IV. an das Diakonissenhaus Bethanien/Berlin ermöglicht.“

Das Faible der Preußenherrscher für Usedom ist bekannt. In Swinemünde hatte Friedrich Wilhelm III. 1824 das erste Seebad der Insel eröffnet. Heute ist Georg Friedrich Prinz von Preußen der Ehrenpräsident des Usedomer Musikfestivals und damit auch der Literaturtage. H. Schnehagen

Usedomer Literaturpreis 2019 geht an Jenny Erpenbeck

Am 6. April erhält die Schriftstellerin Jenny Erpenbeck im Seehotel Ahlbeck Hof den diesjährigen Usedomer Literaturpreis. Die Jury hob insbesondere zwei Romane hervor: „Heimsuchung“, der anhand eines Ortes in der Mark Brandenburg die wechselvolle deutsche Geschichte erzählt, und „Gehen, ging, gegangen“, der afrikanische Flüchtlinge in Berlin und ihre Erfahrungen in den Mittelpunkt rückt. Der Literaturpreis ist mit 5000 Euro dotiert und mit einem einmonatigen Arbeitsaufenthalt auf der Insel verbunden.

Infos und Karten zu den Literaturtagen: www.usedomerliteraturtage.de; www.kaiserbaeder-auf-usedom.de/hans-werner-richterhaus/; www.kaiserbaeder-auf-usedom.de/villa-irmgard tws



Immer nur Nidden im Blick: Knaufs „Hafflandschaft bei Purwin“

Bismarcks Schwester

Häufig ist das Typschiff das bekannteste Schiff einer Klasse, aber nicht das größte, modernste und stärkste. Das ist bei der „Bismarck“ genauso. Die „Tirpitz“, das jüngere und einzige Schwesterschiff, lief eineinhalb Monate später vom Stapel und hatte 1200 Tonnen mehr Verdrängung. Mit 42900 Tonnen war es das größte in Europa gebaute Schlachtschiff.

Am 2. November 1936 erfolgte in Wilhelmshaven seine Kiellegung, vor 80 Jahren, am 1. April 1939 lief es vom Stapel. Dass die „Tirpitz“ weniger bekannter ist, mag auch daran liegen, dass ihr Name weniger anspruchsvoll war und sie in kein einziges Gefecht mit gegnerischen Überwassereinheiten verwickelt gewesen ist.

Ihr erster Einsatz bestand darin, nach dem Beginn des Unternehmens Barbarossa den Ausbruch der Baltischen Rotbannerflotte aus der Ostsee zu verhindern. Nachdem der Gegner einen entsprechenden Versuch unterlassen hatte, wurde die „Tirpitz“ im Januar 1942 nach Norwegen verlegt, um eine mögliche britische Invasion, die den Eisernen Nachschub aus Schweden über Narvik gefährdet hätte, zu verhindern. Im September 1943 beschloss sie mit dem Schlachtschiff „Scharnhorst“ und neun Zerstörern im Rahmen des Unternehmens Sizilien den britischen Stützpunkt auf Spitzbergen.

Ansonsten bestand die Tätigkeit der „Tirpitz“ ab dem März 1942 primär darin, die Nachschublinie von Großbritannien über das Nordmeer in die Sowjetunion zu stören. Nach der Versenkung der „Scharnhorst“ beim Seegefecht



Bild: US Naval Historical Center

Von achtern: Die „Tirpitz“

vor dem Nordkap im Dezember 1943 wurde die „Tirpitz“ nicht mehr gegen Geleitzüge eingesetzt. Doch alleine die Tatsache, dass die Deutschen es gekonnt hätten, wenn sie es denn gewollt hätten, störte die alliierte Versorgung. Es war also nicht nur das Ergebnis von Prestigedenken, wenn der britische Premier Winston Churchill 1942 die Versenkung der „Tirpitz“ zur wichtigsten Aufgabe der Royal Navy erklärte. Als 1944 die alliierte Landung in der Normandie bevorstand, die möglichst wenig von deutschen Kriegsschiffen gestört werden sollte, gewann die Ausschaltung der „Tirpitz“ an zusätzlicher Bedeutung.

Die Briten versuchten manches, setzten aber vor allem auf Bombenangriffe. Angesichts der Größe und Panzerung der „Tirpitz“ wurde dabei auch auf die „Tallboy“ zurückgegriffen, eine 5,4 Tonnen schwere Fliegerbombe mit 2,4 Tonnen hochbrisantem Sprengstoff, die eigentlich zum Angriff auf deutsche U-Boot-Bunker entwickelt worden war.

Viele Hunde sind des Hasen Tod. Schließlich waren die Briten erfolgreich. Nach diversen vorausgegangenen Luftangriffen griffen am 12. November 1944 32 „Lancaster“-Bomber aus Schottland die fünf Kilometer vor Tromsø zwischen den Inseln Håkøya und Store Grindøyamit liegende „Tirpitz“ an. Nach zwei „Tallboy“-Treffern und einer Explosion an Bord bekam die „Tirpitz“ erst Schlagseite und kenterte schließlich. 809 Mann der Besatzung konnten gerettet werden. Die Mehrheit aber, 1204 Mann, kam ums Leben.

Manuel Ruoff

Spaniens Bürgerkrieg hatte viele Väter

Anarchisten und Kommunisten riefen die »Sozialistische Republik« aus

Am 1. April 1939 unterzeichnete General Francisco Franco ein Bulletin, das den Spanischen Bürgerkrieg für beendet erklärte. Damit endete offiziell ein seit Juli 1936 andauerndes Blutvergießen. Der Streit über Ursachen und Auslöser hält bis in die Gegenwart an.

Im April 1931 hatte König Alfons XIII. das Land verlassen. Die provisorische Regierung hatte eine Koalition der Linken übernommen. Sie rief die Zweite Republik aus. Die Stimmung war aufgeheizt. Im Mai 1931 hatten Anhänger der Monarchie eine Partei gründen wollen. Deren Versammlung war durch einen Mob gestürmt worden. 24 Stunden später hatten sich die Unruhen über das ganze Land ausgebreitet. Statt gegen die Anarchisten anzugehen, verbot die Regierung rechtsorientierte Zeitungen und verhaftete Monarchisten. Anarchisten lösten regionale Aufstände aus. In Asturien rief 1934 eine „Rote Armee“ eine „sozialistische Republik“ aus. Priester, Mönche und Nonnen wurden ermordet, das Geld abgeschafft, Universitäten und Kirchen gesprengt. Die Anarchie tobte sich zwei Wochen aus, dann wurde der Aufstand durch die Regierung mit Hilfe des Generals Francisco Franco beendet. Die Schlussbilanz der Anarchie: 1335 Tote. Das bürgerliche Spanien erstarb. Am Ende des Jahres 1935 zählte man fast 300 bewaffnete Überfälle.

Der Spanische Bürgerkrieg war ausgebrochen, bevor er diesen Namen trug. In ihm kämpfte nicht, wie vorzugsweise und mit Penetranz dargestellt, das demokratische Spanien gegen den Faschismus. Im linken Lager wollten starke Kräfte einen Bürgerkrieg, der das Ende von Staat und Kirche beschleunigen würde. Sie wollten Revolution nach sowjetischem Vorbild. Dabei rechneten sie fest mit Hilfe von außen.

In Moskau hatte Josef Stalin den Aufbau sogenannter Volksfronten beschlossen. In Frankreich und Spanien gebildet, sollten später Deutschland und Italien folgen. Die These, dass alle nichtkommunistischen Parteien als „faschistisch“ anzusehen seien, war aufgegeben worden. Die Volksfront sollte „Trojanische Pferde“ ins bürgerliche Lager schicken.

Die Parlamentswahlen im März 1936 gewannen die Parteien der linken Volksfront deutlich. Die bürgerliche Rechte sah die Republik gescheitert, eine kommunistische Machtergreifung nahe. Es

kam zu spontanen Landbesetzungen durch Anarchisten, zu Straßenkämpfen. Bereits im Frühjahr 1936 hatten zwei sowjetische Frachter Kriegsmaterial in spanische Häfen gebracht.

In den Streitkräften formierte sich Widerstand gegen die Volksfront. Unliebsame Offiziere, auf entlegene Inseln oder nach Ma-

mierte er ihn in Navarra. Es war der letzte Schritt zur großen europäischen Auseinandersetzung. Bereits am 3. August 1936 forderte die Kommunistische Internationale (Komintern) die Aufstellung einer Internationalen Brigade. Stalin stimmte zu. Kommunistische Parteien verschiedener Länder rekrutierten Freiwillige.

den Volksfrontregierungen in Madrid und Paris. Die Unterstützung aus Rom war ungleich größer als die aus Berlin. Die „Freiwilligenverbände“ erreichten eine Stärke von 80000 Kämpfern. Zudem wurden 1000 Flugzeuge, 2000 Artilleriegeschütze und 1000 gepanzerte Fahrzeuge geliefert. Auf Seiten der Aufständischen kämpften

Francos mit der Besetzung Kataloniens. Bald kontrollierten sie zwei Drittel des Landes. Die Streitkräfte der Volksfront waren immer noch 500000 Mann stark. Ministerpräsident Juan Negrín wollte mit ihnen das Ende des Krieges hinauszögern. Er setzte darauf, dass der Bürgerkrieg in Spanien in einem größeren Krieg der europäischen



Die zentrale Gedenkstätte in Spanien für die Opfer des Bürgerkriegs: Nationalmonument des Heiligen Kreuzes im „Tal der Gefallenen“ (Nacional de Santa Cruz del Valle de los Caídos)

Bild: Godot13

rokkos verbannt, agierte außerhalb der Kontrolle Madrids. Zugleich übermittelte die Kommunistische Partei allen Funktionären Richtlinien für den Eröffnungskampf („Ordenas y Consignas“).

Die Ermordung des monarchistischen Oppositionsführers José Calvo Sotelo am 13. Juli war das Fanal für den Bürgerkrieg. Anarchisten und Linksradikale sahen ihre Stunden gekommen. Noch am selben Tag zogen bewaffnete Milizen auf. Landarbeiter wurden in die Städte gekarrt, Kirchen geplündert, Oppositionelle verhaftet.

General Emilio Mola hatte als Planer eines militärischen Aufstandes für dessen Beginn den 18. Juli festgesetzt, einen Tag später prak-

Franco sandte frühzeitig Hilferufe nach Berlin und Rom. Für Adolf Hitler war Spanien Kampfplatz zur Abwehr des Bolschewismus. Er half umgehend mit Waffenlieferungen und der Einrichtung einer Luftbrücke. Die Panzerschiffe „Deutschland“ und „Admiral Scheer“ sicherten in der Straße von Gibraltar Truppentransporte. Im November 1936 trafen 12000 Freiwillige der „Legion Condor“ ein. Ab 1937 war sie an allen großen Schlachten beteiligt. Ihr standen 100 Panzer zur Verfügung.

Auch in Rom fand Francos Notruf offene Ohren. Für Mussolini spielte die Abwehr des Bolschewismus eine nachgeordnete Rolle, er fürchtete eine Allianz zwischen

zudem 12000 portugiesische und 700 irische Freiwillige.

Sämtliche Kriegsparteien kämpften mit verdecktem Visier. Der Einsatz sollte möglichst nicht erkannt werden. Hoheitszeichen wurden übermalt, Namen unkenntlich gemacht. Besonders erfolgreich tarnte der Krenn den Einsatz der Roten Armee. Als Freiwillige übernahmen deren Angehörige das Kommando der Internationalen Brigaden. Kommunisten und politische Kommissare beherrschten überwiegend das Militär, drei Viertel der Kompanien unterstanden Leutnanten der Roten Armee.

Im Verlauf der Kriegsjahre konnte das nationale Lager zunehmend die Kämpfe für sich entscheiden. Im Dezember 1938 begannen Trup-

Mächte münden werde, der am Ende für das kommunistisch-sozialistische Lager zu gewinnen sei. Er irrte. Im Februar 1939 erkannten Frankreich und Großbritannien die Franco-Regierung diplomatisch an. Tage später putschte die Volksfront-Armee in Madrid. Am 27. März 1939 besetzten Francos Truppen Madrid, am 1. April wurde der Krieg für beendet erklärt.

Einige kleinere Verbände der Volksfront führten im Untergrund bis 1951 einen Guerillakrieg. Und auch dann endete der Kampf nicht. Im Juni 2018 beschloss Spaniens sozialistische Regierung die Exhumierung Francos, später die Entfernung der sterblichen Überreste aus dem Mausoleum im „Tal der Gefallenen“.

Klaus J. Groth

Der geschichtspolitische Umgang des heutigen Spanien mit dem Bürgerkrieg

200000 Menschen wurden nach dem Ende des Spanischen Bürgerkrieges angeblich erschossen. Eher kann man von 25000 Hingerichteten ausgehen. Einer davon war Luis Companys, der als Präsident der katalanischen Autonomieregierung selbst 400 Todesurteile unterschrieben hatte und für den Tod von zirka 8000 Menschen verantwortlich gemacht wird. Bereits seit 1979 ist ihm in Barcelona eine Straße gewidmet. Auch andere Kommunisten wie Dolores Ibárruri, La Pasionaria, und Santiago Carrillo genießen heutzutage hohes Ansehen. Im Zuge einer roten Bilderstürmerei verschwinden dagegen renommierte Ärzte, Juristen, Militärs und Schriftsteller der Gegenseite nach und nach aus dem öffentlichen Bewusstsein. Madrid hat 2016 General Agustín Muñoz Grandes, einem der beiden Befehlshaber der Blauen Division, der Infanteriedivision aus spanischen Freiwilligen, die im Rahmen der deutschen Wehr-

macht als 250. Infanterie-Division von 1941 bis 1943 am Krieg gegen die Sowjetunion teilnahm, die Ehrenbürgerschaft aberkannt. Die Tafeln für die vom antiklerikalen Mob Ermordeten sucht man

schon lange vergeblich an den Kirchenwänden.

Spätestens mit dem 2007 von den Sozialisten verabschiedeten Gesetz über das historische Andenken haben sich einseitige Ge-

schichtsbetrachtung und Schwarz-Weiß-Denken endgültig durchgesetzt. Demnach war der von der stalinistischen Volksfront entfachte Terror, dem allein über 4000 Priester zum Opfer fielen, le-

diglich eine meistens spontane Antwort auf den Terror der Aufständischen, die sich gegen eine demokratisch legitimierte Republik erhoben und sowieso dreimal so viele Leute auf dem Gewissen hätten.

Kürzlich gab Ministerpräsident Pedro Sánchez bekannt, die zur Chefsache erklärte Exhumierung von Francos Leichnam aus der Gedenkstätte „Tal der Gefallenen“, in dem fast 34000 Menschen aus beiden Lagern ihre letzte Ruhe gefunden haben, werde nun im Juni stattfinden. Die Familie Franco und der Prior der dortigen Abtei haben dagegen erneut Einspruch erhoben.

Die Wunden der Vergangenheit werden von der spanischen Linken bewusst offengehalten, um den Bürgerkrieg doch noch zu gewinnen. Die Anerkennung geschichtlicher Realitäten ist aber Voraussetzung dafür, dass Spanien 80 Jahre später endlich zur Ruhe kommt.

Markus Matthes

Noch liegt er hier: Francisco Francos Grab im „Tal der Gefallenen“

Bild: Xauxa Håkan Svensson



»Ein Bollwerk gegen Aggression und Angst«

Mit der Unterzeichnung des Nordatlantikvertrages wurde vor 70 Jahren die NATO gegründet

Die vor 70 Jahren gegründete NATO wurde offiziell aus der Taufe gehoben, um ein Instrument der kollektiven Selbstverteidigung zu schaffen und den Westen im Schulterschluss gegen die Sowjetunion und deren Satellitenstaaten zu eisen. In Wirklichkeit jedoch sollte sie zunächst vor allem den geostrategischen Interessen der USA dienen.

Zum Ende des Zweiten Weltkriegs wusste die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika trotz aller anderslautenden Rhetorik ganz genau, dass von der UdSSR keine ernsthafte Gefahr für Westeuropa ausging. Weder erlaubte die sowjetische Wirtschaftskraft weitere Annexionen noch war die Rote Armee so schlagkräftig, wie sie sich präsentierte. Außerdem besaßen die USA die Atombombe, über die Moskau erst vier Jahre später verfügte. Die Mächtigen im Kreml um Diktator Josef Stalin „wollten den Kampf um Deutschland und Europa gewinnen, aber nicht durch militärische Aktionen“, schrieb der Chefplaner im US State Department, George Kennan, an Außenminister George Marshall und Präsident Harry Truman, die dem in keiner Weise widersprachen. Trotzdem versuchte Washington den Eindruck zu erwecken, Westeuropa müsse unbedingt vor einer drohenden sowjetischen Invasion geschützt werden.

Damit verfolgten die USA die Absicht, möglichst viele der europäischen Staaten, die über Kolonien mit Vorkommen strategisch wichtiger Rohstoffe verfügten, politisch an sich zu binden. So wie beispielsweise Belgien mit dem Kongo, aus dem die USA das Uran für ihre ersten Kernwaffen bezogen hatten.

Daneben ging es um die fortgesetzte Einflussnahme auf dem

Kontinent nach der Niederrückung Deutschlands. Das geschah zum einen über Marshallplan-Hilfen für Länder wie Großbritannien, Frankreich, Portugal, Belgien oder die Niederlande zur Herstellung möglichst tiefgreifender wirtschaftlicher Abhängigkeiten und zum anderen mittels einer Allianz, die

Von einer deutschen Bedrohung konnte zu der Zeit keine Rede sein. Deutschland war entmilitarisiert und stand unter der Aufsicht des Alliierten Kontrollrates, dem auch mehrere Angehörige des Brüsseler Paktes angehörten. Aus diesem Grunde musste letztlich ein anderes Konstrukt her, um die westeu-

ropäischen Staaten um die Supermacht USA zu scharen. Und hier bot sich das Sowjetimperium an, das zu diesem Zeitpunkt einige Aktionen unternahm, welche die propagandistische Neufokussierung auf die „kommunistische Gefahr“ in höchstem Maße erleichterten. Zu nennen sind hier der Um-

sturz in der Tschechoslowakei im Februar 1948, durch den das zunächst noch recht prowestliche Land komplett zum Vasallen des Kremel mutierte, sowie die Berlinblockade, die am 24. Juni 1948 begann. Aufgrund dessen baten mehrere westeuropäische Staaten die USA formell um Beistand.

Erstunterzeichner der Abmachung, die formell zum 24. August 1949 in Kraft trat und deren Gültigkeit zunächst auf 20 Jahre beschränkt war, waren neben dem US-Präsidenten Vertreter Kanadas, Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Großbritanniens, Islands, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens und Portugals. Zu diesen zwölf NATO-Ländern der ersten Stunde kamen später noch Griechenland und die Türkei 1952, die Bundesrepublik Deutschland 1955, Spanien 1982 und eine ganze Reihe ost- und südeuropäischer Staaten von Polen bis Montenegro ab 1999 hinzu.

Die Aufnahme der Bundesrepublik war zunächst recht umstritten – insonderheit in Frankreich, wo man dem ehemaligen Feindstaat nicht die gleichen Mitgliedsrechte zugestehen wollte wie den anderen NATO-Mitgliedern. Am Ende setzten sich jedoch die USA durch, welche die Verteidigung Westdeutschlands auf ein breiteres militärisches Fundament zu stellen trachteten. In Reaktion hierauf initiierte die Sowjetunion am 14. Mai 1955 die Gründung eines Verteidigungsbündnisses des Ostblocks unter Moskauer Führung, die Warschauer Vertragsorganisation (WVO), analog zum Nordatlantikpakt auch Warschauer Pakt genannt.

Die erste, ab dem 6. Januar 1950 geltende NATO-Doktrin „Strategisches Konzept zur Verteidigung des Nordatlantikraums“ basierte auf dem Grundgedanken, dass die UdSSR über größere Ressourcen verfüge als Westeuropa, dessen Schutz von der Existenz der US-Nuklearwaffen abhängt. Und tatsächlich war die zunächst eher wenig konkrete Gefahr eines sowjetischen Angriffs inzwischen um einiges realer geworden, weil der Kreml seit dem 29. August 1949 ebenfalls über die Atombombe verfügte. Der Bündnisfall gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrages wurde allerdings erst nach dem Ende des Kalten Krieges, der Sowjetunion und des Warschauer Pakts für gegeben erklärt. Anlass hierzu boten – analog zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges – nicht etwa offene militärische Aggressionen eines Staates, sondern die Anschläge des 11. September 2001, die – analog zum Attentat von Sarajewo – viel Raum für Spekulationen über Hintermänner und dafür verantwortliche Schurkenstaaten ließen.

Wolfgang Kaufmann



Bei der Unterzeichnung des Nordatlantikvertrages: US-Präsident Harry S. Truman im Oval Office

nach außen hin als Verteidigungsbündnis hingestellt wurde.

Deren Gründung ging der Abschluss des Brüsseler Paktes vom 17. März 1948 zwischen Großbritannien, Frankreich und den Beneluxstaaten voraus, die vorgebildet der Vorbeugung und Abwehr deutscher Aggressionen dienen sollte.

Am 11. Juni verabschiedete der US-amerikanische Kongress die sogenannte Vandenberg-Resolution. Diese von seinem Namensgeber dem republikanischen Senator Arthur H. Vandenberg, eingebrachten Entscheidung erlaubte es der US-Führung nun erstmals in der Geschichte der USA, bereits

der ersten Stunde kamen später noch Griechenland und die Türkei 1952, die Bundesrepublik Deutschland 1955, Spanien 1982 und eine ganze Reihe ost- und südeuropäischer Staaten von Polen bis Montenegro ab 1999 hinzu.

Ein Freund Preußens an Bayerns Regierungsspitze

Der nationalliberale Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst wurde am Ende noch Reichskanzler

Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, der dritte deutsche Reichskanzler nach Otto von Bismarck und Leo von Caprivi, war wie sein Vater, Fürst Franz-Joseph zu Hohenlohe-Schillingsfürst, katholisch getauft, hatte aber mit Prinzessin Konstanze zu Hohenlohe-Langenburg eine protestantische Mutter. Möglicherweise erklärt das Hohenlohe-Schillingsfürst für einen Katholiken recht distanzierte Haltung zur katholischen Kirche, sein liberales Denken bezüglich des Verhältnisses von Kirche und Staat. Aber auch in anderen Fragen dachte Hohenlohe-Schillingsfürst liberal. König Albert von Sachsen charakterisierte ihn als Nationalliberalen. In der Tat dachte Hohenlohe-Schillingsfürst nicht nur liberal, sondern auch national. Wie Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein stammte auch Hohenlohe-Schillingsfürst aus einstmals reichsunmittelbarem, mediatisiertem Adel. Wie dieser dachte er gesamtdeutsch. Wie dieser stellte er sich in den Dienst Preußens. Und wie dieser hoffte er auf eine Einigung Deutschlands unter maßgeblicher Beteiligung Preußens.

Der vor 200 Jahren, am 31. März 1819, in Rotenburg an der Fulda geborene Spross einer fränkischen Familie besuchte in Ansbach und Erfurt das Gymnasium, studierte in Göttingen, Bonn, Lausanne und Heidelberg Rechtswissenschaften und verlor 1841 seinen Vater. Einem Erbvertrug entsprechend übernahm er die Herrschaft Corvey. In Bonn beendete er sein Studium. In Koblenz setzte er seine

Ausbildung als Auskultor (Zuhörer) bei Gericht fort. Corvey, Bonn und Koblenz lagen damals in Preußen. Das Königreich war nun sein Lebensmittelpunkt. Nach dem Bestehen auch der zweiten juristischen Prüfung wechselte er als Referendar aus der Provinz nach Potsdam.

1845 starb jedoch sein Bruder Philipp Ernst. Das väterliche Erbe wurde neu verteilt. Statt Corvey erhielt Hohenlohe-Schillingsfürst nun das väterliche Stammhaus Schillingsfürst. Das war verbunden mit einem Umzug nach Bayern und dem Ausscheiden aus dem Staatsdienst von Preußen, dem er jedoch auch in seiner neuen Heimat verbunden blieb.

In der 1848 ausbrechenden Revolution sah Hohenlohe-Schillingsfürst eine Chance zur Erringung eines deutschen Nationalstaates. Der Hochadelige stellte sich in den Dienst der provisorischen Regierung in Frankfurt und vertrat sie als Diplomat in Athen, Rom, Florenz und London.

Nach dem Scheitern setzte Hohenlohe-Schillingsfürst auf eine kleindeutsche Einigung durch Preußen. Als Herr über das Majorat Schillingsfürst war Hohenlohe-Schillingsfürst zum erblichen Mitglied in der bayerischen Kammer der Reichsräte, der Ersten Kammer des Landtags, geworden. Mit seiner preußenfreundlichen und kirchenkritischen Einstellung befand er sich dort klar in der Opposition. In der sogenannten Reaktionszeit wurden die Geschicke Bayerns eher von Männern wie

Ludwig von der Pfordten bestimmt. Erst als dessen Regierungsführung in die Niederlage gegen Preußen im Deutschen Krieg gemündet hatte, schlug die Stunde von preußenfreundlichen Politikern wie Hohenlohe-Schillingsfürst, der am 31. Dezember 1866 Pfordten als Ministerpräsident ablöste.

Eine Annäherung an die norddeutsche Großmacht und dem unter deren Führung entstandenen Norddeutschen Bund bildete insbesondere auf bündnispolitischem, militärischem und zollpolitischem Gebiet einen der Schwerpunkte der Amtszeit Hohenlohe-Schillingsfürsts. Einen anderen bildete die Stärkung der Stellung des Staates gegenüber der Kirche. Er setzte sich für ein liberales Schulgesetz und gegen das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes ein. Mehr noch damit als mit seiner Außenpolitik machte sich der Liberale die Ultramontanen zu erbitterten Gegnern. Nach einem Misstrauensvotum beider Landtagskammern trat er am 18. Februar 1870 zurück.

Dem Eintritt Bayerns in den Deutsch-Französischen Krieg an der Seite Preußens und der Gründung des Deutschen Reiches unter Einschluss Bayerns stand Hohenlohe-Schillingsfürst naheliegenderweise positiv gegenüber. Ebenso nachvollziehbar ist es, dass er sich anschließend in den Reichstag dieses neuen deutschen Nationalstaates wählen ließ. Dort übernahm er die Führung der Fraktion der Liberalen Reichspartei. Nach

dem Auseinanderbrechen dieser rechtsliberal-linkskonservativen Honoratiorenpartei im Jahre 1874 schloss sich Hohenlohe-Schillingsfürst den Freikonservativen an. Wie die Liberale Reichspartei stand auch er auf der Seite Otto von Bismarcks im Kulturkampf.

Doch nicht nur der Legislative, auch der Exekutive des Reiches stellte sich Hohenlohe-Schillingsfürst zur Verfügung. 1874 über-



Hohenlohe-Schillingsfürst

nahm er den Botschafterposten in Paris. Dort bemühte sich der harmonieliebende Aristokrat, mit Vorsch, Takt und Geduld das durch den nur wenige Jahre zurückliegenden Deutsch-Französischen Krieg belastete bilaterale Verhältnis zu verbessern.

Im Thema drin, wechselte er 1885 auf den Statthalterposten in Elsass-Lothringen, das Frankreich nach dem verlorenen Krieg von

1870/71 hatte abtreten müssen. Im Umgang mit preußenkritischen Elsass-Lothringern setzte er auch hier auf Ausgleich und Verständigung. Der Erfolg war jedoch begrenzt. Bei den nächsten Reichstagswahlen von 1887 setzten sich in Elsass-Lothringen nur oppositionelle Kandidaten durch. Hohenlohe-Schillingsfürst wich daraufhin von seiner Ausgleichspolitik ab und gab verstärkter Druck aus Berlin nach. Doch auch diese Kurskorrektur ließ den gewünschten Erfolg vermissen.

Nichtsdestotrotz hatte die bemerkenswerte Karriere des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst noch nicht ihren formellen Höhepunkt erreicht. 1874 wurde Hohenlohe-Schillingsfürst Reichskanzler und wie damals üblich auch preußischer Ministerpräsident.

Die Ernennung kam vielleicht zu diesem späten Zeitpunkt, aber nicht grundsätzlich überraschend. Hohenlohe-Schillingsfürst galt schon länger als ministrabel. Vor seiner Ernennung zum Botschafter in Paris 1874 war ihm bereits inoffiziell angeboten worden, den erkrankten Reichskanzler zu vertreten. Er hatte abgelehnt. Sechs Jahre später ließ er sich nach langem Zögern überreden, wenigstens für kurze Zeit die Geschäftsführung des Auswärtigen Amtes als interimistischer Staatssekretär zu übernehmen. Auch dem Ruf an die Spitze der deutschen und preußischen Regierungen folgte er nur widerwillig. Der Eitelkeit des Fürsten war durch seinen Stand, der

ihn mit Stolz erfüllte, genüge getan, er brauchte keine politischen Ämter für sein Ego.

Bei seinem Amtsantritt war der erste katholische Reichskanzler und preußische Ministerpräsident bereits 75 Jahre alt, und er wusste zumindest teilweise um seine Schwächen. Biografen charakterisieren den ruhigen Altliberalen als eine blasse, zaudernde, nachgiebige, unentschlossene, wankelmütige Person von passiver Natur, der es an Tatkraft wie Durchsetzungsvermögen mangle. Andererseits war ein solcher Kanzler und Ministerpräsident nicht unbedeutend für einen Kaiser und König, der ein „persönliches Regiment“ führen, der selber regieren wollte. Diese personelle Kombination und Konstellation an der Spitze von Preußen und Reich macht es nicht leicht, die Handschrift Hohenlohe-Schillingsfürsts in seiner Kanzlerzeit zu erkennen.

Hohenlohe-Schillingsfürst leistete denn auch keinen Widerstand, als bereits frühzeitig sein Nachfolger aufgebaut wurde. 1897 musste sein engster Mitarbeiter, Adolf Marschall von Bieberstein, als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Platz machen für den neuen Hoffnungsträger des Kaisers, Bernhard von Bülow. Unter Protest zurückzutreten war nicht Hohenlohe-Schillingsfürsts Art. Er blieb auf seinem Posten bis kurz vor seinem Tod. Aus Altersgründen trat er am 17. Oktober 1900 zurück. Am 6. Juli des Folgejahres starb er in Bad Ragaz in der Schweiz. Manuel Ruoff

»Spanien ist anders«

Millionen Deutsche kennen das Land im Süden Europas – Aber verstehen wir es auch?

Es ist ein vielgeliebtes Reise-land der Deutschen, seit Jahrzehnten. Für viele ist es gar Sehnsuchtsort. Doch im Grunde wissen wir verblüffend wenig über Spanien. Über lange Zeit ein Inbegriff von Rückständigkeit, hat das Land in nur zwei Generationen kräftig aufgeholt. Doch nun zeigen sich Schattenseiten der rasanten Entwicklung: Niedrige Geburtenrate, Verfall von Traditionen, ideologische Raseri und sprießender Separatismus zerran an dem Land. Hat

Lange hatte sich das Land eingegelt und Nabelschau gehalten

sich Spanien am Ende zu Tode modernisiert?

Seit dem endgültigen Untergang des eigenen Imperiums Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich Spanien eingegelt und Nabelschau betrieben. Der Bürgerkrieg 1936 bis '39 und die zehn-jährige außenpolitische Isolation nach dem Zweiten Weltkrieg taten ihr Übriges. Der von 1962 bis '69 für den Tourismus zuständige Minister Manuel Fraga Iribarne prägte aufgrund der von ausländischen Besuchern wahrgenommenen Eigenheiten den auch heute noch oft zitierten Satz „Spain is different“ („Spanien ist anders“).

Umso erstaunlicher sind daher die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen seit General Francisco Francos Tod am 20. November 1975, die sich deutlich schneller vollzogen als in West- und Nordeuropa. In einer einst konservativen, ländlich-katholisch geprägten Gesellschaft wohnt jetzt 80 Prozent der Bevölkerung in den Städten, sind die meisten Kirchenbesucher im Rentenalter, und jeden Monat schließt ein Kloster für immer seine Tore. Nach Holland und Belgien führte Spanien unter dem Sozialisten José Luis Zapatero 2005 die Homosexuellen-Ehe ein und seit 2010 gilt ein sehr liberales Abtreibungsrecht.

Bei einem Wachstum von durchschnittlich 3,5 Prozent stieg in den fetten Jahren zwischen 1995 und 2007 die Zahl der Einwanderer aus Lateinamerika, Marokko, Rumänien und China sprunghaft an. Dazu kommen zahlreiche Armutsfüchtlinge aus Afrika, die in unregelmäßigen Abständen die EU-Grenze der in Nordafrika gelegenen Enklaven Ceuta und Melilla erklimmen oder in „pateras“ genannten kleinen Booten auf spanisches Staatsgebiet vordringen. Viele dieser illegalen Einwanderer finden in den Touristengebieten ein beschidenes Auskommen.

Zwar kehrten zirka 1,4 Millionen Latinos, indes mit einem spanischen Pass versehen, seit Beginn der schweren Wirtschaftskri-

se 2008 in die Heimat zurück. Doch gleichzeitig verschlug es bis 2017 fast 80 000 Spanier auf der Suche nach Beschäftigung bis in die entlegensten Winkel der Welt. Die nachrückenden Chinesen investierten im Zeitraum von 2014 bis 2018 15,7 Milliarden Euro in Telekommunikation, Immobilien, Energie, Gastronomie sowie Groß- und Kleinhandel.

1978 war mit über 90 Prozent Zustimmung eine neue Verfassung angenommen worden, die den einzelnen Regionen weitreichende Autonomierechte gewährte. Trotzdem forderten radikale Separatisten den ehemals starken Zentralstaat offen heraus. Die Terrororganisation ETA („Baskenland und Freiheit“) mordete von 1960 bis 2011 mit Unterbrechungen für ein unabhängiges Euskadi (früher, und heute politisch inkorrekt „Provincias Vascongadas“), und ihre politischen Erben sitzen dort fest im Sattel.

Die um 1930 entstandene, heute die Autonomieregierung in Barcelona stellende linksradikale katalonische Unabhängigkeitsbewegung verlangte vor Kurzem in Verhandlungen mit Madrid ganz unverblümt nach einem zwischenstaatlichen Vermittler. In den Provinzen Castellón, Valencia und Alicante sowie auf den Balearen sind Kräfte an der Macht, die durch rigorose Sprachbarrieren den Zuzug von Personen aus anderen Teilen Spaniens erschweren. Fanatiker in Francos Heimat

Galizien versuchen, die Erinnerung an ihn und seine gesamte Sippe zu tilgen, eine separate keltische Identität zu konstruieren oder sich der Gemeinschaft der portugiesischsprachigen Länder CPLP anzuschließen, wozu die Eigenstaatlichkeit eine Vorbedingung ist.

Gesamtspanische Folgen dieser Modernisierung sind die zweit-höchste Scheidungsrate Europas, nur noch 1,5 Geburten pro Frau, eine „Generation Nini“, die bei einer stetigen Jugendarbeitslosen-

Zweithöchste Scheidungsrate und kaum Geburten

keit von fast 40 Prozent weder arbeitet noch lernt, und Schulklassen mit teilweise bis zu 50 Prozent Ausländern. Dazu kommen althergebrachte Probleme wie die überragende Bürokratie und endemische Korruption, die auch vor dem Königshaus nicht Halt macht. Die heutige Steuerlast steht zudem in keinem Verhältnis zu den staatlichen Leistungen. Aber der Glaube, dass es sich in Spanien sehr gut leben lässt, ist unerschütterlich. Dies mag am vielgepriesenen mediterranen Klima, der angeblich besonders gesunden Küche, den 90 Weinanbaugebieten oder schlicht an der allgemeinen Lebenslust liegen. *Vi-va España!* **Markus Matthes**



Moment der Woche

Frühling! Das heißt doch vor allem, endlich wieder lange hinausgehen und in Bewegung kommen. So war das jedenfalls bisher. Bei den Kindern von heute indes scheint dieser Impuls ein wenig verkümmert zu sein.

Laut einer Studie, an dem auch das Berliner Robert-Koch-Institut beteiligt war, widmen sich die Sechs- bis 17-Jährigen nur knapp 50 Minuten pro Tag moderater oder anstrengender Bewegung. Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt 60 Minuten. Erstaunlich ist, dass dessen ungeachtet derzeit so vie-

le Kinder und Jugendliche in Sportvereinen organisiert sind wie nie zuvor.

Mädchen bewegen sich im Schnitt noch weniger als Jungen, vor allem, wenn die Frauen von morgen aus niederen sozialen Schichten stammen. Der viel gescholtene Medienkonsum

des Nachwuchses konnte nicht als Ursache des Bewegungsmangels ausgemacht werden. Die Forscher fanden keinen Zusammenhang zwischen hohem Medienkonsum und mangelnder Bewegung bei den untersuchten Kindern. **H.H.**

Kinder bewegen sich zu wenig

Alles andere als überflüssig

Ein Spiegel des medizinischen Fortschritts seit dem Mittelalter: Die Geschichte der Blinddarmoperation

Über Jahrhunderte galt der Blinddarm als nutzloser Wurmfortsatz, später als bloßes Überbleibsel der Evolution. Viele Menschen kostete er das Leben. Dass er auch nützlich sein kann, wissen wir erst seit Kurzem.

Vor gut fünf Jahren, am 25. Dezember 2013, lief der Film „Der Medicus“ des Regisseurs Philipp Stölzl in deutschen Kinos an. Das Mittelalter-Epos nach der Vorlage des gleichnamigen Weltbestsellers von Noah Gordon aus dem Jahr 1986 wurde national wie international ein großer Erfolg. Tom Payne spielte den jungen Engländer Rob Cole, Ben Kingsley den in Europa unter dem latinisierten Namen Avicenna bekannten persischen Arzt Ibn Sina (980–1037). Die fiktive Handlung ist mit historischen Ereignissen in Persien unterlegt. Den Hintergrund bildet die Heilkunde jener Zeit, speziell fokussiert auf die Blinddarmentzündung.

„Seitenkrankheit“ lautet im Film die einschlägige Bezeichnung für die Entzündung des Wurmfortsatzes am Ende des Blinddarms. Den Ärzten im Mittelalter war die Ursache der oft plötzlich auftretenden Erkrankung unbekannt, die mit heftigen Schmerzen im rechten Unterbauch einhergeht und ohne operativen Eingriff meist tödlich endet. Aufgrund religiöser Vorschriften war es verboten, den Körper von Verstorbenen zu öffnen, um nach der Todesursache zu forschen. Bedeutende Fortschritte in der Anatomie gab es im christlichen Kulturkreis erst seit Beginn des 16. Jahrhunderts.

Die Geschichte beginnt im England des 11. Jahrhunderts. Der neunjährige Rob Cole muss hilflos miterleben, wie seine Mutter unter furchtbaren Qualen an der Seitenkrankheit stirbt. In einer Vision hatte er ihren Tod vorherge-

sehen, dabei aber gespürt, dass sie womöglich zu retten gewesen wäre. Die traumatische Erfahrung wirkt in dem Protagonisten wie ein innerer Kompass nach. Als Vollwaise schließt sich Rob in London einem fahrenden Bader an, bei dem er Grundkenntnisse in der Chirurgie erwirbt. Als er von den Heilkünsten des berühmten persischen Arztes und Universalgelehrten Ibn Sina erfährt, beschließt er, nach Isfahan zu reisen, um sich in dessen Schule für angehende Mediziner ausbilden zu lassen.

Isfahan war damals das medizinische Zentrum im persisch-arabischen Kulturkreis. Unterwegs im ägyptischen Kalifat, gibt sich Rob als englischer Jude aus, weil Christen dort nicht mehr toleriert wurden. In Isfahan wird er in der Schule Ibn Sinas zunächst abgewiesen, dann aber aufgrund einer Kopfverletzung im Krankenhaus des großen Medicus als Patient aufgenommen. Dieser behandelt ihn persönlich und findet Gefallen an dem talentierten Ausländer von der fernen Insel Albion.

Rob wird Meisterschüler des Ibn Sina, den man später in Orient und Okzident „Arzt aller Ärzte“ nannte. In den christlichen Ländern wurde er zum Repräsentanten eines toleranten Islam stilisiert. Vor ihm braucht der Engländer seine wahre Identität nicht zu verschleiern.

Rob ist wie besessen von dem Bestreben, die menschliche Anatomie genauer zu studieren. Seinem Drängen, einen menschlichen Leichnam zu obduzieren, gibt Ibn Sina jedoch nicht nach, da eine Übertretung des Sezierverbotes lebensgefährlich für beide werden könnte. Von einem an der Seitenkrankheit dahinsiechenden Zoroastrier erfährt Rob, dass der Körper eines Verstorbenen nach den Gesetzen seiner Religion indes nicht intakt bleiben

müsse. Nach dem Tod des Mannes führt Rob an dem Leichnam eine Obduktion durch und entdeckt die Ursache der Seitenkrankheit: eine Bauchfellentzündung aufgrund eines Blinddarmdurchbruchs.

Doch er wird verraten und zusammen mit Ibn Sina vom Gericht der Mullahs zum Tode verurteilt. Es kommt, wie es kommen muss: Der launische, opiumsüchtige Schah erkrankt an der Seitenkrankheit. Rob gelingt es, bei ihm eine Blinddarmoperation unter Betäubung erfolgreich durchzuführen. Die Seitenkrankheit ist besiegt, die Filmhelden sind vorerst gerettet. Unterdessen eskaliert die politische Lage in Isfahan aufgrund einer Verschwörung der inneren und äußeren Feinde des Schahs.

Noch jahrhundertlang sollte das Obduktionsverbot bestehen bleiben. Bei Verdacht auf die Sei-

tenkrankheit verordneten die Ärzte Rizinusöl oder nahmen einen Aderlass vor. Wenn der Kranke genas, führte man dies auf die Therapie zurück. Seit dem 14. Jahrhundert fanden an den Universitäten von Venedig und Bologna vereinzelt Autopsien an Hingerichteten statt. Im 16. Jahrhundert wurde die Blinddarmentzündung bei Leichenöffnungen erkannt und beschrieben. Bekanntlich führte Leonardo da Vinci zwecks anatomischer Studien heimlich Sektionen an den Körpern Hingerichteter durch. Um 1500 hat er als Erster die Anatomie des Darms zeichnerisch genau dargestellt. Gut zu erkennen ist der Blinddarm.

Die erste dokumentierte operative Entfernung eines entzündeten Blinddarms fand jedoch erst am 6. Dezember 1735 in London statt. In das St. George's Hospital war der elfjährige Hanvil Ander-

son mit Verdacht auf einen vereiterten Leistenbruch eingeliefert worden. Claudius Aymard, der Hofchirurg König Georgs II., ließ dem Jungen Opium einflößen und wagte die Öffnung der Bauchdecke. Statt eines Leistenbruchs entdeckte er einen entzündeten, durchlöcherchten Blinddarm, darin eine verschluckte Stecknadel. Sein Patient erlitt trotz der Betäubung Höllenqualen, überlebte aber die Tortur und konnte einen Monat später gesund entlassen werden. 1884 führte der Direktor der Chirurgischen Klinik am Kantonsspital in Zürich, Rudolf Ulrich Krönlein (1847–1910), bei einem jungen Mann mit typischen Symptomen der Blinddarmentzündung eine Operation durch.

Obwohl der Eingriff nach den besten hygienischen Standards der Zeit vorgenommen wurde, verstarb der Patient zwei Tage

später. Dennoch gilt der Eingriff als Meilenstein in der Geschichte.

Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein wurde eine Blinddarmentzündung nach wie vor zunächst meist konservativ behandelt. Oft war es dann zu spät für den möglicherweise rettenden chirurgischen Eingriff. Ein prominenter Fall ist der englische König Eduard VII, der kurz vor seiner Thronbesteigung 1901 erkrankte. Nach erfolgloser medikamentöser Behandlung überlebte er die Operation nur knapp. 1961 operierte sich der russische Chirurg Leonid

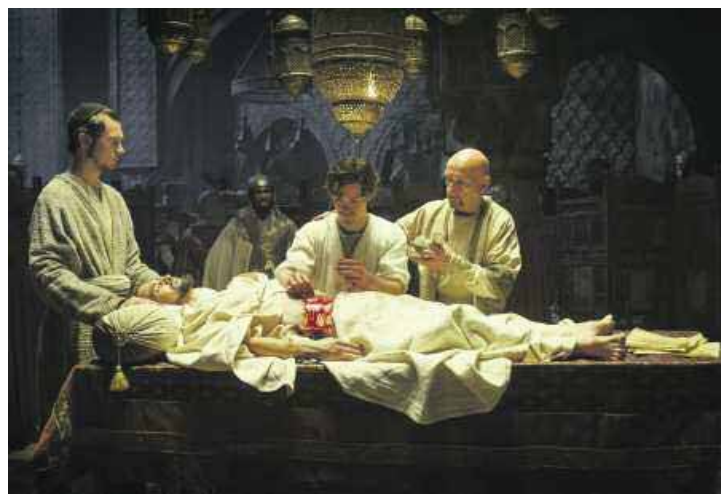
Die erste erfolgreiche Operation datiert aus dem Jahre 1735

Rogosow während eines Aufenthalts in einer sowjetischen Antarktisstation unter örtlicher Betäubung selbst.

Zwar ist der Wurmfortsatz oder Appendix nicht überlebenswichtig, dennoch wird eine vorbeugende Entfernung von ärztlicher Seite nach wie vor überwiegend abgelehnt. Seinen Ruf als ein im Laufe der Evolution funktionslos gewordenen Organ oder „Abfallorgan“ verdankt der Blinddarm dem Urheber der Evolutionstheorie, Charles Darwin.

Durch Studien ist inzwischen aber belegt, dass der Blinddarm durchaus eine wichtige Aufgabe bei der Immunabwehr hat. Nach seiner Entfernung fehlt ein wichtiger Vorratsspeicher an nützlichen Verdauungsbakterien. Ob eine Infektion bei Betroffenen ohne Blinddarm komplizierter verläuft, ist bisher ungeklärt. Vermutet wird, dass der Verlust dieser Zusatzfunktion von einem intakten Immunsystem kompensiert werden kann.

Dagmar Jestrzemska



„Arzt aller Ärzte“: Szene aus dem Film „Der Medicus“ von 2013

Bild: ddp Images



MELDUNGEN

Weniger Firmen in Königsberg

Königsberg – In Ostpreußens Hauptstadt und deren Umgebung hat die Zahl der selbstständigen Unternehmen im vergangenen Jahr drastisch abgenommen. Insgesamt gaben 2298 von insgesamt 12354 Unternehmer auf. Gründe dafür sind, dass einige Betriebe aufgrund der verschlechterten Wirtschaftslage pleite gegangen sind, anderen war der Umsatz zu gering. Als weitere Erschwernis sehen die Firmen die neue Müllverordnung sowie strengere Vorgaben der Banken.

MRK

Fischfabrik gegen Bürger

Leibienen – Bewohner einiger Häuser nahe der Fischfabrik „Bars“ in Leibienen, Kreis Friedland, haben Gouverneur Anton Alichanow einen Brief geschrieben, in dem sie um die Wahrung ihrer Rechte bitten. Ihren Häusern droht der Abriss, weil sie sich in der Sicherheitszone der Fischfabrik befinden. Betroffen sind 82 Grundstücke. Als die Eigentümer sie in den 80er Jahren erwarben, waren sie als Bauland ausgewiesen. Die Verwaltung von Friedland hatte die Baugenehmigungen erteilt. Den Bewohnern wird nun vorgeworfen, ihre Häuser illegal gebaut zu haben. Gegen acht Eigentümer laufen Gerichtsverfahren. Streit um die Fischfabrik gibt es seit Langem. 2017 erwirkten die Anwohner eine Entschädigungszahlung von umgerechnet 162 000 Euro wegen der Lärm- und Geruchsbelästigung durch die Fabrik mitten im Wohngebiet.

MRK

Mehr Auswanderer als Rückkehrer

Trendwende im nördlichen Ostpreußen – Viele zieht es in die Bundesrepublik

Erstmals seit zehn Jahren hat sich die Zahl der Menschen, die das nördliche Ostpreußen Richtung Westen verlassen, wieder erhöht. Gleichzeitig ist die Zahl der russischen Rückkehrer geschrumpft.

Erstmals seit zehn Jahren haben wieder mehr Menschen das Königsberger Gebiet verlassen, um ständig in der Bundesrepublik Deutschland zu leben, 2018 waren es 534 Auswanderer. Ins nördliche Ostpreußen kehrten hingegen nur 253 russische Staatsbürger zurück. 2017 war die Situation eine andere. Zum Vergleich: Damals reisten 253 Bürger aus dem Königsberger Gebiet in die Bundesrepublik aus und 265 kehrten zurück.

Soziologen vermuten, dass die Tendenz des Vorjahres auch in diesem Jahr anhalten wird. Dafür gibt es offensichtliche soziale und wirtschaftliche Gründe. Dazu trägt die Verringerung der Reallohne der Bevölkerung seit einigen Jahren in Folge bei, was dazu führt, dass besonders qualifizierte Fachkräfte aus Königsberg abwandern, um ihr Glück in der Bundesrepublik zu suchen. Umso stärker zeigt sich dieser Trend, als in der Königsberger Exklave immer noch viele Russlanddeutsche leben, die Verwandte in der Bundesrepublik haben.

Die allgemeine Bevölkerungsstatistik sieht folgendermaßen aus: Am 1. Januar 2019 betrug die Zahl ständig im Königsberger Gebiet lebender Einwohner 1,2271 Millionen. Sie erhöhte sich damit in einem Jahr um 7672 Bürger. Es stieg auch die Zahl der natürlichen Todesfälle im Jahr 2018 im Vergleich zu 2017. Die Zahl der Todesfälle überstieg die der Ge-



Regionalregierung möchte ihre Zuwanderung begrenzen: Usbekinnen in Königsberg

Bild: J.T.

burten um das 1,2-fache. Dies wurde jedoch vollständig kompensiert durch den Zuzug von Immigranten in die Region.

2018 stieg die Zahl der zugereisten Immigranten um 6,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das Königsberger Gebiet als neuen Wohnort wählten vor allem Einwohner der ehemaligen Sowjetrepubliken Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan und Ukraine. Die Exklave „Kaliningradsckaja oblast“ gehört nach wie vor zu den Regionen der Russischen Föderation mit dem höchsten Bevölkerungsaustausch mit anderen Regionen des Staates.

Vor einiger Zeit hatte Gouverneur Anton Alichanow erklärt, die Politik der Regionalregierung sei

darauf fokussiert, die Einwanderung aus den zentralasiatischen Republiken zu begrenzen. Seine Begründung lautete: „Wir haben Geld für das Umstellungspro-

gramm Russlands verboten sind, sind hier entstanden? Unsere Politik zielt darauf ab, die Quoten zu senken und die Abhängigkeit von diesen Arbeitskräften zu reduzieren.“

Ziel: Qualifizierte Einwanderer

2018 reduzierten die regionalen Behörden die Quoten für die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte aus den ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens um die Hälfte. Gleichzeitig haben aber Ausländer, die das Recht haben, ohne Visum nach Russland einzuwandern – und das sind nur Bürger der ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens – Patente erworben, die ihnen die Selbstständigkeit in Russland ermöglichen. Dies bedeutet, dass sie der gesetzlichen Quote für ausländische Arbeits-

kräften in der Region nicht unterliegen. Für das laufende Jahr plant die Regierung der Königsberger Exklave umgerechnet knapp fünf Millionen Euro Einnahmen durch die Einkommensteuer ein, die Arbeitsimmigranten abführen müssen. 2017 waren es etwa 4,3 Millionen Euro. Etwa 90 Prozent der Arbeitsimmigranten, die ohne Visum nach Russland und somit auch ins Königsberger Gebiet einreisen können, sind Usbeken. Die anderen zehn Prozent sind ebenso Bürger mittelasiatischer Republiken, hauptsächlich aus Kirgistan und Tadschikistan. Über die Hälfte der Arbeitsimmigranten ist im Baugewerbe beschäftigt. Viele Familienangehörige üben völlig unterschiedliche Berufe aus, insbesondere sind sie im Einzelhandel aktiv vertreten. Soziologen glauben, dass eine Integration von Menschen aus muslimischen Republiken möglich sei. Jedoch würden sie erst in der dritten Generation vollständig assimiliert sein. Bei der ersten Generation bleibe die Erinnerung an die Heimat, die kulturelle und Familienbindung sehr stark erhalten. Die zweite Generation, ihre Kinder, würden schon im Einwanderungsland geboren. Sie seien in diese Umgebung eingetaucht, gingen zur Schule und hörten die russische Sprache. Diese zweite Generation sei in der Regel zu 80 Prozent angepasst. Die dritte Generation werde fast vollständig angepasst sein. Für die Integration und Eingliederung in die Gesellschaft seien mindestens 20 bis 30 Jahre vonnöten

Jurij Tschernyschew

Bestellen Sie ganz einfach per Email vertrieb@preussische-allgemeine.de

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 BIC: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Prämie: 40 Euro

Erfüllen Sie sich einen Wunsch...

Die Geldprämie wird nach Zahlung des Jahresbeitrages auf Ihr Konto überwiesen.

Preussische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Böhm, Eleonore, geb. **Maaß**, aus Lyck, am 2. April
Pareigat, Frieda, geb. **Beerbaum**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 1. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Langenstein, Ruth, geb. **Müller**, aus Lyck, am 31. März
Langenstein, Ruth, geb. **Kownatzki**, aus Schwidern, Kreis Treuburg, am 31. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Dunio, Irmgard, geb. **Kochanowski**, aus Neidenburg, am 30. März
Mahsalski, Edith, geb. **Thierbach**, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, am 2. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Baumgart, Christel, geb. **Pillkahn**, aus Georgenforst, Kreis Elchniederung, am 29. März
Domnick, Charlotte, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 4. April
Dyck, Hella, aus Prostker Vorstadt, Kreis Lyck, am 4. April
Geyer, Herta, geb. **Jankowski**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 31. März
Keating, Elisabeth, geb. **Bondzko**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 29. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Büttner, Jutta, geb. **Seibt**, aus Kumehnen, Kreis Fischhausen, am 30. März
Joncik, Hildegard, geb. **Weber**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 31. März
Klein, Margarete, geb. **Dorroch**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 4. April

Kluczik, Gertrud, geb. **Konopka**, aus Reichenstein, Kreis Lötzen, am 30. März
Kruck, Waltraud, geb. **Zielinski**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 1. April
Lasars, Otto, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 22, am 1. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Grochow, Elisabeth, aus Walden, Kreis Lyck, am 2. April
Klimkat, Emmy, aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 3. April

Polten, Elisabeth, geb. **Schliebenow**, aus Lyck, Yorkstraße 34, am 4. April
Schaper, Waltraud, geb. **Lyß**, aus Albrechtshof, Kreis Treuburg, am 31. März
Schmidt, Susanne, geb. **Lankau**, aus Neidenburg, am 31. März
Unthan, Edith, geb. **Tuchlinski**, aus Heinrichstal, Kreis Treuburg, am 30. März
Weidkuhn, Arno, aus Lyck, am 31. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Fischer, Grete, geb. **Schmkeit**, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 1. April
Frenzel, Olga, geb. **Köhler**, aus Ebenrode, am 3. April
Koelle, Erna, geb. **Thormann**, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 31. März
Pliska, Waldemar, aus Neidenburg, am 1. April
Scheingruber, Erna, geb. **Klesch**, aus Lyck, am 30. März
Ströhm, Irmgard, geb. **Malso**, aus Maihof, Kreis Lyck, am 2. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Baudzus, Werner, aus Lyck, General-Busse-Straße 34, am 2. April

Demant, Gerhard, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 31. März
Ehrenberg, Rudy, aus Neidenburg, am 4. April
Kling, Waltraud, geb. **Gulatz**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 29. März
Koschorrek, Bruno, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 30. März
Paluschitzki, Magdalena, geb. **Tobies**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 29. März
Plautz, Hildegard, geb. **Berndt**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 29. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dombrowski, Walter, aus Dorshagen, Kreis Lyck, am 2. April
Gorzalka, Erna, geb. **Groehn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 31. März
Koepke, Ursula, geb. **Kaminski**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 31. März
Kurbjuweit, Erna, geb. **Kaiser**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 29. März
Preuß, Reinhold, aus Neidenburg, am 3. April
Putzki, Gerda, geb. **Plaar**, aus Wehlau, am 4. April
Schwanke, Klaus, aus Groß Schläfen, Kreis Neidenburg, am 1. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Biallas, Irma, geb. **Sembitzki**, aus Rumeiken, Kreis Lyck, am 31. März
Graca, Edeltrud, geb. **Tertel**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 30. März
Hungor, Gertrud, geb. **Ciesla**, aus Tälhöfen, Kreis Neidenburg, am 3. April
Jopp, Erika, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 30. März
Lask, Ernst, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 29. März

Struck, Gertrud, geb. **Weiss**, aus Rockeimswalde, Kreis Wehlau, am 30. März
Szogas, Edit, aus Lengen, Kreis Ebenrode, am 29. März
Turowski, Helmut, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 31. März
Waschkewitz, Ilse, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 31. März
Wischniewski, Gerhard, aus Neuohr, Kreis Neidenburg, am 4. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brock, Edith, geb. **Ehrlich**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 31. März
Charchulla, Liesbeth, geb. **Neuwig**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 1. April
Depkat, Heinz, aus Mühlhöhn, Kreis Tilsit-Ragnit, am 1. April
Engel, Herbert, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 3. April
Fenske, Hildegard, geb. **Maser**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 1. April
Goebel, Hedwig, geb. **Muczenski**, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 30. März
Gremke, Erich, aus Pregelwald, Kreis Wehlau, am 1. April
Heise, Hildegard, geb. **Schmarowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 31. März
Joecks, Herta, geb. **Chilla**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 29. März
Kullak, Dr. Ernst, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 31. März
Kunz, Elfride, geb. **Hohendorf**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 30. März
Laube, Gisela, geb. **Tolkmitt**, aus Neidenburg, am 31. März
Porstmann, Inge, geb. **Schmidt**, aus Haselberg, Kreis Schloßberg, am 31. März
Sengpiel, Ruth, geb. **Lumma**, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 2. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Appel, Hildegard, geb. **Beckmann**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 2. April
Baumgärtner, Eva, geb. **Till**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 30. März
Bruhn, Günter, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 30. März
Cub, Ullrich, aus Lyck, am 2. April
Dost, Gundula, aus Lyck, am 30. März
Faltin, Inge, geb. **Lüchow**, aus Rehningen, Kreis Lyck, am 4. April
Jeramin, Horst, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 3. April
Kretschmer, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. April
Lindner, Helga, geb. **Bode**, aus Albrechtshof, Kreis Treuburg, am 4. April
Noetzel, Gerhard, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 29. März
Oelke, Christel, geb. **Pruß**, aus Rehbruch, Kreis Ortelsburg, am 3. April
Pohler, Ingeborg, geb. **Palloks**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 1. April
Schergaut, Siegfried, aus Herzogsmühle, Kreis Treuburg, am 31. März
Schwede, Alfred, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Albrecht, Renate, geb. **Lojewski**, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 30. März
Brähler, Hannelore, geb. **Galla**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 3. April
Dröse, Traute, geb. **Kablitzky**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 30. März
Flaskamp, Ingrid, geb. **Romey**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 30. März
Gastell, Peter, aus Ebenrode, am 29. März
Gera, Jürgen, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 30. März
Grohmeier, Siegfried, aus Altkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 31. März
Hesse, Waltraud, geb. **Schröder**, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 1. April
Hildebrandt, Dr. Hans-Georg, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 29. März

Köhler, Inge, geb. **Masurowski**, aus Lyck, am 29. März
Lemhöfer, Inge, geb. **Konopka**, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 1. April
Marczewska, Barbara, geb. **Senkbeil**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 3. April
Masuch, Anna, geb. **Dulisch**, aus Hügelswalde, Kreis Ortelsburg, am 4. April
Michel, Hildegard, geb. **Hensel**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 31. März
Nietz, Gerhard, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, am 31. März
Nowoczin, Hans-Gerd, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 31. März
Pliskat, Hedwig, geb. **Marzian**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 4. April
Rogalla-Craemer, Elfriede, geb. **Rogalla**, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 31. März
Schwarz, Gertrud, geb. **Mertins**, aus Wilken, Kreis Ebenrode, am 1. April
Sobotta, Eckhard, am Ittau, Kreis Neidenburg, am 1. April
Switala, Bruno, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 31. März
Wienold, Gabriele, geb. **Wulf**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. März
Wolff, Christel, geb. **Reidenbach**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 30. März
Zeis, Karin, geb. **Albrecht**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 3. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Herl, Karl-Heinz, aus Frischebau, Kreis Wehlau, am 29. März
John, Manfred, aus Töteninken, Kreis Wehlau, am 2. April
Kudrziński, Hans-Jürgen, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 29. März
Kupko, Regina, geb. **Feuersänger**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 3. April
Masuch, Maria, geb. **Galla**, aus Hügelswalde, Kreis Ortelsburg, am 30. März
Rodenberg, Ilse, geb. **Kerstan**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 3. April
Von Halfern, Wolf, aus Zöpel, Kreis Mohrunen, am 29. März

Zusendungen für Ausgabe 16

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 16/2019 (Erstverkaufstag: 20. April) bis spätestens Mittwoch, 10. April an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

TERMINE DER LO
2019

13. bis 14. April: AT Deutsche Vereine in Sensburg
 12. bis 14. April: Kulturseminar in Helmstedt
 11. Mai: Jahrestreffen der LO in Wolfsburg
 15. Juni: Sommerfest des VdGEM in Heilsberg
 21. bis 23. Juni: 7. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)
 20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
 7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
 19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
 1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
 2. bis 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
 9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Sonntag, 11. Mai 2019
 10-17 Uhr CongressPark Wolfsburg
www.ostpreussen.de

Jahrestreffen



der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneeinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
 Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
 (Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Die Eintrittskarten zum Preis von 10€ (bei Versand 1€ zusätzlich) sind im Vorverkauf und an der Tageskasse erhältlich. Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte im Vorverkauf! Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, sek@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

BernStein beim Jahrestreffen

Die Ostpreußen kennen und lieben ihn seit vielen Jahren: den Sänger und Moderator Bernd Krutzinna, besser bekannt unter seinem Künstlernamen BernStein. Seinen Durchbruch hatte er 2002 beim Deutschlandtreffen der Ostpreußen. Sein Lied „Fahr einmal nach Masuren“ rührte die Herzen der über 2000 Besucher beim Buntten Abend in der großen Glashalle der Messe Leipzig. Das Lied hat Eingang in das Repertoire vieler Ostpreußenchöre in der Heimat gefunden und wird regelmäßig bei den Sommerfesten der Landsmannschaft Ostpreußen im südlichen Ostpreußen mit großer Begeisterung gesungen. Es wird sicherlich auch in Wolfsburg zu hören sein. Zahlreiche Auftritte bei Veranstaltungen der Ostpreußen folgten, die den Sohn masurischer Eltern bis in die Vereinigten Staaten nach Florida führten. Als Moderator ist er fester Bestandteil bei den Landestreffen der Ostpreußen in Meck-

lenburg-Vorpommern. Mit seiner sonoren Stimme gibt er nicht nur seine Lieder zum Besten, sondern führt auch gekonnt durchs Programm. Gelernt ist gelernt. Schließlich hat der geborene Holsteiner viele Jahre die Auftritte des Passat-Chores als Conférencier begleitet. Besonderen Wert legt BernStein bei seinen Auftritten auf das Zusammenspiel zwischen Musik und Bildern. Seine Heimatlieder sind mit Aufnahmen ostpreußischer Städte und Landschaften untermalt, die der passionierte Fotograf auf seinen zahlreichen Reisen geschossen hat. Die Besucher des Jahrestreffens dürfen sich also auf ein akustisches und visuelles Erlebnis freuen. Wer einen speziellen Liedwunsch hat, der kann an die Redaktion der PAZ schreiben. Wir leiten die Wünsche weiter: PAZ Stichwort „Ein Lied für Wolfsburg“, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, info@preussische-allgemeine.de



AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Karte des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



Allenstein Stadt
Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim.

In der Ausgabe 12/2019 stand das Jahrestreffen der Stadt- und Kreisgemeinschaft Allenstein nur unter dem Kopf der KG Allenstein-Land. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen.

Jahrestreffen

Gelsenkirchen - Freitag, 13., und Sonnabend, 14. September: 64. Jahrestreffen der Stadtgemeinschaft - Sonnabend, 14. September, 13 Uhr, Schloss Horst.



Allenstein Land
Kreisvertreter: Hans-Peter Bläsche, Lanckerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290.

Kirchspieltreffen

Grieslienen, Honigswalde, Plautzig, Stabigotten und Wemitten - Sonnabend, 6. April, 10 Uhr, Südtürler Stuben.

Groß Kleeberg, Groß Purden, Jonckendorf, Klaukendorf, Mondtken, Polleiken, Wengathen und Steinberg - Palmsonntag, 14. April, 10 Uhr, Messe in St. Antonius-Kirche.



Angerapp (Darkehmen)
Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg.

Jahreshaupttreffen

Handeloh - Das diesjährige Jahreshaupttreffen der Angerapper findet am 10. Mai in 12156 Handeloh/Nordheide im Hotel Fuchs.

Anlässlich dieses Treffens müssen Wahlen (Kreisrat und Kreisausschuss) durchgeführt werden. Es werden daher alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft aufgerufen.

Vorschlagsrecht haben die Mitgliederversammlung, die Mitglieder des Kreisausschusses und des Kreisrates.

Der Wahlvorschlag muss enthalten: Name, Vorname, Geburtsdatum, Heimatanschrift und jetzige Anschrift des/der Kandidaten/in sowie dessen/deren Zustimmung.

Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Angehörigen der Mitgliederversammlung erhält.

Die Wahlvorschläge müssen bis zum 3. Mai bei der Kreisvertreterin eingereicht werden.

Alle Landsleute, Freunde und Gäste der Kreisgemeinschaft sind herzlich eingeladen, an dem Jahreshaupttreffen teilzunehmen.

Zu unserem Jahreshaupttreffen wird der Hörspielsprecher und Schauspieler Herbert Tennigkeit eine Lesung in ostpreußischer Mundart unter anderem von Günther Ruddies (Woher kommen die Marjellchens?) halten.

Außerdem hat sich Besuch aus Angerapp (Bürgermeisterin, Landrätin und Stellvertreter) angekündigt. Um einen Überblick der Teilnehmerzahl zu diesem Treffen zu haben, bitten wir Sie, sofern noch nicht erfolgt, sich schriftlich oder telefonisch bei der Kreisvertreterin anzumelden.

Eventuelle Übernachtungswünsche bitte direkt mit dem Hotel Kontakt aufnehmen.

Über eine rege Beteiligung würden wir uns sehr freuen.



Gerdauen
Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f., 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 33 77.

Hauptkreistreffen

Das Hauptkreistreffen der KG Gerdauen ist fälschlicherweise unter KG Mohrungen erschienen. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen.

Unser Hauptkreistreffen findet in diesem Jahr wieder in unserer Patenstadt Rendsburg statt.

Als Tagungsort haben wir uns nach intensiver Suche für das Hotel Conventgarten entschieden, das direkt am Nord-Ostsee-Kanal liegt und vielen Landsleuten noch von früheren Treffen in Erinnerung sein dürfte.



und Vertreibung" zugesagt hat, in dem es um die Ankunft auch vieler Ostpreußen im bekannten niedersächsischen Grenzdurchgangslager ab September 1945 und ihre Erfahrungen geht.



Gumbinnen
Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642.

AG Ostpreußisch Platt

Bielefeld - Freitag, 12., bis Sonnabend, 13. April: Treffen der Arbeitsgemeinschaft „Ostpreußisch Platt“.



Heiligenbeil
Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224.

Sondertreffen

Altenau - Freitag, 29. März, bis Sonntag, 31. März, Pension „Quellenhof“ Altenau, An der Schwefelquelle 18, 38707 Altenau/Harz.



Heilsberg
Kreisvertreterin: Jutta Küting, Beerenburg 1a, 52156 Monschau, Telefon (02472) 6214367.

Sommerfest

Heilsberg - Sonnabend, 15. Juni: Sommerfest. Rund um das Sommerfest des Dachverbandes am 15. Juni in Heilsberg ist eine Busreise in den ermländischen Frühsommer vom 11. bis 20. Juni wie immer ab Wuppertal mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Reiseroute.



Am 16. und 17. März fand in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt die diesjährige Arbeitstagung der Kreisvertreter statt. Auf der Tagesordnung standen unter anderem eine Diskussion über die Situation und die Zukunftsperspektiven der Kreisgemeinschaften sowie Berichte über die Vorhaben und Veranstaltungen der Landsmannschaft Ostpreußen.



Vortrag und Versammlung

Duisburg - Sonnabend, 13. April, ab 10.30 Uhr, vormaliges „Museum Stadt Königsberg“, Johannes-Corputius-Platz 1, 47051 Duisburg. Der Vorstand der PRUSSIA, Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens lädt zu einer Vortragsveranstaltung...

Oberrandkanal angedacht oder die Besichtigung der Marienburg. Eine weitere Fahrt mit ähnlichem Programm ist im Herbst angedacht.

Genauere Informationen und Anmeldung zu den Reisen unter E-Mail: kreisvertreter@heilsberg.de oder Telefon (0176) 22201847.



Insterburg - Stadt und Land
Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228.

Heimatgruppen

Darmstadt - Sonnabend, 6. April, 11.30 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen.



Mohrungen
Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knickwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Korrektur

In der Ausgabe 11/2019 ist der falsche Text zum Kreistreffen angegeben; das Treffen wird am 29. September in Bad Nenndorf stattfinden.

Termine

Wolfsburg - 11. Mai, Congress-Park: Jahrestreffen der Ostpreußen.

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

Anzeige
Sonderzugreisen nach Masuren - Königsberg - Danzig
Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

Ostpreussisches Landesmuseum - Noch bis zum 12. Mai: „Als Kostbarkeit empfunden - Aquarelle von Heinrich Bromm“.

Wer sich bisher für die ostdeutsche Verkehrsgeschichte interessierte, war auf die ausgezeichneten Bücher aus dem Bufe-Verlag angewiesen, die in den 80er Jahren mit ihren alten Aufnahmen aus Ost- und Westpreußen eine echte Sensation darstellten. Sie stammten ausnahmslos aus den Archiven der Heimatkreisgemeinschaften und einigen wenigen Privatsammlungen, ferner aus historischen Ausgaben des „Reichsbahnkalenders“ und dem Erbe des großen Carl Bellingrodt. Zudem hatte Autor und Verleger Siegfried Bufe bei mehreren Reisen nach zur kommunistischen Zeit trotz strengen Verbotes einige schöne Aufnahmen machen können, die den Zustand

Teil eins hält, was er verspricht

»Ostpreußen und seine Verkehrswege« von Gerhard Greß und Jörg Petzold ist erschienen

der Bahnen in den 50er, 60er und 70er Jahren dokumentierten.

Seit den 90er Jahren haben sich gute und freundschaftliche Kontakte zwischen Deutschen und Polen, Russen und Litauern ergeben – die Landsmannschaften können mehr als nur ein Lied davon singen. Dabei kamen auch Verbindungen zu städtischen und staatlichen Archiven und Museen zustande, und überall tauchten historische Eisenbahn-, aber auch Omnibus-, Schiffs- und sogar

Flugzeugbilder auf. »Ostpreußen und seine Verkehrswege« hat seinen Schwerpunkt auf dem Eisenbahnverkehr, trotzdem kommen die übrigen Verkehrsträger nicht zu kurz. Wer weiß zum Beispiel heute noch, dass es in Insterburg ein O-Bus-Netz gab?

Beim flüchtigen Durchblättern beeindruckt sofort die vielen gestochenen scharfen Fotos, von denen zwar einige aus früheren Publikationen bekannt sind, ein großer Teil aber noch nie veröffentlicht wurde.

Abgesehen von sechs kleinen Fehlern beziehungsweise Unstimmigkeiten, was aber bei einem Buchumfang von fast 400 Seiten eine verschwindend geringe Fehlerquote ist, muss man den Autoren und Verlagsmitarbeitern, insbesondere dem Lektorat, eine äußerst sorgfältige Arbeit und im Ergebnis eine ganz hervorragende Qualität bescheinigen.

Schon die Einleitung – bescheiden „Überblick“ genannt – macht mit ihrer gut gelungenen Mischung alter und neuer Fotografien auch den Nichtkenner der Materie neugierig auf die Landschaft, die Legende ist. Gerhard Greß, Jahrgang 1946, hat die Mehrzahl der Bilder, zumeist Stadt- und Landschaftsansichten oder auch Straßenszenen, selbst gesammelt oder fotografiert; sowohl Auswahl als auch fototechnische Wiedergabe sind von unglaublicher Perfektion.

Der unmittelbar anschließende „Blick zurück“ erläutert in großen Zügen und mit Karten und Lithographien unterfüttert die Geschichte Ost- und Westpreußens, bei wichtigen historischen Ereignissen auch eingehend genug zum Verständnis der kompletten Zusammenhänge, aber stets sachlich und nie belehrend. Nicht jeder unbedarfte Leser wird sich die Mühe machen, dieses (verhältnismäßig kleine) Kapitel durchzuackern, aber wer es tut, ist

gut vorbereitet für die weitere Lektüre und den Einstieg in die Verkehrsgeschichte dieser Region.

Unter der Überschrift „Die Eisenbahn kommt“ wird in knappen Worten, zwei Übersichtskarten, einer Tabelle und erfreulich vielen sehr gut reproduzierten, ausreichend großen Abbildungen die Entwicklung des Eisenbahnnetzes

sig war und dort auch ihr Streckennetz hatte, in einem Extrakapitel beschrieben wurde, ist ein Gewinn für das Buch, denn die besondere Situation Ostpreußens zwischen den Weltkriegen wäre ohne Korridor und Freistaat Danzig nur unvollständig erklärt.

Obwohl dieses Sachbuch inhaltlich voll hält, was der Titel



Rastenburg: Der Bahnhof Drengfurt

Bild: J. Petzold

in Ost- und Westpreußen ausführlich dargestellt; die Entwicklung im und nach dem Ersten Weltkrieg, das Korridorproblem, die Volksabstimmung und die Ostpreußenhilfe werden in den anschließenden Kapiteln beschrieben, bevor es in die Kleinbahngeschichte geht.

Erfreulich ist, dass in diesem Werk erstmalig alle Kleinbahnen Ostpreußens komplett dargestellt werden, und zwar mit einer Ausführlichkeit, die man selbst in den besten Kleinbahn-Magazinen nicht findet. Dieses Kapitel trägt unverkennbar die Handschrift von „Kleinbahn-Meister“ Jörg Petzold, Jahrgang 1966, der seit über 30 Jahren Material, Unterlagen, Dokumente und Fotos zusammengetragen hat, und zwar nicht nur über den Schienen-, sondern auch den Omnibusverkehr dieser meist örtlichen Kommunal- oder Kreisbetriebe. Dass die Westpreußische Kleinbahnen-AG, die im Danziger Gebiet ansä-

verspricht, ist es doch kein typisches Nachschlagewerk; auf ein Register wurde verzichtet, und die Literaturhinweise passen auf eine Dreiviertelseite. Das ist schön, denn so bleibt mehr Platz für Fotos und Texte, auch wenn man sich manchmal wünscht, bestimmte Orte und Strecken im

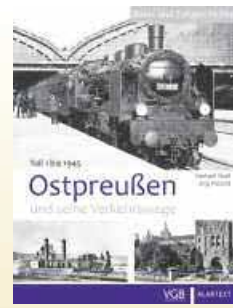
Verzeichnis leichter finden zu können. Andererseits wird dieses durch das ausführlich gegliederte Inhaltsverzeichnis kompensiert: die Kleinbahnen sind einzeln aufgeführt und die „großen“ Bahnen sind leicht zu finden.

Der letzte Teil des Buches widmet sich den Eisenbahn-Fabriken und den nicht-schienegebundenen Verkehrsmitteln wie Seedienst Ostpreußen, Kraftpost und dem Autobahnbau.

Den Abschluss bilden Kriegs- und Untergangsberichte mit Anleihen aus der Literatur und von Zeitzeugen; dies sind wertvolle Dokumente der deutschen Geschichte. Da kann man leicht verschmerzen, dass Angaben zur ohnehin spärlichen Luftfahrtgeschichte fehlen.

Fazit: „Ostpreußen und seine Verkehrswege Teil 1“ ist ein interessantes, lesenswertes Werk mit vielen neuen Informationen und noch nie gezeigten Fotos in höchst beeindruckender Qualität sowie einem vorbildlichen Lektorat; dazu passt der Druck auf starkem, solidem Papier und die feste Bindung. Dieses Buch ist nicht nur inhaltlich, sondern auch äußerlich gelungen und zudem haltbar – es wird auch bei Weitergabe „ins dritte und vierte Glied“ nicht zerfleddern oder auseinanderfallen. Man darf gespannt sein auf den in Kürze erscheinenden zweiten Band, der sich mit Ostpreußens Verkehrswege in der Nachkriegszeit befassen wird.

Rainer Claaben



Gerhard Greß, Jörg Petzold: „Ostpreußen und seine Verkehrswege“, Verlagsgruppe Bahn GmbH, Fürstenfeldbruck 2018, gebunden, 372 Seiten, 59,95 Euro.

Neukunden erhalten beim Verlag 20 Prozent Ermäßigung auf einen Artikel Ihrer Wahl beim Erstkauf. Telefon (08141) 534810 Internet: www.vgbahn.de/neukunde Bitte geben Sie das Kennwort für Leser der Preußischen Allgemeinen Zeitung „OST19“ an.



Vor der Insterburger Lutherkirche: Ein Omnibus

Bild: J. Petzold

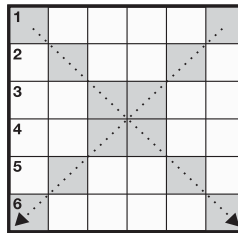
Maßeinteilung an Messgeräten	reich an Ansehen	Bordüre; Rahmen	abschicken	eine Empfehlung geben	Anwärter d. höher. Beamtenlaufbahn	festgelegter Zeitpunkt	eine der Gezeiten	nicht öfter	keine Koch-, Tischsitten	Unter-einheit von Euro u. Dollar	ausgenommen, frei von	Turngerät	griechische Friedensgötter
offene Kutsche mit Verdeck			Biologie: Tierunterart	Zimmer	Happen	Massage	schlechtere Angelegenheit	Verpackungsgewicht					
Hinterhalt (auf der ... liegen)	herunterfallen	englische Prinzessin	Ital. Stadt in der Toskana	dumme, trübsinnige Handlung (ugs.)	Straßenbenutzungsgebühr	jedoch, hingegen	schwerer Sturm	achte Stufe der diaton. Tonleiter	Horngebilde an Tierzehen				
Gestalt a. Schillers „Bürgschaft“	Einkaufsstraße in Düsseldorf (Kw)	darauf, danach	Auslandsvertretung	kleiner Rhododendron	Sportgerät	Rabenvogel	vielfarbig	Zierpflanze; Wappensblume	Lehrerputz				
Marschformation; Gruppe	exakt, plündernd	Spinnentier, große Milbe	zweckmäßig, praktisch	Destillationsgefäß	unbrauchbares Schiff	Opferfisch	Vorsilbergegen (griech.)	Schwurf	bezeichnen, taufen				
Landstreitkräfte	Sinn zur Wahrnehmung von Schall	Meeresufer	ein Farbton	flüssiges Fett	ein Farbon	flüssiges Fett	Vorsilbergegen (griech.)	Schwurf	bezeichnen, taufen				
Scherzhafte Hahn	Rollkörper	Vorfahr	Nadelloch	zählloses Kohleprodukt	Bogen auf zwei Säulen, Pfeilern	Aristokratie							
Vortragsraum	sportlicher Wettkämpfer	verrehtes Vorbild											
sich äußern, sprechen													

Sudoku

		6	3					
3				9		5		
		8	5	1				6
6	4				8			1
	9		2		7			
8	5				9	2		
5			7	8	3			
	8		6				7	
					4	1		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagrechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

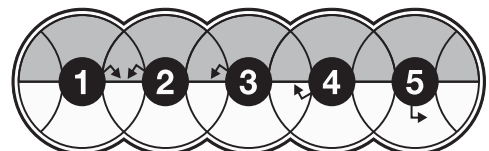


Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Insekten.
1 Strecke vor dem Sprung
2 Nachahmung eines Edelsteines
3 Fleisch in Gallertmasse
4 Volk, politische Gemeinschaft
5 inneres Behagen, Vergnügen
6 Wagenschuppen

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Mitteilung, Nachricht.

1 Nordeuropäerin, 2 Opernfigur bei Mozart, 3 empfehlenswert, 4 Spotschrift, 5 französischer Maler (Auguste)



Reichskanzler Otto von Bismarck – ein pommerscher Gutsherr

Kein Kanzler nach ihm hat so engagiert für die deutsche Land- und Forstwirtschaft gearbeitet



1835 an der Juristischen Fakultät in Göttingen ein.

Nach dem Examen arbeitete Bismarck zunächst an einem Gericht, wechselte dann jedoch in die nicht geliebte Verwaltungstätigkeit, aus der er sich eigenmächtig auf unbegrenzte Zeit beurlaubte und den Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger in Greifswald antrat. Die Garnison Greifswald hatte er gewählt, um an der Akademie Greifswald-Eldena Landwirtschaft zu studieren.

Militärdienst und Studium waren ausgezeichnet zu vereinbaren und Bismarck verstand es sehr gut, nur die Vorlesungen zu besuchen, die ihm als späteren Gutsherrn dienlich sein könnten.

Nach dieser Zeit bewirtschaftete er zusammen mit Bruder Bernhard die Familiengüter Kütz, Jarchlin und Kniephof in Hinterpommern (Gesamt 550 ha).

Hier zeigte sich die in Kniephof als Jüngling erworbene Fähigkeit, mit der Natur und den Menschen einvernehmlich umzugehen. Mit seinen Landarbeitern sprach er wie mit Seinesgleichen, weil er ihre Sprache beherrschte. Auch konnte er das an der Akademie Eldena erworbene Wissen in der Praxis

Es kam auf seinem Gut nicht selten zu exzessivem Ess- und Trinkgenuss und Kniephof firmierte schon bald als „Kneiphof“. Ein Anker in dieser Zeit war der persönliche Umgang mit den Mitgliedern der Ökonomischen Gesellschaft in Regenwalde, mit Adolf von Thaden-Trieglaff und Ernst von Bülow. Hier lernte er auch seine spätere Frau Johanna, geb. von Puttkamer kennen.

Nach dem Tod des Vaters im Jahre 1845 übernahm er neben Kniephof auch das Familienstammgut Schönhausen (500 ha). Zwangsläufig übersiedelte Otto von Bismarck dorthin, weil er auch für seine berufliche Lebensplanung die Nähe zu Magdeburg und Berlin als Vorteil ansah. Für das gesellschaftliche Amt als Deichhauptmann des Kreises Jerichow zu arbeiten, befreite ihn aus der Eintönigkeit des Lebens in Hinterpommern. Hier in der Altmark begann seine steile politische Karriere. Schönhausen übernahm er stark verschuldet. Mit Zunahme der politischen Ämter war die direkte Leitung der Güter in Pommern und der Altmark äußerst kompliziert geworden und so verpachtete er Kniephof und Schönhausen für insgesamt 7300 Taler/p.A., von



Der ehemalige Bismarcksche Besitz Varzin beherbergt heute eine Forstfachschule
(Beide Fotos: Fischer)

geboren wurde Otto von Bismarck am 1. April 1815 auf dem Gut Schönhausen in der Nähe von Stendal in der Altmark. Äußerst selten hat er seinen Geburtsort als Heimat bezeichnet, denn bereits nach einem Jahr siedelte die Familie auf das Gut Kniephof Kreis Naugard in Hinterpommern, ca 60 km nördlich von Stettin um.

Und hier verlebte Otto ganz bewusst seine Kindheit und erhielt seine persönliche Prägung, die



Forstfachschule auf dem Gelände des ehem. Bismarckschen Besitzes in Varzin

ihm ein Leben lang Heimat wurde. „Man fühlt sich nur ganz daheim, wo man seine Kindheit erlebt hat“, gestand Bismarck später einmal selbst.

Die wunderschöne Natur, der Wald, das Wild, die Jagd, die Hügel prägten sein Gemüt und formten Charaktereigenschaften, die er später erfolgreich als Politiker anzuwenden pflegte. Die Bäume und der Wald formten den Jüngling mehr als die Landwirtschaft – blieben jedoch eine Einheit für ihn bis an sein Lebensende.

Hier in Kniephof lernte er das Pommersche Platt, das er liebte und auch gerne sprach. Nicht von der Natur geprägt war seine etwas extravagante Arbeitsweise und sein Tagesablauf. Oft schlief er bis Mittag – arbeitete dann aber die Nacht durch – auch als Reichskanzler.

Die schulische Ausbildung erhielt er in Berlin, erwarb 1832 am Grauen Kloster das Abitur und schrieb sich im gleichen Jahr bis

anwenden. Das brachte Erfolg. Die benachbarten Gutsbesitzer respektierten ihn als erfolgreichen Landwirt.

Die hochverschuldeten Güter brachten wieder Gewinne und eine Schuldentilgung von 50.000 Talern war möglich. Otto von Bismarck lebte auf seinem Hauptsitz Kniephof mit gespaltener Seele. Einerseits freute er sich über die wirtschaftlichen Erfolge – andererseits fühlte er sich unterfordert und langweilte sich, wie er seinem Vater schrieb: „Mein Umgang besteht in Hunden, Pferden, Landjüngern, und bei Letzteren erfreue ich mich einigen Ansehens, weil ich Geschriebenes mit Leichtigkeit lesen kann, mich in jeder Zeit wie ein Mensch kleide, ganz schwere Ci-garren rauche und meine Gäste mit freundlicher Kaltblütigkeit unter den Tisch trinke. Denn leider Gottes kann ich nicht mehr betrunken werden. So vegetiere ich fast wie ein Uhrwerk.“

denen über die Hälfte für die Schuldentilgung benötigt wurden. Nach dem Umzug der jungen Familie nach Frankfurt/Main wurde auch das Gutshaus Schönhausen vermietet, welches ursprünglich als Sommerurlaubsstätte für die Familie genutzt werden sollte.

Häufig musste sich Bismarck im Preußischen Landtag und Deutschen Reichstag den Vorwürfen widersetzen, er betriebe Wirtschaftspolitik nach Gutsherrenart und bevorzuge seine Klasse der Großgrundbesitzer. Natürlich kannte er als Gutsherr die Probleme der Land- und Forstwirtschaft aus erster Hand und unterließ es, sich auf „Berater“ einzulassen. Wirtschaftliche Vorteilsnahme war Bismarck nicht nachweisbar. Dazu nur zwei Beispiele: Als 1867 der Preußische Landtag ihrem Ministerpräsidenten eine Dotation in Höhe von 400.000 Taler zum Ankauf von Varzin bewilligte, lag die nächste Bahnstation ca. 56 km

entfernt. Nicht eine Bahnstrecke wurde sofort gebaut (was in seinen Entscheidungsbefugnissen gelegen hätte), sondern es wurde Gewerbe der Verarbeitung örtlicher Rohstoffe angesiedelt und erst 11 Jahre später die Eisenbahn nach Varzin in Betrieb gesetzt. Auch war der Besitz des Reichskanzlers von 3620 ha auf 5000 ha angewachsen, was er überwiegend durch den Verkauf von Wertpapieren bezahlen konnte. Ein nächstes Beispiel: Der steigende Kartoffelanbau in Pommern brachte den Gütern mit Brennereien anscheinliche Gewinne. Überall im Norden und Osten Deutschlands wuchsen die Brennereien wie Pilze aus der Erde und brachten den Gütern Wohlstand. Um 1886/87 verarbeiteten 6268 Kartoffelbrennereien die Erdfrucht zu Alkohol, der immer billiger wurde. Lag der Verbrauch um 1800 bei 2 Liter reinem Alkohol pro Kopf, so stieg er in Brandenburg und Berlin auf 13 Liter an. Es kam zur Entwicklung einer Branntweinpest, deren Folgen für die Bevölkerung verheerend waren. Reichskanzler Bismarck, der auf seinen Gütern 180.000 Liter Alkohol produzierte, hatte die grenzenlose Schnaps Herstellung sowie die vernichtende Wirkung auf die Volksgesundheit erkannt und führte zum eigenen Nachteil 1887 eine Branntweinsteuer ein. Große Teile der Gutsbesitzer appellierten an die Loyalität des Reichskanzlers. Er setzte das Maximum der Besteue-

rung durch, zum Wohle vieler deutscher Familien. Die Güter verdienten weniger – der Staat mehr.

Anlässlich des 70. Geburtstages des Reichskanzlers schenkte der Preußische Landtag dem Jubilar das Gut Schönhausen, um die ursprüngliche Größe des alten Familienstammesitzes von 1000 ha wieder herzustellen.

Als Anerkennung für den Sieg über Frankreich und zum Dank für die Reichsgründung von 1871 schenkte Kaiser Wilhelm I. seinem Kanzler aus seinem Besitz den lauenburgischen Sachsenwald östlich von Hamburg; mit einer Größe von 6000 ha überwiegender Waldfläche. Der deutsche Monarch hatte ihm den Titel „Fürst“ und „Herzog“ verliehen. Trotz der umfangreichen Schenkungen war der in traditioneller, adliger Mentalität lebende Politiker Otto von Bismarck stets krampfhaft um die Arrondierung seines Besitzes bemüht. Der Zukauf weiterer Güter in Pommern war nicht immer von ökonomischen Überlegungen getragen. Er unterschied sich wesentlich von seinen Standesgenossen in der Art und Weise der Strukturierung des privaten Besitzes. Den größten Teil der Landwirtschaft verpachtete er, auch die von ihm errichteten Industrie- und Handwerksbetriebe. Die lukrativen Schnapsbrennereien blieben ihm direkt unterstellt. Ebenso der Wald in Pommern und im Sachsenwald. Nach eigenen An-

gaben des Fürsten war die Rendite aus der Forstwirtschaft fast doppelt so hoch wie die der Landwirtschaft; dabei nutzte er geschickt die Verbindungen zur boomenden Schwerindustrie an Rhein und Ruhr. Otto von Bismarck manage seine großen Besitztümer bis ins hohe Alter gut. Die immer wieder auftauchenden Gedankensplitter, dass er die Agrargesetzgebung bevorzuge, ließen seine Popularität und Verehrung im deutschen Volk nur wachsen.

Die deutsche Landwirtschaft gesundete während seiner Regierungszeit, was erst nach der Amtsabgabe sichtbar wurde. Er persönlich hatte es von einem verschuldeten, unbedeutenden hinterpommerschen Gutsbesitzer zu einem Großgrundbesitzer mit über 15.000 ha gebracht.

Kein Kanzler nach ihm hat so engagiert für die deutsche Land- und Forstwirtschaft gearbeitet wie Fürst Otto von Bismarck.

Er starb am 30. Juli 1898 in Friedrichsruh/Sachsenwald.

Gerhard Fischer, Rostock

Quellen:
Rainer F. Schmidt, Bismarck-Realpolitik und Revolution, Diederichs, Stuttgart 2004
Andreas von Seggern, Bismarck als Gutsherr, Otto-von-Bismarck-Stiftung, Band 36

Großes
Pommerntreffen
in Anklam / Pommern
Sonnabend, 6. April 2019, 10 bis 17 Uhr
Volkshaus Anklam, Baustraße 48

Ehrengäste:
Werner Kuhn M.d.E., Philipp Amthor M.d.B.,
Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern,
Shanty-Chor Insel Usedom, Bischof Otto von Bamberg,
Deutsche Vereine aus Stettin, Stolp, Köslin, Rummelsburg

Alle pommerschen Heimatkreise sind an Extra-Tischen ausgeschildert. Für ein heimatliches Kulturprogramm, das leibliche Wohl und genügend Parkplätze ist gesorgt. Bitte Verwandte und Freunde informieren und mitbringen. Schriftliche Auskunft gegen Rückporto beim Veranstalter:

Bund der Vertriebenen in Vorpommern e.V.
Manfred F. Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam

Ich habe gelernt, ohne den Dank der Welt zu leben. Ich habe ihn erworben und verloren. Ich habe ihn wiedergewonnen; ich habe ihn wieder verloren. Ich mache mir gar nichts daraus; ich tue einfach meine Pflicht.

(Otto von Bismarck)

Jesus räumte im Tempel auf

Zu: Vergewaltigt im Namen Gottes! (Nr. 9)

Immer wieder freue ich mich, wenn die PAZ eintrifft. Wie gut tut es doch, dass vieles, was andere Medien einfach verschweigen, zur Sprache kommt. Auch werden da und dort Missstände angesprochen, was man in anderen Medien selten findet. Vielen Dank!
Umso erstaunter war ich, als ich im Beitrag von Eva Herman einen

eklatanten Fehler feststellen musste. Frau Herman schreibt: „So hatte schon der wandernde Prophet Johannes der Täufer, der Christus vorausging, um die Menschen auf den Kommenden aufmerksam zu machen, die Pharisäer und Sadduzäer mit wüsten Beschimpfungen aus dem Tempel gejagt, in dem Christus erwartet wurde.“
Dieser Satz stimmt nicht mit den Berichten in den vier Evange-

lien in der Bibel überein. Nicht Johannes der Täufer trieb die Verkäufer und die Geldwechsler aus dem Tempel. Es war der Herr Jesus Christus selbst, der es tat. Matthäus (21,12-17), Markus (11,15-19), Lukas (19,45-48) und Johannes (2,13-17) berichten, dass er es war.
Ja, wir müssen die Heilige Schrift genau lesen, bevor wir diese zitieren. **Johannes Hummel, Dresden**

Merkels Hühnerhof

Zum Leserbrief: Auslaufmodelle (Nr. 2)

Der Autor des Leserbriefes (über die wachsende Wut im Land, d. Red.) scheut sich nicht, das Kind beim Namen zu nennen. Die Wahrheit zu erkennen und auszusprechen scheint seit Menschheitsgedenken auf Schwierigkeiten zu stoßen.
So fragen wir uns auch: Wo sind eigentlich die etwa 90 Prozent der

deutschen Bürger geblieben, die ihren Führer von 1933 bis 1945 geliebt haben, ihm gefolgt sind und die mit Stolz, Zufriedenheit und in Wohlstand in ihrer Heimat lebten? Die Antwort ist natürlich, dass sie gestorben sind oder, falls noch am Leben, sich nicht mit der Nachkriegswelt auseinandersetzen wollen, eine Welt, die durch die Medien, Lern-Institute, Psychologen, Politiker geprägt ist. Wohlstand im nationalsozialisti-

schen Deutschland durfte nicht sein. Das Land musste zerstört werden (siehe Morgenthau 1945, Churchill 1940). Aber: In 100 Jahren und zwei Weltkriegen ist es den westlichen Mächten und ihren Satelliten nicht gelungen.
Der Untergang dieses kulturellen, strebsamen Volkes ist Kanzlerin Merkel und ihrem Hühnerhof überlassen.
George und Erdmute Kuester, New Mina/Kanada

Ausgenutztes Kind

Zu: Der Himmel unter Luisa (Nr. 9)

Isst den Politikern eigentlich gar nichts mehr heilig? Ein krankes Kind für politisch-ideologische Themen zu missbrauchen ist widerlich. Es offenbart die Verlogenheit der Politiker, die sich ja angeblich für das Kindeswohl einsetzen und hierzulande dafür das Grundgesetz ändern möchten.

Aber auch das Verhalten der Eltern von Greta ist Kindesmissbrauch pur, denn die ihnen bekannte Diagnose ICD-10 (auch Asperger-Syndrom genannt) besagt, dass Greta gar nicht in der Lage ist, einzuschätzen, was man ihr sagt – wie man sie indoktriniert. Sollte die Diagnose sinnvollerweise gestützt sein durch eine MRT-Aufnahme, die belegen kann, ob die Amygdala intakt ist, oder nicht, ob das corpus callosum funktioniert, wie es soll, oder ob der Thalamus durch starke Verkleinerung somatropische Gliederungen vornehmen kann – daran orientiert sich, ob eine zielgerichtete Therapie lindern oder gar bessern kann, weil abschätzbarer wird, wann Greta in ihrer Entwicklung „stehengeblieben“ ist: im neunten oder erst im zwölften Lebensjahr? Bekommt sie überhaupt eine Therapie? Oder verweigert der Vater das, um seine Tochter kommerziell-ideologisch weiterhin auszunutzen/missbrauchen zu können?

Kriminelles Verhalten sehe ich hier auf vielen Seiten. Und was ist, wenn eine gute Therapie Gretas Zustand irgendwann bessert und sie erkennt, wie sehr sie ausgenutzt und missbraucht wurde? Was wird sie tun? „Ganz durchdrehen“ und in einer geschlossenen Abteilung einer Nervenklinik landen und dahinvegetieren? Der Umgang mit Greta ist eine öffentliche Schande.
Elke Barby, Gehrden



Wo kommen bloß die vielen Flüchtlinge her? Bundeskanzlerin Angela Merkel macht sich beim Besuch eines Berliner Gymnasiums erst einmal ein Bild über die Lage Deutschlands
Bild: action press

Es würde helfen, Politik mit dem Kopf statt dem Bauch zu machen

Zu: „Alles ist erlaubt“ (Nr. 7)

Vor einigen Tagen erreichte mich auf meinem Handy die Mitteilung: „Man hat schon fast alles erfunden. Kaffee ohne Koffein, Bier ohne Alkohol, Auto ohne Fahrer, aber Regierung ohne Idioten, das klappert irgendwie nicht!“

Eine lustig gemachte Aussage, aber ist sie von der Wirklichkeit wirklich so weit entfernt? Wenn eine Parteivorsitzende offenbar nicht einmal weiß, für wen und

für welche Ziele sie antritt, muss man sich auch nicht wundern, wenn sie sich hinsichtlich ihrer politischen Beheimatung nicht mehr zurechtfindet.

Gleiches gilt wohl auch für die derzeitige Kanzlerin, die vor einer Schulklasse auf einer Landkarte die Lage Berlins in der Nähe von Murmansk vermutete und darüber hinaus noch feststellte, dass von dort so viele Menschen zu uns kämen. Mit der Vorsitzenden der SPD hat man gleiche Erfah-

rungen gemacht. Sie drückt sich lieber in der Pippi-Langstrumpf-Sprache aus oder will Menschen „auf die Fresse“ hauen.

Offenbar verkommen wir zu einem Yuppiesstaat, in welchem alles egal ist und Regeln nicht mehr gelten. Gott sei Dank schirmt die regierungstreue Presse solche Ausrutscher für das Publikum weitgehend ab, sonst würde die Schar der Zweifler und Nichtwähler noch größer. Proleten, wie der Sozi Kahrs, haben offenbar

Hochkonjunktur. Das Problem ist nur, dass diese Politiker keine Probleme lösen, sondern über Probleme nachdenken oder solche erfinden, die bisher keine waren. Die rückläufigen Wählerstimmen müssten auch hier die Erkenntnis wecken, dass man Politik mit dem Kopf und nicht mit dem Bauch machen muss, sonst fährt man nicht nur die eigene Partei, sondern den ganzen Staat gegen die Wand.
Rudolf Neumann, Ahrensburg

Ab in Altersarmut

Zu: „Kein Anlass für Übermut“ (Nr. 4)

Was erwartet ein halbwegs ausgeschlafener Bürger dieses Landes von einer Regierung, die sich als großes Ziel die Demütigung und Bekämpfung der steuerzahlenden Bevölkerung gesetzt hat? Natürlich keine Schuldentilgung, natürlich keine Steuersenkungen, natürlich keine Minderung sozialer Abgabenlasten.

Im Gegenteil: Wenn man sich die von einer rot-grünen Regierung des Oligarchen und „Sozis“ Schröder erfundenen Steuerlasten vorstellt, die in Zukunft auf die Rentner zukommen werden, dann ist Altersarmut in einem Maße programmiert, wie es sich heute noch viele Menschen nicht vorstellen können.

Da auch mühsame Ersparnisse durch die gangsterhafte Zinspolitik der Mafia-EZB dahinschwanden, werden diese Säulen einer bisher von den Herrschenden propagierten „Alterssicherung“ ins Abseits gestellt. Doch das interessiert ein Klientel, das mit diesen Lasten nicht konfrontiert wird, das sich aber als „regierungsverantwortlich“ bezeichnet, in keiner Weise, außer dass man das „Volk“ mit dummen Parolen und Phrasen hinhält.
Manfred Kristen, Freital

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Anzeige

Das legendäre Kräuterhausbuch für den ständigen Gebrauch in Garten und Küche!

Jetzt bei uns erstmals als preisgünstige Sonderausgabe!

Sonderausgabe nur **19.99€*** statt 34.90€

■ Dieses Standardwerk verbindet wissenschaftliche Erkenntnisse mit traditionellen Überlieferungen. Im umfassenden Pflanzenlexikon sind über 500 wirksame Heilpflanzen mit ihren Inhaltsstoffen und Anwendungen genau beschrieben.

Von Alant und Alpenveilchen bis Zwergholunder und Zwiebel

800 Farbfotos, Anbauanleitungen, Blüte- und Sammelzeiten, Trocknung, über 2000 Anwendungen als Hausmittel, rund 2000 Rezepte mit Zubereitungen für Tees, Tinkturen, Weine, Liköre, Schnäpse, Essig, Säfte, Speisen, Salben und Bäder. Unterstützende Edelsteinernergie, Kräutermagie und Planetenanzuordnung, Homöopathie, Bach-Blüten, Schüßler Salze, Hildegardmedizin, Chinesische Medizin, Tabellen und Index zur Mittelfindung. Ein Symptome-Verzeichnis sowie ein Sachregister runden dieses große Kräuterhausbuch ab.

»Treten Sie unseren Heilkräutern mit Respekt entgegen, geben Sie ihnen in Ihrem Garten ein Zuhause, beugen Sie durch richtige Kräuterernährung Krankheiten vor.«

Siegfried Hirsch & Felix Grünerberger: Die Kräuter in meinem Garten großformatiges Paperback • Fadenheftung • 800 Seiten durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 975 200

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

* Sonderausgabe in anderer Ausstattung

Keine Zeit für den Pool

Mit einem Tanzschiff an der Küste Marokkos entlang – Eine Kreuzfahrt auf der »Costa Pacifica« zu den Kanarischen Inseln

Kreuzfahrten sind beliebt, aber nicht jedermanns Sache: zu voll, zu teuer, zu unumweltschädlich. Wer aber seine Vorbehalte überwindet und sich erstmals mit einem Hotelschiff auf See begibt, kehrt dennoch meist mit positiven Ferienerlebnissen zurück.

Bereits im Bus wird der Kreuzfahrt-Debitant belehrt, wie man »Costa Pacifica« richtig ausspricht. »Patschifika« mit »tsch«, weil man im Italienischen das »ci« so spricht.« Der aus Sachsen stammende Werner ist wahrer Kreuzfahrtpfaff. Im Busshuttle der Reederei, der die deutschen Gäste von Mailands Flughafen Malpensa zum Hafen von Savona an der ligurischen Küste bringt, erzählt Werner, dass er in den vergangenen vier Jahren schon acht Kreuzfahrten mit Costa-Schiffen mitgemacht habe. Als Rentner gönnt man sich ja sonst nichts. »Nu, mit der »Patschifika« bin ich schon dreimol gefahren, sie iss die bäschte«, sächzelt er.

Nach einer Stunde Fahrt springt er im Bus auf: »Da ist sie!« und zeigt mit dem Finger nach draußen. Ein weißer Gigant mit gelb-blauen Aufbauten, fast 300 Meter lang und 17 Decks hoch, hebt sich im Hafen von Savona wie ein Wolkenkratzer vom malerischen Stadtbild ab. Mit ihm werden in den nächsten zwölf Tagen etwa 3500 Passagiere, die von einer über 1000-köpfigen, überwiegend aus Südostasien stammenden Crew bedient werden, zu den Kanarischen Inseln und wieder retour fahren.

Aber erst einmal muss man auf das Schiff kommen. Und das dauert. Im Terminal harren manche zwei Stunden aus, ehe die zuvor ausgehängte Einschiffungserlaubnis aufgerufen wird. Kaum an Bord und die – geräumige – Kabi-

ne aufgesucht stürzen sich die ersten statt in die Schwimmbekken auf dem Oberdeck erst einmal auf das Büffet. Andere versuchen verzweifelt, mittels Bordplan diese Kleinstadt zu erkunden. Hier könnte Werner helfen, aber der ist wie vom Erd-, pardon: Schiffsboden verschwunden.

»Scusi«, eine Dame zwingt sich gerade entschuldigend in den gläsernen Fahrstuhl, von dem aus man mehrere Decks bis nach unten in die Lobby blicken kann. Italiener sind in der Mehrzahl, doch es gibt auch viele deutsche Passagiere. Die »Costa Pacifica« – nahezu baugleich mit der 2012 vor der

hinzukommen. Völlig selbstständig sind Aida und Costa Crociere nicht, gehören sie doch zu der in den USA ansässigen Carnival Corporation, dem mit über 100 Schiffen größten Kreuzfahrkonzern der Welt.

Die riesige »Costa Pacifica« ist da nur ein kleiner Teil des lukrativ-

Mittagsonne kurz vor den Kanaren einige Runden um den Schornstein. Ob es gesund ist, auf der 150-Meter-Bahn zu joggen oder zu walken, ist die Frage. Je nachdem wie der Wind weht, riecht man die Abgase. »Eigentlich ist es ein ökologisch perverter Wahnsinn, was wir hier treiben«, meint eine asketische Sportlerin, während sie weitertrabt.

Der Schadstoffausstoß dieser schwimmenden Schweröl-Kraftwerke hat zuletzt für viel Diskussion gesorgt. Für Aufsehen sorgte der deutsche Naturschutzbund mit der Äußerung: »Ein einziger Ozeanriesen stößt so viele Schadstoffe aus wie Millionen von Pkw.« Tatsächlich hat man dabei leicht übertrieben. Zwar sind auch Schiffe Dreckschleudern, was Rußpartikel angeht, doch pro Passagier und gefahrenen Kilometern erzeugt solch ein Schiff weniger CO₂ als ein Auto.

Nachdem man durch die Straße von Gibraltar gefahren ist und die Uhrzeit um eine Stunde zurückgestellt hat, ist die Vulkaninsel Lanzarote erreicht. Draußen stehen Busse für eine Inseltour bereit. Wer Kosten sparen will, teilt sich mit mehreren Personen ein Taxi und handelt mit dem Fahrer einen Preis aus. Ähnliches gilt an den Folgetagen für Teneriffa und Madeira. Die Inseltouren per Bus kann man auf dem Schiff vorher buchen. Günstig sind sie nicht gerade. Und wer auf Teneriffa auf den höchsten Berg Spaniens will, sollte sich nicht überschätzen: Von Meereshöhe auf 3700 Meter in kürzester Zeit mit der Seilbahn zum Pico del Teide hochzufahren, hat schon bei so manchem zur Höhenkrankheit geführt.

Nach der zu Portugal gehörenden Blumeninsel Madeira und dem Abschiedslied »Time to Say Goodbye«, dass bei jedem Auslau-

fen aus den Außenlautsprechern dröhnt, geht es schon wieder zurück: wieder bei Nacht durch die Straße von Gibraltar, Málaga wird angefahren, danach die Zeit um eine Stunde vorgestellt, ehe man tanzend Civitavecchia erreicht. Die »Costa Pacifica« ist ein Tanzschiff mit mehreren Bühnen, auf denen Musiker abends Tanzmusik spielen. Dazu kommt noch ein großes Showtheater mit oft grandioser Live-Unterhaltung.

Von Civitavecchia aus fahren die meisten Passagiere für sieben Stunden nach Rom. Endlich die Gelegenheit, auf dem fast leeren Schiff in den Pool zu springen. Doch jetzt spielt das Wetter nicht mit: Es ist kalt und windig. Dafür herrscht kein Gedränge und Geschube am Büffet. Auch Churros, eine Art iberische Krapfen, gibt es zur Genüge. Nachmittags stehen sonst Passagiere nach dieser fröhlichen Leckerei Schlange. Kaum füllt der Koch welche nach, stapelt sich der Erste die frischen Churros bergeweise auf den Teller, sodass die anderen gleich wieder das Nachsehen haben.

Und wo blieb Werner die ganze Zeit? Nach der Ankunft in Savona trifft man sich im Shuttlebus Richtung Flughafen Malpensa wieder. Er habe keine Ausflüge mitgemacht und die Tage nur im Pool und auf dem Sonnendeck verbracht. So ging man sich also aus dem Weg und so hatte irgendwie jeder seinen Spaß auf der »Costa Patschifika«. *Harald Tews*

Die »Costa Pacifica« fährt vom 12. April bis 26. Mai sowie vom 22. September bis 16. November neun Mal zu den Kanaren. Infos unter Telefon (040) 57012136 oder www.costakreuzfahrten.de. Unter www.royaldance.de kann man darüber hinaus Tanzreisen auf Costa-Schiffen buchen.



Badespaß mit Wasserrutsche: Das Sonnendeck der »Costa Pacifica«

Bild: tws

Marseille, die drei Kanareninseln Lanzarote, Teneriffa und Madeira sowie Málaga und Civitavecchia bei Rom sind die Ziele, welche die »Costa Pacifica« im April und Mai sowie von September bis November ansteuert. Wer meint, abseits der Ferienzieiten auf ein nur mäßig gefülltes Schiff zu treffen, der irrt. Auf dem Sonnendeck ist fast jede Liege belegt. Also ab in den Pool? Nein, noch zu voll, dann lieber später.

Mittelmeerinsel Giglio auf Grund gelandeten »Costa Concordia« – gehört der in Genua ansässigen Reederei Costa Crociere, diese aber hat mit Michael Thamm einen deutschen Chef, der zuvor für das deutsche Kreuzfahrtunternehmen Aida tätig war. Seit 2004 fahren Aida Cruises und Costa Crociere unter gemeinsamer Regie. Zusammen kommen sie auf 27 Schiffe mit 76 000 Betten. Und weitere Schiffe sollen demnächst

von Kreuzfahrtgeschäfts. Mit aufwendigen Sport-, Mitmach- und Showprogrammen will man die Kundschaft bei Laune halten. Nach der Abfahrt von Marseille beginnt der Terminstress. 9.30 Uhr: Morgengymnastik, 11 Uhr: Sudoku, 12 Uhr: Salsa-Kurs ... so geht das den ganzen Tag weiter, und man will ja nichts verpassen. Da bleibt für den Pool keine Zeit. Sportlich Beflissene drehen selbst unter der afrikanischen

Bönickhausens Turm

1889 eröffnet: der Eiffelturm – Der Name hat mit der Eifel zu tun

Eiserne Dame, Giraffenkäfig oder Stelplampe – diese Spitznamen haben die Pariser ihrem Eiffelturm verliehen. Wer einmal davor stand, weiß, wie riesig er ist. Der Eiffelturm misst genau 300 Meter, mit Antenne auf der Spitze sogar 324 Meter.

Der Turm wurde von 1887 bis 1889 vom französischen Ingenieur Gustave Eiffel zur Weltausstellung in Paris errichtet und vor 130 Jahren, am 31. März 1889, eröffnet. Zur Hundertjahrfeier der Französischen Revolution von 1789 sollte etwas ganz Besonderes in Paris als Erinnerung daran gebaut werden. Viele Vorschläge gingen ein, doch gewonnen hat den Wettbewerb das Büro Gustave Eiffels.

Eigentlich war der Turm nur ein Experiment, das nach 20 Jahren wieder abgerissen werden sollte, denn er hatte keine Funktion. Eiffel wollte zeigen, dass man mit Eisen hervorragend bauen konnte. So wurde der Ingenieur zu seiner Zeit auch der »Eisenzauberer« genannt. Erfunden haben das Bauwerk aber zwei Ingenieure aus Eiffels Büro namens Maurice Koechlin und Emile Nouguier.

Eiffel hatte erst seine Zweifel, doch dann überarbeitete er das Konzept mit einem Architekten und war schließlich doch begeistert. Schon zuvor baute er mit seinen Mitarbeitern Brücken aus Eisen und Stahl. Auch stammte die innere Konstruktion der Freiheitsstatue im New Yorker Hafen aus seiner Werkstatt. Beim Eiffelturm hatten die Pariser große

Bedenken und glaubten, dass der Turm ihre schöne Stadt nun verschandelt. Besonders die Bewohner in der Nähe wurden von Angst ergriffen, dass ein Sturm das Riesending umkippen könnte. So verklagten sie Eiffel gleich auf eventuelle Schäden. Doch Eiffels Berechnungen, dass dieser Riese Orkane aushalten könne, stimmen bis heute. Trotz mancher Skepsis wurde der Turm schnell



Filigranes Gewirr aus Eisen: Der Eiffelturm unterhalb der Spitze

Bild: tws

zum Wahrzeichen der Stadt und ist aus dem Stadtbild nicht mehr wegzudenken.

Alexandre Gustave Eiffel wurde 1832 im französischen Dijon geboren. Seine Vorfahren stammten aus Deutschland und hießen Bönickhausen. Sie waren Anfang des 18. Jahrhunderts aus der Nordeifel nach Frankreich eingewandert. Zu der Zeit schrieb man die Eifel noch mit zwei »f«, also Eiffel. Da die Franzosen den deut-

lichen Namen aber nicht gut aussprechen konnten, nannte sich die Familie »Bönickhausen dit Eiffel«. Später beantragte Gustave, dass er sich nur noch Eiffel nennen durfte. So wurde es den Franzosen erspart, dass der Turm »Bönickhausen-Turm« genannt wurde.

Im Eiffelturm wurden 2,5 Millionen Nieten und 18 083 Metallteile verarbeitet. Er ist 10 000 Ton-

nen schwer. Zu Beginn hatte der Turm eine rote Farbe. Alle sieben Jahre wird er in einer anderen Farbe angestrichen. Das ist auch nötig, denn der größte Feind des Bauwerks ist der Rost. Ab den 20er Jahren wurden vom Turm die ersten Radiosendungen ausgestrahlt. Von Einbruch der Dunkelheit bis ein Uhr in der Nacht erstrahlte der Turm stündlich für zehn Minuten in einem besonderen Lichterglanz. *Silvia Friedrich*

Naturwunder in Rot

Vor 100 Jahren wurde der »Grand Canyon National Park« gegründet

Der Grand Canyon zählt zu den spektakulärsten Naturwundern der Welt. Seit Präsident Woodrow Wilson ihn vor genau 100 Jahren zum Nationalpark erklärte, steht er unter staatlichem Schutz der USA. Doch die Geschichte des Grand Canyon reicht natürlich viel weiter zurück. Seit bereits 70 Millionen Jahren frisst sich der Colorado-Fluss durch die verschiedenen Gesteinsschichten, wodurch die faszinierenden rotgefärbten Schluchten im heutigen Bundesstaat Arizona entstanden sind.

Die ältesten menschlichen Artefakte, die in dem Grand Canyon gefunden wurden, sind fast 12 000 Jahre alt und stammen aus der paläo-indianischen Zeit. Seitdem werden Gegenden des Naturphänomens durchgehend bewohnt. So führten vor etwa 3000 Jahren Mitglieder der sogenannten Wüstenkultur dort ein einfaches Leben als Jäger und Sammler. Etwas fortschrittlicher ging es 1000 Jahre später bei den Anasazi zu. Sie wohnten in Lehmhütten und bauten ihre Behausungen in die Wände der Schlucht, bis sie vor zirka 700 Jahren auf unerklärliche Weise verschwanden.

Heutzutage wohnen Havasupai-Indianer in einem Seitenarm des Grand Canyon. Sie gelten als einer der isoliertesten Indianerstämme in den USA. Ihr Reservat und das Hauptdorf Supai im Havasu Canyon kann man nur zu Fuß oder mit dem Pferd über einen Trail erreichen, der vom Rand des Canyon hinabführt.

Die westliche Welt erhielt Einzug, als der Grand Canyon 1540 durch eine spanische Soldatengruppe entdeckt wurde. Es waren Mitglieder der Coronado-Expedition, auf der Suche nach den sagenhaften sieben Goldstädten von Cibola. Hinab zum Colorado-Fluss haben sie es allerdings nicht geschafft. Nach drei Tagen Fußmarsch ging ihnen in den schwe-



Naturschaupiel: Die Schluchten am Colorado-Fluss

Bild: WPS/Michael Quirin

ren Rüstungen das Wasser aus, sodass sie umkehren mussten.

Die erste Expedition durch den Grand Canyon führte 1869 Major John Wesley Powell an. Sein Ziel war es, die Schlucht zum ersten Mal zu kartografieren. Dafür begab er sich mit neun Männern und vier Paddelbooten durch die Fluten des Colorado. Als sie nach drei Monaten endlich den Canyon erreichten, hatten sie eines ihrer vier Boote verloren, auf dem sich

nicht nur wichtige Messinstrumente, sondern auch ein Großteil des verbliebenen Proviant befanden. Mehrere Tage lang ließen sie sich auf den Stromschnellen treiben, bis die Expedition Ende August völlig erschöpft und ausgehungert am Westende des Grand Canyon ankam. Sechs Männer beendeten die Reise. Zwei Jahre später unternahm Powell einen zweiten Anlauf, um die Karte zu vervollständigen. Zu dieser Zeit benutzte er zum ersten Mal den Begriff »Grand Canyon«. Zuvor wurde das Naturwunder lediglich »Big Canyon« genannt.

Der Tourismus blühte auf, als 1901 eine Eisenbahnverbindung von Williams zum South Rim eingeweiht wurde. Ab 1905 war das exklusive El Tovar Hotel in Grand Canyon Village die erste Anlaufstelle für wohlhabende Reisende.

Zu den berühmtesten Besuchern zählte damals der Präsident Theodore Roosevelt. Der New Yorker hatte eine Vorliebe für den amerikanischen Westen und insbesondere für den Grand Canyon. So erklärte er 1906 im Zuge seiner Bemühungen um den Naturschutz mehr als 323 748 Hektar des Gebiets zum Grand Canyon National Monument. »Lasst dieses große Wunder der Natur so bleiben, wie es jetzt ist!«, bekräftigte er, »du kannst es nicht verbessern. Aber du kannst es für deine Kinder, die Kinder deiner Kinder und alle, die nach dir kommen, als den einen großen Anblick bewahren, den jeder Amerikaner sehen sollte.« *H. Tews/visitarizona.com*

Vertreibung an der Donau – Buch füllt eine Lücke

Mit der Vertreibung der Deutschen nach Kriegsende 1945 endete nicht nur im Osten Europas eine viele Jahrhunderte währende deutsche Kultur. Auch im südöstlichen Europa, im Donaubecken, in den Karpaten und in Siebenbürgen endete 1945 eine fast 300 Jahre dauernde deutsche Geschichte. Die Vertreibungen der Deutschen aus dem Osten sind in der Öffentlichkeit bekannter als die Vorgänge an der Donau, die freilich hinsichtlich der Leidenserfahrungen der Menschen den Ereignissen weiter nördlich nicht nachstehen.

Für die hier beheimateten Deutschen hat sich der Oberbegriff „Donauschwaben“ eingebürgert, obwohl die deutschen Siedlungsgebiete tatsächlich weit über die an die Donau grenzenden Gebiete hinausreichten. An die Geschichte der Donauschwaben erinnern jetzt die österreichischen Wissenschaftler Gerhard Seewann und Michael Portmann in dem vom Deutschen Kulturforum östliches Europa (Potsdam) und vom Donauschwäbischen Zentralmuseum in Ulm herausgegebenen Buch „Donauschwaben – Deutsche Siedler im Osten“.

Nach den siegreichen Türkenkriegen der Habsburger bis Anfang des 18. Jahrhunderts mussten sowohl die Krone in Wien als auch die wieder Herr auf eigener Scholle gewordenen ungarischen Magnaten die vielfach entvölkerten Regionen an Donau und Theiß wieder bewohnbar machen. Zu diesem Zweck wurden in geradezu professionell anmutenden Werbe-

aktionen viele Familien aus dem süddeutschen und rheinischen Raum angeworben, meist Bauern und Handwerker, die sich in der neuen Heimat ein besseres Leben erhofften – und, wie sich zeigte, zu Recht. In mehreren Einwanderungswellen kamen im 18. Jahrhundert über 400.000 Menschen ins Land. Für viele begann der Exodus in Ulm, von wo sie auf den sprichwörtlichen „Ulmer Schach-

In Ungarn leben heute die meisten Donauschwaben

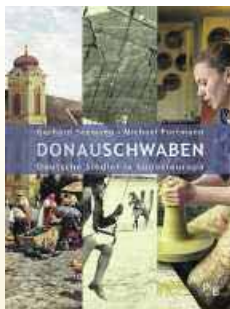
teln“ flussabwärts reisten und in Gebiete des heutigen Ungarns, Rumänien, Kroatien und Serbien verteilt wurden.

Die Geschichte der Donauschwaben bis zum Ersten Weltkrieg, das zeigen die beiden Autoren, ist rundum eine Erfolgsgeschichte. Dank ihres Fleißes, ihrer Sparsamkeit, ihrer toleranten Religiosität gelangten die Deutschen fast überall zu Ansehen und Wohlstand. Diese Erfolgsgeschichte trübte sich erst ein, als den Ruinen der Habsburger Monarchie drei neue Staaten entstanden: das fast lebensunfähig amputierte Ungarn, das auf doppelte Größe angeschwollene Rumänien und das neue Königreich Jugoslawien. Aber erst der Zweite Weltkrieg, das NS-Regime mit seinen Verlockungen eines „Herrenvolks“ entzweite viele Deutsche von ihrer

Staatsnation. Deren Rache war 1945 furchtbar: Zigttausende deutsche Männer und Frauen wurden zur Zwangsarbeit in sowjetische Erz- und Kohlegruben verschleppt, in Lagern gefangen gehalten, gefoltert und am Ende ausgewiesen, wenn nicht erschossen.

Aus Ungarn wurde die Hälfte der dort lebenden Deutschen vertrieben, aus Jugoslawien nahezu alle. Rumänien behielt den größten Teil seiner Deutschen, die dann aber unter der kommunistischen Herrschaft von sich aus fort wollten, was durch Freikäufe der Bundesrepublik an das Ceausescu-Regime ab den 1960er Jahren möglich wurde.

Heute leben die meisten deutschstämmigen Menschen in Ungarn, wenige Tausend in Rumänien. Sie genießen volle politische Gleichberechtigung und können ihr deutsches Erbe pflegen und bewahren. Unterstützt werden sie



Gerhard Seewann/Michael Portmann: „Donauschwaben. Deutsche Siedler in Südosteuropa“, Donauschwäbisches Zentralmuseum Ulm und Deutsches Kulturforum östliches Europa, Potsdam 2018, gebunden, 372 Seiten, 19,80 Euro

Im Reich der Wikinger

Als wilde Krieger stellen wir die Wikinger vor. Dass sie aber eher arme Bauern waren, wissen die wenigsten. In der Geschichte „Erik, der Wikingerjunge“ geht es genau um eine solche Bauernfamilie. Die Ernte reichte kaum aus, um alle zu ernähren. Sie bauten Kohl, Zwiebeln und Getreide an, was die Frauen zu Grütze, Brei und Brot verarbeiteten. Die Männer betrieben Fischfang und jagten Tiere des Waldes, um deren Fleisch zu essen und sich aus dem Fell Kleidung herzustellen. Ab und zu gingen einige Männer aus dem Dorf auf Raubzüge, was „auf Viking fahren“ genannt wurde.

Die Wikingerzeit begann 793 nach Christus mit einem Überfall auf das Kloster Lindisfarne auf einer Insel an der Nordostküste Englands. Es ist der erste belegte Wikingerüberfall. Sie endete im 11. Jahrhundert. Die Geschichte „Erik, der Wikingerjunge“ spielt um das Jahr 1000 nach Christus. In der Familie des kleinen Erik ist sein älterer Bruder Leif „auf Viking gefahren“. Er wollte längst wieder zurück sein. Erik hat große Angst, dass ihm etwas zustoßen ist, denn diese Beutefahrten sind sehr gefährlich. Erik will sich auf die Suche machen und nach Halthabu gehen. Die Stadt hatte zu der Zeit etwa 1000 Ein-

wohner und war einer der wichtigsten Handelsplätze Nordeuropas.

Während der Leser Erik auf seiner aufregenden Wanderung begleitet, erfährt er viel über die Wikinger, ihre Gesellschaft, ihren Glauben, ihre Schrift und Handwerkskunst, was sie aßen und wie sie feierten. Frank Schwieger, der hauptberuflich Lehrer ist, lebt nur wenige Gehminuten vom heutigen Museum Halthabu entfernt. Da die Wikinger ihn schon seit Kindertagen interessieren, kennt er sich sehr gut aus.

Das Buch ist mit ausdrucksvollen Abbildungen von Janna Steinmann versehen, deren Leidenschaft ebenfalls Wikinger sind. Am Ende gibt es noch eine Liste mit bedeutsamen Daten über die Zeit der Wikinger zum Nachlesen. Außerdem folgen noch Tipps zu Büchern, DVDs und Museen, sodass man sein Wissen zum Thema mit Anschauungsmaterial vertiefen kann. Ein Werk, das richtig Spaß macht und sehr viel Wissenswertes vermittelt. S.F.



Frank Schwieger/Janna Steinmann (Illustrationen): „Erik, der Wikingerjunge“, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2018, gebunden, 48 Seiten, 15 Euro

Eine Flucht ins Ungewisse

Aus der Sicht eines 1940 geborenen und heranwachsenden Mädchens erzählt die Schauspielerin Inge-Karin Reinecke in „Das Vermächtnis der Inge-Karin 1944–1962“ von ihrer Flucht im Dezember 1944 aus Osterode. Der Vater war mit Malaria aus dem Krieg gekommen, stieß später noch einmal zu seiner Familie, um sie dann wegen einer anderen Frau zu verlassen. Der Text wird durch Fotos aus Ostpreußen, Psalmen und Gedichte unterbrochen, um mit Agnes Miegel melancholisch zu enden: „Liegt alles so weit zurück: Jugend und Heimatland, Freude und Glück.“ Kaum eine Fluchtgeschichte beschreibt so viele Stationen: Leipzig, Berlin, Schwerin, Celle, Siegen und verschiedene Bauernhöfe, um wenigstens dem quälenden Hunger zu entgehen. Es war gelungen, über die „grüne Grenze“ zu kommen, aber die Verwandten im Westen wiesen sie kalt ab. „Schlimm war das Gefühl der Erniedrigung und das Unerwünschtessein – wir leben wie arme Pracher“, musste die Mutter feststellen und Inge-Karin suchte für ein Jahr vergeblich ihr Heil in der Schweiz.

Der Leser erfährt nach den „schmerzlichen und heilsamen Erinnerungen“ nur noch durch kurze Hinweise und Fotos, dass die junge Ostpreußerin schließlich in Hamburg die Schauspielschule besuchen konnte, heiratete und zwei Söhne bekam. Norbert Matern



Inge-Karin Reinecke: „Das Vermächtnis der Inge-Karin 1944–1962“, Verlag Traugott Bautz, Nordhausen 2018, broschiert, 133 Seiten, 16 Euro

Genie und Weltenbummler

Wer schon einmal in Berlin war, hat sicher die beiden großen Statuen vor der Humboldt-Universität gesehen. Dort stehen auf hohen Podesten die Gründer der Lehranstalt, Wilhelm und Alexander von Humboldt. Beide Brüder wuchsen auf Schloss Tegel bei Berlin vor über 200 Jahren auf. Während sich Wilhelm für Literatur und Sprachen interessierte, zog es Alexander schon früh in die Natur. In Volker Mehnerts Buch „Alexander von Humboldt. Sehnsucht nach der Ferne“ kann man das Leben dieses Weltenbummlers wie in einem Abenteuerroman nachlesen. Alles beginnt im Schloss bei Berlin. Adlige Kinder hatten damals oft Hauslehrer. So auch die beiden Brüder.

Der Hauslehrer sah es nicht gern, dass sich Alexander lieber im Berliner Botanischen Garten herumtrieb als zu Hause zu lernen. Doch der Junge war davon nicht abzuhalten. Er beschäftigte sich mit Pflanzen, Steinen und Käfern ohne Unterlass. Gerne wollte er die exotischen Pflanzen einmal in den Ländern bewundern, wo sie her stammten. „Ich hätte seit meiner ersten Jugend den glühenden Wunsch nach einer Reise in entfernte Länder“, sagte er einmal. Und bald konnte sich dieser Traum erfüllen.

Als die Eltern gestorben waren, hinterließen sie den Kindern ein großes Vermögen. Alexander machte sich auf den Weg, um die Welt zu entdecken. Das war damals nicht so einfach. Zunächst besorgte er sich die technischen Geräte, wie Thermometer, Barometer, Mikroskop, Fernrohre, Kompass und vieles mehr. Wollte er doch die fremden Pflanzen, Tiere und Gesteine genauestens untersuchen.

Der Weg war weit und Schwierigkeiten gab es viele, bis Alexander im Jahre 1799 mit Aimé Bonpland, einem Freund und Botaniker, den er unterwegs kennengelernt hatte, von Spanien aus in See stach. Mit mehr als 40 Instrumenten, verpackt in Holzkisten, ging es zum südamerikanischen Kontinent.

Der Autor erzählt die Lebensgeschichte Humboldts so spannend, dass man das Gefühl hat, dabei zu sein. Man steht mit Alexander und Aimé auf den Planken des Schiffes, das in ferne Welten segelt, gleitet mit ihnen auf unbekanntem, gefährlichen Flüssen oder schlägt sich mit beiden durch undurchdringlichen Dschungel hindurch. Humboldt betrat Gegenden, die vor ihm noch kein Europäer zu Gesicht bekommen hatte. Es gab auch keine Landkarten darüber. Da Alexander ein guter Zeichner war, stellte er diese dann selbst her. Er zeichnete viel und machte sich ununterbrochen Notizen. Sein Wissensdurst war unbegrenzt.

Als Humboldt später wieder zurück in Berlin war, hielt er Vorträge an der neuen Universität in der Stadt. Alle kamen, um sie zu hören. Frauen waren damals nicht an Universitäten zugelassen. Doch hier wurde eine Ausnahme gemacht. Auch sie durften sich anhören, was der Weltenbummler zu berichten hatte. Ein gelungenes, unterhaltsames Werk für Kinder ab zehn Jahren zum 250. Geburtstag des großen Entdeckers im Jahre 2019. Silvia Friedrich



Volker Mehnert/Claudia Lieb (Illustration): „Alexander von Humboldt oder Die Sehnsucht nach der Ferne“, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2018, gebunden, 112 Seiten, 25 Euro

Chancen und Gefahren der Digitalisierung

Der digitale Wandel wird in Zukunft Firmen und Institutionen verändern oder überflüssig machen. Ungefähr die Hälfte aller Arbeitsplätze werde verschwinden, behauptet der Digitalisierungsexperte Christoph Keese, Jahrgang 1964, in seinem Buch „Disrupt yourself. Vom Abenteuer, sich in der digitalisierten Welt neu erfinden zu müssen“. Darin rät er Berufstätigen und Verantwortlichen in Unternehmen, sich auf grundlegende Veränderungen durch den rasanten digitalen Wandel einzustellen.

Das englische Wort „Disruption“ hat die Gründerszene in die deutsche Sprache eingeführt. Gemeint ist ein Prozess, bei dem ein bestehendes Produkt, Geschäftsmodell oder ein Markt durch eine stark wachsende Innovation abgelöst wird. Für die Berufstätigen hat das oft Entlassung oder eine komplette Neuorientierung zur Folge. Häufig geschieht Disruption durch Digitalisierung. Datengetriebene Verfahren, künstliche Intelligenz und verteilte Datenbanken ersetzen Arbeitsplätze. Keese rechnet damit, dass dies in naher Zukunft etwa bei Versicherungen oder im Finanzmarkt der Fall sein wird. Wer rechtzeitig über berufliche Alternativen nachdenkt, schütze sich davor, später durch Arbeitslosigkeit in eine existenzielle Krise zu schlittern, verkündet er. Mittels einer Fülle von real erlebten Geschichten, viele davon über erfolgreiche Startups, zeigt er auf, wie Disruption gelingen kann. In seinem „Lexikon der aussterbenden Berufe“ sind Außenhandelskaufleute und Taxifahrer als hochgradig gefährdete Berufe aufgeführt. Grundschullehrer in der Mitte und am unteren Ende Physiotherapeuten. Im Management der Firmen komme es darauf an, den Schlag der Digitalisierung durch Einfallstreue auszugleichen. Ausführlich beschäftigt er sich mit Blockchain, der Basis zahlrei-

cher Startups. Blockchain ist weit mehr als die Technologie hinter Kryptowährungen wie Bitcoin. Die Datenbank-Technologie verteilt Informationen und übermittelt Werte dezentral und hochgradig fälschungssicher auf verschiedene Server. Kenner der Szene wie Keese sehen darin das Potenzial, nicht nur eine radikale Umwandlung des Bankwesens herbeizuführen, sondern gleich mehrere Branchen umzuwerfen. Er bewundert Firmengründer wie Bruce Pon, dem er Weltverbesserungsabsichten zuschreibt. Seine Blockchain-Idee werde mehr Gerechtigkeit schaffen. „Im Namen des Fortschritts nehmen Erneuerer (Angreifer) wie Pon in Kauf, Millionen von Arbeitsplätzen zu vernichten.“

Nun, man wird sehen. Für die Silicon-Valley-Konzerne hat sich der Weltverbesserungs-Nimbus inzwischen erledigt. Keese zitiert den Amazon-Gründer Jack Bezos: „Entweder wir schränken uns ein, oder wir verlassen die Erde und besiedeln das Weltall. Ich bin für die zweite Option.“ Stellt sich die Frage: Sollte man nicht besser darauf verzichten, bei Amazon einzukaufen? Keese kommentiert jedoch: „Größer könnte ein Anliegen kaum sein. Es ist typisch für das Denken von Erneuerern.“ Die neuen Anwendungen wie das Inter-

net der Dinge, das voraussichtlich wenig echten Nutzen bringt, haben weltweit einen immer höheren Energieverbrauch zur Folge, was hier unerwähnt bleibt, gleiches das Risiko für Menschen und Umwelt durch die starke Mobilfunkstrahlung. Zukünftig könnten die Bürger auf ein Arsenal von Apps angewiesen sein, um die Anforderungen des Alltags zu bewältigen. Teilhabe bliebe allen verwehrt, die damit überfordert sind. Damit wäre dann eine Zweiklassengesellschaft verwirklicht.

Doch der Autor verweist auf eine andere Gefahr für unsere Gesellschaft: „Wir sind umringt von einer riesigen amorphen Masse von Innovatoren, die das Alte in rasender Geschwindigkeit durch das Neue ablösen möchten. Fast überall heuern die besten jungen Talente bei den Angreifern statt beim Establishment an. Das ist komplett neu. Die Macht wandert von den Regierungen, Zentralbanken, Parlamenten und Konzernzentralen in Myriaden kleiner, sich selbst organisierender Einheiten ab. Wie ist eine solche Gesellschaft zu regieren? Ist sie überhaupt zu regieren?“ „Disrupt yourself“ ist ein Buch, das ermutigen möchte, viel mehr aber ein Gefühl des Ausgeliefertseins auslöst. D. Jestrzemiński

Viele Berufe werden wegfallen



Christoph Keese: „Disrupt yourself. Vom Abenteuer, sich in der digitalen Welt neu erfinden zu müssen“, Penguin Verlag, München 2018, gebunden, 287 Seiten, 22 Euro



Thilo Sarrazin
Feindliche Übernahme
 Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht
 Das Zurückbleiben der islamischen Welt, die Integrationsdefizite der Muslime in Deutschland und Europa, die Unterdrückung der Frauen und der Geburtenrückgang der Muslime sind eine Folge der kulturellen Prägung durch den Islam. Das zeigt Thilo Sarrazin in seinem neuen Buch. Alle Tendenzen, den Islam zu reformieren und ihn historisch-kritisch zu interpretieren, sind bisher weitgehend gescheitert. Thilo Sarrazin hat den Koran selbst komplett gelesen und zeigt, dass die Reformen im Koran selber angelegt sind. In keinem Land, in dem Muslime in der Mehrheit sind, gibt es Religionsfreiheit und eine funktionierende Demokratie. Die islamische Welt als Ganzes leidet unter einem explosionsartigen Bevölkerungswachstum, und ihre Fanatisierung nimmt ständig zu. Auch der Anteil der Muslime in Deutschland und Europa wächst durch Einwanderung und anhaltend hohe Geburten immer weiter an. Bei einer Fortsetzung dieses Trends sind die Muslime in Deutschland und Europa auf dem Weg zur Mehrheit. Darin liegt eine Bedrohung unserer Kultur und Gesellschaft, vor der wir uns schützen müssen. 496 Seiten
 Nr. P A1292 Gebunden mit Schutzumschlag 24,99 €



Brigitte Hamann
Bertha von Suttner
 Kämpferin für den Frieden
 Taschenbuch/320 Seiten
 Nr. P A0886 12,99 €



Lothar Gall
Hardenberg
 Reformator und Staatsmann
 288 Seiten/Taschenbuch
 Nr. P A1278 12,00 €

Sie war nicht nur die prominenteste politische Journalistin ihrer Zeit und Begründerin der Friedensgesellschaft, sie kämpfte Zeit ihres Lebens leidenschaftlich gegen überholte Konventionen, gegen die Unterdrückung der Frauen und gegen den Antisemitismus. Das abenteuerliche Leben der Gräfin Kinsky, verheiratete Baronin von Suttner, die den Erfinder des Dynamits dazu bewegte, den Friedensnobelpreis zu stiften, und die selbst eine der ersten war, die ihn verdiente und bekam: Bertha von Suttner – Gouvernante, Schriftstellerin, politische Journalistin, Vorkämpferin für den Frieden. Eine Biografie, wie man sie sich wünscht: lebendig, mit vielen Zitaten, engagiert, aber mit kritischer Distanz.

Karl August von Hardenberg war preußischer Außenminister von 1804 bis 1806 und Staatskanzler von 1810 bis 1822. Zusammen mit Karl Freiherr von Stein lieferte er das Konzept für die „Stein-Hardenbergschen Reformen“. Sie führten zu einer entscheidenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Modernisierung Preußens, die angesichts der verheerenden Niederlage gegen Napoleon dringend nötig war. Hardenberg war eine widersprüchliche Figur: Geschickt verfolgte er seine Karriere bis ins höchste preußische Staatsamt, er reformierte die Staatsfinanzen von Grund auf – war aber selbst chronisch überschuldet. Seine zahlreichen Ehen und Liebschaften lassen ihn als Getriebenen auf der Suche nach Geborgenheit erscheinen.



Boris Reitschuster
Putins verdeckter Krieg
 Wie Moskau den Westen destabilisiert
 336 Seiten/Gebunden 19,99 €
 Nr. P A1010 12,90 €



Christin von Brühl
Anmut im märkischen Sand
 Die Frauen der Hohenzollern
 464 Seiten/Taschenbuch
 Nr. P A1127 15,00 €

Wladimir Putin will Russland wieder zu einem Weltreich machen und arbeitet an einer neuen „Internationalen“ der Anti-Demokraten. Boris Reitschuster beschreibt in seinem neuen Buch, wie zerstörerisch Putins Absichten sind und wie groß sein Einfluss im Westen ist. Moskau hat europaweit enge Kontakte zu rechts- und linksextremen Szenen geknüpft. Es gibt heute kaum noch ein Land, in dem Putin seinen Einfluss nicht geltend macht. Dabei bedient er sich manipulativer Methoden. Mit Partispenden, Propaganda und Geheimdienst-Einsätzen werden Entscheidungsträger unter Druck gesetzt und erpresst. In seinem Buch zeichnet Boris Reitschuster ein beunruhigendes neues Bild: Europa wird von Putin unterwandert. Eine alarmierende Bestandsaufnahme, die zeigt, wie gefährlich Putin mit seinen KGB-Methoden für unsere Demokratie ist.

Wie kam die Anmut in die Mark? Kaum eine Dynastie hat die Geschichte Preußens so geprägt wie die Familie der Hohenzollern. Unter ihrer Ägide wurde aus dem kargen Landstrich ein prosperierendes Königreich, mit enormer militärischer Schlagkraft einerseits und Toleranz, Bürgernähe, Förderung der Wissenschaft und Künste andererseits. Was an Preußen heute beeindruckt, ist vor allem das kulturelle Erbe, das das Land weit über seine Grenzen hinaus bekannt machte: herrliche Schloss- und Parkanlagen, Theater, Museen oder Universitäten. Christin von Brühl schildert den Einfluss gerade der Frauen der Hohenzollern, die als Zugerüste und Eingehirnete die Impulse und Ideen mitbrachten, die für die kulturelle Weiterentwicklung des Landes erforderlich waren.

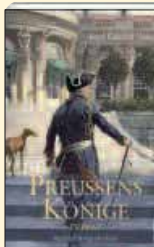


Daniel Stelter
Das Märchen vom reichen Land
 Wie die Politik uns ruiniert
 Wir leben in Deutschland in der scheinbar besten aller Welten, doch schon bald werden wir feststellen, dass wir nicht das reiche Land sind, das uns Medien und Politik glauben machen wollen. Denn der Boom der hiesigen Wirtschaft ist nicht unser Verdienst, sondern in erster Linie eine Folge der tiefen Zinsen, des schwachen Euro und des Verschuldungszesses im Rest der Welt. Um unseren Wohlstand zu sichern, müssten die regierenden Politiker den aktuellen Aufschwung nutzen, um in Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung und somit in die Zukunft des Landes zu investieren. Doch stattdessen werfen sie das Geld für höhere Renten und Sozialausgaben zum Fenster raus. In seinem neuen Buch zeigt Daniel Stelter, einer der klarsten und profiliertesten Denker in Sachen Ökonomie: Wenn wir weitermachen wie bisher, wird nicht nur unsere Wirtschaftskraft in den kommenden Jahren rapide sinken, sondern nachfolgende Generationen werden die finanziellen Lasten, die uns heutige Politiker aufbürden, nicht stemmen können. Es droht der volkswirtschaftliche Kollaps. Doch der Bestelleratour entlarvt nicht nur das Märchen vom 'reichen Land' als eben solches, er zeigt auch konkrete Wege auf, wie wir dem Altbrautscenario entgegen können. 256 Seiten
 Nr. P A1293 Gebunden mit Schutzumschlag 22,99 €



Heinz Ohff
Preussens Könige
 Ein Leben zwischen Hoffnung und Revolution
 400 Seiten/Taschenbuch
 Nr. P A1020 12,00 €

Der erste von Preußens Königen erklärte sich selbst zum König – zum Gelächter Europas. Der letzte versuchte sich nach seiner Abdankung als Holzhacker. Um kaum eine Dynastie ranken sich so viele Geschichten wie um die Hohenzollern, die über 200 Jahre lang die Krone Preußens trugen. Anschaulich, kenntnisreich und unterhaltsam porträtiert Heinz Ohff alle preussischen Könige von 1701 bis 1918. Er schildert nicht nur das Leben der Herrscher von Friedrich I. bis Wilhelm II. an ihren Königshöfen, sondern auch ihr privates Umfeld. Damit macht er einen wesentlichen Teil der deutschen Geschichte lebendig und verständlich.

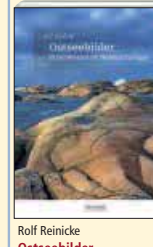


Karl Eduard Vehse
Preußens Könige privat
 Berliner Hofgeschichten
 368 Seiten/Gebunden
 Nr. P A1061 5,95 €

Unter dem strengen Vorsatz, 'nichts zu verschweigen und zu bemängeln', erzählt der Autor die private Geschichte der preussischen Könige von Friedrich I. bis zu Friedrich Wilhelm III. Anekdotenreich und sehr lebendig berichtet er von den gesellschaftlichen Zuständen am preussischen Hof, schildert die Vielfalt des kulturellen Lebens und wagt einen schonungslosen Blick hinter die Kulissen der Macht. Hat das intime Leben der preussischen Herrscher die große Politik beeinflusst? Was waren ihre Leidenschaften und Vorlieben, wie ihr Verhalten im Umgang mit Ministern, Untertanen oder Mätressen? Dieses Buch ist wahrer Kaviar', schrieb Heinrich Heine 1852 an seinen Verleger Campe, 'endlich bekommen die Deutschen ihre Fürsten von Angesicht zu Angesicht zu sehen.'



Kurt und Christian Grube
Rundreise in die Vergangenheit
 Erinnerungen an Pommern 1930-1946
 Mauerfall, Grenzöffnungen – endlich wieder freie Fahrt in die alte Heimat Pommern. Genaue gesagt zeigt der Vater Kurt Grube dem Sohn Christian seine Heimat Stolzenberg (Kreis Kolberg-Körlin) in Hinterpommern. Auf dieser Rundreise treten die Augenblicke seiner Kinder- und Jugendzeit wieder in den Vordergrund. Die alten Nachbarn, Spielkameraden, die alten Häuser und Gasthöfe tauchen auf. Nicht nur die Schönheit der pommerschen Idylle kommt im Buch zum Vorschein. 1945 – die Ostfront rückt näher, überholt sie, schließt sie ein. So entsteht ein Zeitzeugenbericht des halbwüchsigen Kurt Grube von Flucht, Wiederkehr und Vertreibung. Er schildert das Leid der Menschen auf der Flucht – die Zeit nach der Rückkehr und das erneute Martyrium während der Vertreibung. Die Erzählungen reichen in die ersten Nachkriegsjahre hinein. Er berichtet von der Zeit im Aufnahmeger Pöppendorf mit dem schwierigen Neuanfang in Schleswig-Holstein und der neuen Heimat im Ruhregbiet. Das Buch ist nicht nur für die eigene Familiengeschichte interessant, sondern ist für nachfolgende Generationen geschrieben, die heute Fragen über die schwere Zeit stellen. Das Buch steht somit stellvertretend für viele andere vergangene Schicksale.
 Nr. P A1314 Kartoniert 15,90 €

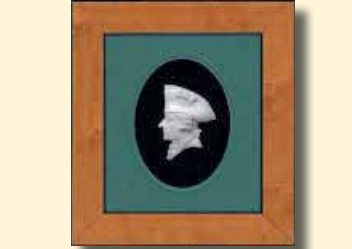


Rolf Reinicke
Ostseebilder
 Taumkisten im Norden Europas
 Bildband im Großformat.
 224 Seiten/Gebunden
 Nr. P A1075 39,99 €

Eine Reise in den Norden Europas, an eine Küste, die über 7.000 Kilometer umfasst und durch ihre Vielfalt überrascht. Seit Jahrzehnten ist Rolf Reinicke an der Ostsee unterwegs: als Geologe, Autor, Fotograf. Die „Ostseebilder“ sind sein Opus magnum. Der Ostseeexperte zeigt das Abwechslungsreiche der Landschaften im Angesicht des Meeres und erzählt in anschaulichen Texten kurze Geschichten. Er folgt dem Lauf der Jahreszeiten, vom eisigen Winter über das Frühjahr mit der erwachenden Natur über den lichten Sommer bis zum frühen Herbst. Er berichtet vom Leben am Meer, von den Tieren, den Pflanzen, den Menschen, von Stürmen, Spuren im Sand. Und er macht mit jedem Bild und jedem Satz deutlich, warum nicht nur ihn der Lebensraum Ostsee fasziniert.



Porzellanrelief Königin Luise von Preußen
 Hochwertiges Bisquitporzellanrelief von Königin Luise in Miniaturausführung. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 cm x 10,5 cm. Das Relief hat eine Größe von 3,5 cm x 5 cm.
 Nr. P A1238 Porzellanrelief 49,00 €



Porzellanrelief König Friedrich II. von Preußen
 Hochwertiges Bisquitporzellanrelief des berühmten Preussischen Königs. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 cm x 10,5 cm. Das Medallion aus echtem Thüringer Porzellan hat eine Größe von 3,5 x 5 cm.
 Nr. P A1239 Porzellanrelief 49,00 €



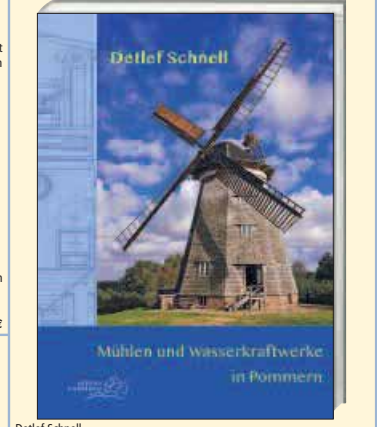
Kette mit kleinen bunten Bernsteinbohnen
 Die Bernsteinkette hat eine Länge von ca. 43 cm und besteht aus verschiedenfarbigen ovalen Bernsteinbohnen.
 Nr. P A0864 29,90 €



Loki Schmidt
Die Blumen des Jahres
 Loki Schmidt liebte Blumen über alles. So wählte sie Jahr für Jahr eine Blume des Jahres, stellte sie ausführlich und kenntnisreich vor und lenkte damit den Blick der Öffentlichkeit auch auf seltene und gefährdete Pflanzen. Dieses liebevoll ausgestattete Buch, mit Zeichnungen von Loki Schmidt und vielen Farbfotos, präsentiert alle Blumen des Jahres seit 1980 und ist eine Fundgrube für jeden Naturfreund. 232 Seiten.
 Nr. P A0956 Gebunden 22,00 €



Susanne Rohrer
Das Beste aus der Pommerschen Küche
 Kochen mit Tradition
 Mit vielen original pommerschen Rezepten.
 96 Seiten/Gebunden
 Nr. P A0312 5,00 €



Detlef Schnell
Mühlen und Wasserkraftwerke in Pommern
 Neben den Kirchen, Burgen, Schlössern und Herrenhäusern gehören vor allem die Wind- und Wassermühlen zu den prägenden Bauwerken der europäischen Kulturlandschaft, wobei die Wassermühlen, wegen ihrer oft versteckten Lage in einem Bachtal, häufig erst aus der Nähe visuell zur Geltung kommen. Im Gegensatz dazu sorgen ihre flügelbewehrten Vetter in der Regel schon von weitem für Aufmerksamkeit. Begeben Sie sich mit uns auf eine Entdeckungstour durch Vor- und Hinterpommern und schenken sie diesen faszinierenden Bauten ihre Aufmerksamkeit. Der Autor erarbeitet eine Übersicht aller noch vorhandenen Mühlen in Pommern, nicht nur die wunderschön erhaltenen, sondern auch wenn nur noch Ruinen vorhanden sind. Somit wird in diesem Buch zum ersten Mal der aktuelle Bestand erfasst, vorgestellt und mit Fotos dokumentiert. 250 Seiten
 Nr. P A1315 Kartoniert 24,95 €



Bernstein - Gold des Meeres
 80 Seiten/Kartoniert
 Nr. P 9661 12,99 €



Bernsteinkette mit Lederband
 Dekoratives Bernsteincollier mit geschliffenen, verschiedenfarbigem Bernstein, aufgelockert durch echtsilberne Schmuckelemente. (Länge ca. 45 cm)
 Nr. P A1177 89,90 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
 in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
 Beethovenstraße 5 B
 97080 Würzburg
 Telefon 09 31/ 46 58 89-12
 Telefax 09 31/ 46 58 89-29
 Email info@rautenberg-buch.de
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei! (* nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands, Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.)

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname _____ Name _____
 Straße/Nr. _____ Telefon _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

MELDUNGEN

Schwarz-Grün hat die Mehrheit

Berlin – Laut einer Umfrage des INSA-Instituts kommen CDU und CSU derzeit auf 30,5 und die Grünen auf 17,5 Prozent. Bei fünf Prozent für die „Sonstigen“ ergäbe dies eine parlamentarische Mehrheit. „Wenn es eine Mehrheit für Schwarz-Grün gibt, wird es auch zu diesem Bündnis kommen“, glaubt INSA-Chef Hermann Blinkert. *H.H.*

Deutschland zahlt mehr

Berlin – Im Falle eines Austritts von Großbritannien aus der EU wird der jährliche Beitrag Deutschlands zum Etat der Gemeinschaft von derzeit 30 auf dann 45 Milliarden Euro pro Jahr steigen. Damit rechnet laut einer Meldung der „Bild“-Zeitung Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD). Nehmerländer der EU hatten sich massiv gegen eine Kürzung der Zuschüsse an sie gewehrt, sodass am Ende nur eine drastische Erhöhung der Überweisungen aus den Geberländern als Lösung blieb. *H.H.*

ZUR PERSON

Spiel, Satz, Sieg, Bercow

Seine despotischen „Order, order“-Rufe hallen wie eine Drohung durch das britische Unterhaus. Wenn Parlamentssprecher **John Bercow** lauthals zur Ordnung ruft, dann müssen sich Premierministerin Theresa May und das Brexit-Lager warm anziehen. So wurden Brexit-Anträge verlegt und einmal sogar ganz zu Fall gebracht, nachdem sich Bercow, der seit 2009 das Amt des „Speaker“ bekleidet, auf Gesetze von 1604 oder 1844 berief.

Dabei ist der Mann, der May im Parlament in den Rücken fällt, ein Parteigenosse, der aber in seiner Zeit als Parlamentssprecher die Mitgliedschaft bei den konservativen Tories nur lassen muss. Das macht den 56-jährigen Sohn eines Taxifahrers politisch unabhängig, was ihm in der gegenwärtigen Austrittsdebatte umso leichter fällt, als er und seine der Labour-Partei angehörende Frau zu den Brexit-Gegnern zählen. Dass er mit einem Anti-Brexit-Aufkleber am Auto herumfährt, weiß er geschickt abzublenden: Er sei im Wagen seiner Frau gefahren, und die Ehefrau ist ja nicht der Besitz des Mannes.

In Großbritannien ist der aus einem Londoner Wahlkreis der früheren Premierministerin Margaret Thatcher stammende Bercow, der Politikwissenschaften an der nicht gerade als Eliteschmiede geltenden Universität von Essex studiert hat, der Mann der Stunde. Dass das Austrittsdatum 29. März verschoben wurde, hat auch viel mit seiner Verzögerungstaktik im Parlament zu tun. Die Briten gehen, um in der Tennissprache zu reden, quasi in den Tie-Break. Als junger Mann strebte der nur 1,68 Meter große Bercow eine Karriere als Tennisprofi an, die aber wegen eines Asthmaleidens gestoppt wurde. Sollte er wieder eine allertümliche Finte finden, um eine Abstimmung über den Austritt zu verhindern, könnte es bald „Spiel, Satz, Sieg, Bercow“ heißen. *H. Tews*

Die Briten gehen, um in der Tennissprache zu reden, quasi in den Tie-Break. Als junger Mann strebte der nur 1,68 Meter große Bercow eine Karriere als Tennisprofi an, die aber wegen eines Asthmaleidens gestoppt wurde. Sollte er wieder eine allertümliche Finte finden, um eine Abstimmung über den Austritt zu verhindern, könnte es bald „Spiel, Satz, Sieg, Bercow“ heißen. *H. Tews*



Jetzt haben wir sie!

Wie Greta alle schockiert, wozu der »Spiegel« ein »rechtes Netzwerk« bastelt, und womit wir sie am Ende alle plattmachen / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Mit ein paar beiläufigen Sätzen auf Facebook hat Klima-Greta einen Sturm ausgelöst und die Reihen ihrer Gläubigen kräftig aufgemischt. In Ländern, denen die Möglichkeit fehlt, sich vollständig auf Erneuerbare Energien umzustellen, könne auch die Kernenergie einen kleinen Teil der Stromversorgung ausmachen, selbst wenn Atomkraft „extrem gefährlich, teuer und zeit- und kostenaufwendig“ sei, ließ das jugendliche Idol verularen.

Du große Neune! Kernkraft? Hastig versuchen deutsche Klimaktivisten und ihre medialen Unterstützer, den Schutt wieder einzusammeln. Luisa Neubauer, Stimme der deutschen „Fridays for Future“-Demos, stellt klar: „Greta hat ganz klar unterstrichen, dass sie persönlich Kernenergie ablehnt.“ Stimmt, hat sie. Nur leider geht es gar nicht darum, denn „persönlich“ kann schließlich alles Mögliche bedeuten. Also ich beispielsweise lehne Sauwetter „persönlich“ ab. Da ich aber ahne, dass es ganz ohne Regen auch nicht lange gutgeht, begrüße ich den einen oder anderen Schauer sogar.

Genauso ist es mit der Kernkraft: Wir mögen sie alle nicht, viele von uns halten sie zwecks Energiesicherheit derzeit aber für unumgänglich. Das ist eben der feine Unterschied zwischen „persönlich“ und gesamtverantwortlich, und der macht das aus, was wir gemeinhin „Politik“ nennen. Denken Sie nicht auch so? Dann denken Sie falsch!

Wie man heutzutage richtig zu denken hat, machte uns Annalena Baerbock vor einiger Zeit bekannt. Von einem TV-Journalisten gefragt, wie sie bei den „Erneuerbaren“ denn das Problem mit der Unzuverlässigkeit der Versorgung lösen wolle, antwortete die Grünen-Chefin: Den Strom speichern wir in den Netzen. Als der Fernsehmann daraufhin verdutzt die Augenbrauen hochzog, setzte sie nach, sie habe keine Lust, sich jetzt sagen zu lassen, dass das physikalisch nicht geht.

Strom im Kabel anhalten wie Wasser im Mühlenteich? Natürlich funktioniert das nicht, das Zeug heißt „Strom“, weil es „strömt“. Aber das ist nicht wichtig. Jedoch, wer heutzutage eine hässliche

Wahrheit ausspricht, der wird nicht für seine Wahrhaftigkeit gelobt, sondern für seine Hässlichkeit beschimpft. Wer dagegen schöne Blödsinn redet, der gilt nicht als blöde, sondern als schön.

Von diesem modischen Pfad ist Greta (oder ihr Texteschreiber) für einen kurzen Moment abgewichen, und hat damit einen Tornado aus Verwirrung, Ernüchterung und Spott ausgelöst. Wir können nur hoffen, dass die Qualitätsmedien diesen Lapsus so schnell und gut wie möglich unter den Teppich kehren. Aber auf deren Sorgfalt ist bekanntlich Verlass.

Allerdings sind diese Medien

Von Trump bis zum gewöhnlichen »Prepper«: Alles bloß Vorstufen des rechten Terrors

– das war gestern alles noch so was von verboten! Doch auf einmal geht das. Sogar die verpönte „Verschwörungstheorie“ ist seit dem Mord an 50 Muslimen in Neuseeland vollkommen ange-sagt. Der „Spiegel“ macht auf mit einem brennenden Hakenkreuz und titelt: „Die braune Verschwörung – Das globale Netzwerk rechter Terroristen“.

In dem ellenlangen Text zum Titel ist von allem mögliches die Rede. Nur nach einer Sache sucht der eifrige Leser vergebens: dem vorne versprochenen „Netzwerk“. Es geht auf eine Weltreise zu den verschrobensten und brutalsten Rechtsextremisten, deren maximale „Vernetzung“ darin zu bestehen scheint, dass sie sich gelegentlich im „Netz“ begegnen.

Wozu dann das Gerede von „Verschwörung“? Das schimmert erst nach und nach durch. Die rechtsextremen Terroristen sind nur der Hebel, den man gegen alles ansetzen will, was irgendwie nach „rechts“ aussieht. Daher muss eine „Verschwörung“ von allem und jedem gebastelt werden. Am Ende gehört auch US-Präsident Trump dazu, ebenso wie die sogenannten „Prepper“. Das sind Leute, die sich auf einen Zu-

sammenbruch der Versorgung einstellen und daher mehr Lebensmittel zu Hause aufbewahren, als für drei oder vier Tage nötig wären. Falls es zu vorbeugenden Kontrollen kommt gegen diesen Zweig der „Verschwörung“, sollten Sie also aufpassen, dass Sie nicht zu viel Dosen Suppe im Regal haben. Sie könnten sich dem Verdacht aussetzen, beim „globalen Netzwerk rechter Terroristen“ mitzuzündeln.

Wie uns der „Spiegel“ aufklärt, sind „Populisten und Hetzer wie der amtierende US-Präsident“ nur die „erste Stufe“ zu Terror und Mord wie in Christchurch. Soll also heißen: Alles das Gleiche, was wiederum nichts anderes bedeuten kann als: Muss alles weg!

Die politische Krankheit, die ausgemerzt werden muss, lautet „weißer Nationalismus“.

Weißer Nationalisten sind Leute, die ihre europäischen Nationen bedroht sehen, dem politischen Islam kritisch bis ablehnend gegenüberstehen oder mächtigen internationalen Organisationen und deren Globalismus mit großer Skepsis begegnen. Und diese Nationalisten werden immer gefährlicher, weshalb wir die Christchurch-Gelegenheit beherzt beim Schopfe packen, um mit dem Gesindel ein für allemal aufzuräumen.

Das wird nämlich Zeit, da einige wichtige Globalisten-Projekte zunehmend in Schiefelage geraten. Wenn die erst richtig auf der Seite liegen, könnte es gefährlich werden. Bis dahin muss jede mögliche Kritik an den Projekten so gründlich kriminalisiert werden, dass sich dann keiner mehr traut, das offensichtliche Scheitern anzuprangern.

Ganz oben auf der Liste der Harvard-Kandidaten steht ein alter Bekannter. Anfang März hat uns der nimmermüde Hans-Werner Sinn daran erinnert, dass das Glück unserer Generation, der Euro, gerade dabei ist, uns alle in eine gewaltige Enteignung zu treiben. Das Ding habe Deutschland bereits Außenstände von fast tau-

send Milliarden Euro beschert, Geld, das niemals mehr zurückkommen wird. Allein Italien schuldet über das „Target“-System fast 500 Milliarden. Dieses System funktioniert wie ein grenzenloser Dispo-Kredit, für den man keine Zinsen zahlen muss und den die Bank, also Deutschland, niemals zurückverlangen darf.

Mit dem Dispo kaufen die Italiener auch deutsche Waren ein, woraufhin man uns Deutschen vorsingt, wie toll der Euro für unseren Export ist. Wobei man verschweigt, dass wir die Export-Sause selbst bezahlen müssen. Um den Kredit auszugleichen, müsste der Stiefelstaat seine gesamten Goldreserven hergeben und dazu noch den vollen Börsenwert aller seiner 40 größten Aktiengesellschaften.

Das ist natürlich illusorisch, und warum sollten die Italiener das auch machen? Schließlich können wir sie ja nicht dazu zwingen. Stattdessen ist Rom gerade dabei, neue Milliardengchenke unter sein Volk zu streuen, die ja jemand bezahlen muss. Wie wär's mit den Deutschen? Wie Sinn ausführt, lagern schon allerhand Ideen in den Schubladen des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank, wie man die Germanen noch gründlicher rasieren kann – von gezielter Geldentwertung bis hin zu beträchtlichen Strafzinsen.

Am Ende geht es schließlich darum, dass alles wieder ins Lot kommt, sprich: dass die Schuldner wie Italien von ihren Schulden runterkommen, was nur dadurch geht, dass die Gläubiger wie Deutschland ihr Geld endgültig verlieren.

Alles schön und gut. Nur stellen wir uns kurz vor, wie die treueren Deutschen reagieren dürfen, wenn ihnen die Rechnung offen präsentiert wird, die man bislang hinter allerlei Buchungstricks zu verstecken suchte. Was, wenn die braven Teutonen gegen ihre von oben organisierte Verarmung aufbegehren?

Genau: Dann werden wir sie als „weiße Nationalisten“ entlarven, an deren Händen Blut klebt. Denn man weiß ja jetzt, wie kurz der Weg ist vom Populismus nach Christchurch.

MEINUNGEN

Der britische Historiker **Niall Ferguson**, der unter anderem an den Elite-Universitäten von Oxford und Harvard gelehrt hat, benennt in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (20. März) die Folgen des Sieges der linken Ideologien an den Hochschulen:

„Der Begriff der Diversität hat sich fundamental gewandelt und in sein Gegenteil verkehrt. In den 1980er Jahren hieß das: Vielfalt an Ideen, Positionen, Zugängen. Heute heißt es: Diversität von Hautfarben, Geschlecht, sexuellen Präferenzen. Die neue Diversität ist das Gegenteil von echter Vielfalt. In ihrem Namen werden all jene diskriminiert, die nicht der gewünschten Weltanschauung entsprechen.“

Ferdinand Knaub sieht mit Unbehagen, dass **große Firmen** wie RWE, Evonik, Eon oder Thyssenkrupp die **Wahlentscheidung** ihrer Angestellten zur EU-Wahl beeinflussen wollen. In der „Wirtschaftswoche“ (17. März) schreibt er:

„Diese Unternehmen benehmen sich damit ähnlich wie paternalistische Gutsherrn im 19. Jahrhundert, die ihre Bauern vor der Landtagswahl ermahnten, unbedingt den „richtigen“ Kandidaten (in vielen Fällen ihn selbst) zu wählen.“

Der Zukunftsforscher **Horst Opaschowski** fragt in der „Bild“-Zeitung (25. März), wie die **mittlere Generation** angesichts der Euro-bedingten Nullzinspolitik und hoher Steuerbelastung eine **Altersversorgung** aufbauen soll:

„Die Politik sollte nicht zweifelt darüber nachdenken, einige wenige zu enteignen, sondern viele zu Eigentümern machen ... Die 40- bis 50-Jährigen sind eine Generation der doppelte Geknickenen: Viele können trotz Arbeit weder Eigentum erwerben, noch für die Rente vorsorgen. Stattdessen werden sie ständig daran erinnert, für die Rente Geld auf die hohe Kante zu legen, fragen sich aber, wie sie das anstellen sollen.“

Der Dramaturg **Bernd Stegmann**, einer der Frontleute der linken Bewegung „Aufstehen“, warnt im „Spiegel“ (23. März) das linke Lager vor den Auswüchsen der „**politischen Korrektheit**“:

„Wenn Linke meinen, die Menschen moralisch erziehen zu müssen, sind sie auf dem Holzweg ... Der akademischen Linken sind die Arbeiter peinlich geworden ... Viele Linke von heute grenzen die ganze Zeit aus. Sie maßregeln die Menschen, sie moralisieren und belehren. Das ist für mich ein Irrweg. Wenn wir so weitermachen, werden wir als Sekte enden: rein im Glauben, aber gesellschaftlich ohne Bedeutung.“

Adorján F. Kovács spricht sich im Portal „FreieWelt.net“ (24. März) entschieden gegen das **Wahlrecht für Kinder und Jugendliche** aus:

„Das ... Wahlalter von 16 Jahren vernachlässigt jede Balance zwischen Rechten und Pflichten, denn welche Pflichten entsprechen dem Füllhorn an Rechten, die über den Jugendlichen ausgeschüttet werden? Es ist die typisch verantwortungslose Politik der Linken ... unerfahrenen und schwankenden Menschen größeren politischen Einfluss zu geben, nur um das eigene politische Überleben zu sichern.“